

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 2,30 M., vierteljährlich 6,90 M.,
jährlich 23,40 M. ...

Vorwärts

Die Interfusions-Gebühr
Besteht für die sechsseitige Anzeigengruppe
über deren Raum 60 Wg. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Gedruckt täglich außer Montags.

Mittwoch, den 8. November 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Gedruckt täglich außer Montags.

Gefährliche Unfähigkeit.

Bethmanns Marokkoabschluss hat zu einem ergötlichen
Streit zwischen den schwarzblauen Bethmanniten und den
liberalen Bülowitern geführt.

Die Konservativen, die nun einmal dem regierenden
Agrarier auf Gedeih und Verderb verbunden sind, möchten
alle Schuld dem früheren Reichskanzler ausladen.

Die Bülowiter können die Blamage von Algeciras nicht
leugnen. Aber sie suchen Bülow herauszureißen, indem sie
Wilhelm II. hineinlegen.

In Wirklichkeit haben die Konservativen und Klerikalen,
die heute den Fürsten Bülow völliger Unfähigkeit zeihen,
sicher recht.

In der Tat haben die Kritiker des Herrn von Rieder-
len-Wächter leichtes Spiel. Von Herrn von Beth-
mann braucht man ja in diesem Zusammenhang gar nicht
zu reden.

Mit Herrn von Riederlen-Wächter ist es dagegen etwas
anderes. Als er aus Bukarest ankam, verkündete die offizielle
Presse, daß er so etwas wie ein neuer Bismarck wäre.

Ueber den Gang der Verhandlungen ist ja von den
deutschen Offiziellen fürchterlich viel zusammengelogen worden.
Sie haben sich eben auch in dieser Beziehung ihrem Herrn
angelehnt.

offiziellen Dokumenten über den Gang der Ver-
handlungen vorzulegen. Das wird nun freilich nicht ge-
schehen. Denn die Regierung hat nichts mehr zu scheuen als
die Öffentlichkeit.

Die Entsendung des „Panther“ war deshalb schon eine
durch nichts zu rechtfertigende Brüstung
Frankreichs, weil kurz vorher der Votschafter Cambon
seine Bereitwilligkeit gezeigt hatte, mit Deutschland zu unter-
handeln.

Die Art, wie dann die Verhandlungen weitergeführt
wurden, entsprach ganz dem glänzenden Anfang. In Deutsch-
land wurde offen der Absolutismus proklamiert.

Ebenso wenig wie das Inland hielt Herr von Riederlen
es für nötig, das Ausland über seine Ziele zu informieren.
In England konnte man sich den Streich von Agadir
nicht anders erklären, als daß Deutschland sich in Marokko
festsetzen und in Agadir eine in England für bedrohlich er-
achtete Flottenstation schaffen wolle.

Damit ist aber bewiesen, daß Herr von Riederlen durch
seine Politik das deutsche Volk wegen untergeordneter kapi-
talistischer Interessen in Gefahr gebracht hat, in einen Krieg
mit England und Frankreich hineingerissen zu werden.

Das ist es, was uns an dem nun beendeten Abenteuer
so wichtig erscheint. Die Möglichkeit, daß die Herrschenden,
ja daß zwei ganz gleichgültige Menschen, die ein verfehlter
Entschluß zu Ministern gemacht hat, es in der Hand gehabt
haben, über Krieg und Frieden des deutschen Volkes zu ent-
scheiden.

Alles übrige ist weniger wichtig. Wir teilen nicht die
Meinung der deutschen Kolonialschwärmer, daß das Pro-
tektorat über Marokko für das französische Volk ein Glück ist.
Es ist merkwürdig, daß dieselben Leute, die zugeben, welch
gefährliche und kostspielige Sache das tripolitanische
Abenteuer ist, in Abrede stellen wollen, daß den Franzosen in
Marokko dieselben Gefahren erwachsen können.

eine Stärkung, sondern eine militärische Schwächung der
großen Kolonialländer, und auch die Franzosen müssen darauf
rechnen, daß sie nach Nordafrika noch viel stärkere militärische
Besatzungen werden werfen müssen.

Und deshalb ist uns selbst der Nachweis von der Unfähig-
keit unserer auswärtigen Politik nur darum so wichtig, weil er
zugleich die Unhaltbarkeit eines Systems aufzeigt, das das
deutsche Volk von der Entscheidung über seine wichtigsten
Lebensfragen ausschließt und sein Schicksal Deuten in die
Hände spielt.

Als erste von den Mächten, die den Algecirasvertrag unter-
zeichnet haben, haben Italien und Rußland ihr Zustim-
mung zum deutsch-französischen Marokkovertrag erklärt.
Zu diesen freiwilligen Zustimmungserklärungen kommt noch die unfrei-
willige des Sultans von Marokko.

Brüssel, 7. November. Es scheint sich zu bewahren, daß
Deutschland bei den Verhandlungen mit Frankreich einen gewissen
Wert auf die Erwerbung des Vorkaufsrechtes gelegt
hat, das Frankreich besitzt, falls Belgien die Kongokolonie zu ver-
äußern gedenkt.

Paris, 7. November. Präsident Wilson sagte bei Eröffnung
der Sitzung, er wolle zunächst der Nation das Lob aussprechen,
das sie verdiene. Die Seele Frankreichs sei in diesen langen der Ge-
schichte angehörenden Tagen so ruhig und so edel erschienen,
daß sie sich dem Beifall aller Neutralen und Freunde erzwungen habe.

Minister des Auswärtigen de Selves legte dem Bureau den Ge-
sehentwurf betreffend das deutsch-französische Abkom-
men vor und ersuchte um Vertagung an die Kommission für aus-
wärtige Angelegenheiten. De Beauregard forderte, daß der
Kommission der Geheimvertrag mit Spanien mitgeteilt
werde.

Zur Reichstagswahl.

Wahlkampf in Württemberg.

Am Sonntag, den 5. November hat die Sozialdemokratie
den württembergischen Reichstagswahlkreis des
Wahlkampfes mit 28 Versammlungen eröffnet. Die Versammlung in
Stuttgart, in der der sozialdemokratische Kandidat Genosse Hilden-
brand und Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum sprachen, war von
rund 5000 Personen besucht.

Der Kampf um den 1. Wahlkreis wird sehr heiß wer-
den. In der Hauptwahl 1907 siegte Genosse Hildenbrand mit 25 000
Stimmen über den nationalliberalen Kandidaten, der es mit Hilfe
der Volkspartei auf 21 442 Stimmen brachte.

Die politische Situation hat sich mittlerweile sehr zugunsten der
Sozialdemokratie geändert. Die bitteren Enttäuschungen, die der
liberal-konservative „Bülowblock“ gebracht hat, sind unergessen.
Die völkerverhättnisvolle Politik des „Bülowblock“ ablassenden
„schwarzblauen“ Blocks hat ein Uebriges getan, um die Empörung
weiter Volkskreise zu heigern.

Diesen günstigen Momenten stehen aber auch manche nachteiligen
gegenüber. Die hohen Wohnpreise zwingen immer mehr Ar-
beiter, außerhalb Stuttgarts ihren Wohnsitz zu nehmen. Unser
Rekrutierungsgebiet verengt sich dadurch, während die soziale
Struktur des 2., 4. und 5. Wahlkreises uns günstiger wird.
Das Anwachsen der Sozialdemokratie, ein Resultat der wirtschaftlichen
Entwicklung und der regen Agitations- und Organisationsarbeit
der Genossen des 1. Wahlkreises, hat auch den Gegenfah zwischen
Bourgeoisie und Sozialdemokratie verschärft. Liberale und Volks-
parteiliche hielten offen um die Wahlunterstützung des Zentrums
und der Konservativen, die ihnen — wenn auch nicht offiziell —
auch wohl zuteil werden wird, freilich erst im zweiten Wahlgang,
falls ein solcher sich notwendig machen sollte.

riffensten Wahlmacher, den Oberbürgermeister Dr. Max Müller von Eßlingen, haben die Nationalliberalen auf den Schild erhoben. Herr Müller soll die politisch Unentschiedenen führen, ein Geschäft, das er allerdings ausgezeichnet versteht. Mit Versprechungen weitgehendster Art ist der liberale Kandidat stets freigebig gewesen. Ihm kann nur begreift werden mit einer klaren prinzipiellen Agitation, die den Gegensatz zwischen proletarischer und bürgerlicher Politik scharf herausarbeitet.

Im 2. Wahlkreis (Gannstatt-Ludwigsburg) müssen wir uns gleichfalls mit einem Nationalliberalen herumzuschlagen. Im Jahre 1907 stieg hier mit volksparteilicher Hilfe der nationalliberale Führer Dr. Hieber mit 18 787 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten, der 15 546 Stimmen erhielt. Der Rücktritt Hiebers machte eine Nachwahl notwendig. Die Volkspartei, die bisherige Trägerin für die bürgerlichen Parteien, am 30. Juli 1910 gaben 18 705 Wähler den sozialdemokratischen Zettel ab, 9528 Wähler unterstützten den gemeinsamen Kandidaten der Deutschen (Nationalliberalen) Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei, 4930 Wähler votierten für den Bauernbund. Mit einer Mehrheit von 4244 Stimmen eroberte unsere Partei den Wahlkreis zum ersten Male. Die industrielle Entwicklung des Kreises und die Zunahme der zahlreicher Arbeiter, die zwar im 1. Wahlkreis arbeiten, im 2. Kreis aber ihren Wohnsitz aufschlagen, lassen diesen Kreis als festen Bestand der Partei erscheinen.

Der 5. Wahlkreis (Eßlingen-Richtheim), der einzige, den die nationalliberale Partei in Württemberg noch behält, dürfte von der Sozialdemokratie wieder zurückerobert werden. 1907 nahmen die verbündeten Nationalliberalen und Volksparteier uns den Wahlkreis mit 15 854 Stimmen, die der nationalliberale Kandidat Mehl erhielt. Der bisherige Inhaber des Mandats, Genosse Schlegel, brachte es auf 12 253 Stimmen (1908: 10 168). Gerade in diesem Wahlkreis ist aber die Volkbegeisterung gründlich verfliegen. Der nationalliberale Inhaber des Mandats hat auf die Kandidatur verzichtet.

Der 3. Wahlkreis (Heilbronn) gehört zum Bestand der Fortschrittlichen Volkspartei. 1907 wurde mit sozialdemokratischer Hilfe Pfarrer Raumann gewählt. Schon damals war die Sozialdemokratie der Volkspartei hart auf den Fersen (Zog. 9467 St., Volksp. 9713 St., Bauernbund 11 529 St.). Um den Wahlkreis nicht in bauernbündlerische Hände fallen zu lassen, stimmte die Sozialdemokratie für Raumann. Diesmal wird sich wohl der Entscheidungskampf zwischen Bauernbund und Sozialdemokratie abspielen. Die Zahl der organisierten Parteigenossen hat sich seit 1907 von 1308 auf 2467 erhöht, die Zahl der Leser der sozialdemokratischen Presse von 1319 auf rund 6000.

Der 6. Wahlkreis (Tübingen-Neutlingen), die „Hohburg“ des Führers der Volkspartei, des Herrn v. Payer, Kammerpräsident usw., wird diesmal einen starken Ansturm der Sozialdemokratie auszuhalten haben. Zwar stieg Payer 1907 mit 11 787 liberalen und volksparteilichen Stimmen über seine Gegner (Zog. 6040, Pentz. 3484, Bauernbund 1200 St.). Diesmal dürfte ihm eine Stichwahl kaum erspart bleiben.

Den 7. Wahlkreis (Göppingen) konnte auch 1907 die Volkspartei erst in der Stichwahl holen. Zwar stehen hier den 7504 volksparteilichen und 7086 Bauernbündlerstimmen nur 8489 sozialdemokratische Stimmen gegenüber. Die politische Entwicklung hat aber auch vor diesem Wahlkreis nicht halt gemacht.

Auf den 8. Wahlkreis (Freudenstadt-Gorb) trifft das gleiche zu. Den 8530 volksparteilich-nationalliberalen Stimmen stehen 4204 sozialdemokratische, 6455 Zentrumsstimmen und 668 Bauernbündlerstimmen gegenüber. Die Volkspartei rechnet auch hier auf sozialdemokratische Wahlhilfe gegen das Zentrum, in anderen Kreisen auf Zentrumsstimmen gegen die Sozialdemokratie. Das ist so nationalliberal-volksparteilicher Brauch in Württemberg.

Geiß amstritten wird der 9. Wahlkreis (Walingen-Rottweil) des volksparteilichen Führers Konrad Gauhmann, des Zweifronten-Taktikers. Den 10 425 volksparteilich-nationalliberalen Stimmen stehen 7082 sozialdemokratische und 8306 Zentrumsstimmen gegenüber. Die treulose Taktik des Herrn Gauhmann, Eugen Richters sel. Erben, gegen die Sozialdemokratie hatte schon 1907 den Beschluß der zuständigen Parteimittglieder gezeitigt, diesem volksparteilichen Politiker zum wohlverdienten Durchfall zu verhelfen. Man hat aber von einer kraftvollen Durchführung des Reichstages Abstand genommen und es bei der Warnung bewenden lassen. Herr Gauhmann rutschte noch einmal in den Reichstag hinein. Raum fühlte er wieder Boden unter den Füßen, da überschüttete er auch schon die Sozialdemokratie mit Hohn und Spott, der ihm allerdings noch nachträglich bitter aufstößen dürfte.

Den 10. Wahlkreis (Göppingen-Gmünd) hat die Sozialdemokratie bereits in Besitz gehabt; er wurde ihr 1907 durch einen in allen Farben schillernden Volksparteier entzogen. Diesmal dürfte ihn die Sozialdemokratie mit Wang zurückerobern.

Der 14. Wahlkreis (Ulm-Speidenheim) ist zurzeit auch noch volksparteilicher Besitz. Das Wahlabkommen zwischen Volkspartei und Nationalliberalen, das den 3., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 15. und 16. Wahlkreis der Volkspartei, den 1., 2., 5., 12., 13. und 17. Wahlkreis den Nationalliberalen zuspricht, hat auch den 14. Wahlkreis der Volkspartei reserviert, aber nur für den Fall, daß sich der bisherige Inhaber des Mandats, Reichsanwalt Storz, ein Nationalliberaler, der sich merkwürdigerweise als Volksparteier bezeichnen, wieder aufstellen läßt. Herr Storz ist aber ein vorsichtiger Mann, der sich einem Durchfall nicht gern aussetzt. Er hat die Kandidatur abgelehnt. Die Folge war ein monatelanges Gerause der verbündeten Parteien. Gegenkandidaten wurden aufgestellt, die volksparteiliche und liberale Presse vollführte ein homerisches Kriegsgeschrei. Da keine Partei nachgeben wollte, schien das ganze Wahlabkommen bedroht. Nun endlich hat man sich dahin geeinigt, eine politische Kull aufzustellen, an der die Parteien glücklicherweise überreich sind. Ob dieser „Sammellandtag“ in die Verlegenheit kommen wird, im Reichstag den Politiker mimen zu müssen, ist jedoch fraglich. Die Sozialdemokratie mit ihren 7288 Stimmen, die seit 1907 sicherlich nicht weniger geworden sind, wird auch noch ein ernstes Weiden mitleiden. Den 10 332 Stimmen der verbündeten Parteien standen außerdem noch 4543 Zentrumsstimmen und 2486 Bauernbündlerische Stimmen gegenüber.

Der 13., 15., 16., 17. Wahlkreis und Böhmengöllern sind sicherer Besitz des Zentrums. Schlimmer ist der Bauernbund daran, der seinen 4. Wahlkreis (Wöhringen-Deunberg) hart bedroht sieht. Die nationalliberale Partei, die mit 6231 gegen 6065 bauernbündlerische Stimmen steht, hofft ihn zu erobern. Die Sozialdemokratie ist ihr mit 5813 Stimmen aber sehr nahe gerückt und wird sie wohl überlagern. Der Bauernbund muß dann „das Vaterland retten“. Den 11. Wahlkreis, der sich zurzeit noch einem Bauernbündler gefallen lassen muß, beansprucht die Volkspartei, die 1907 den 10 450 Bauernbündlerischen Stimmen 4328 entgegenstellte. Die Sozialdemokratie erhielt 2947 Stimmen. Den 12. Wahlkreis (Crailsheim) möchte die liberale Partei dem Bauernbund abnehmen. Das Stimmverhältnis ist: Bauernbund 8332, Nationalliberale 5351, Zentrum 4472, Sozialdemokratie 1241. Bruder Zentrum wird jedoch den Bauernbund nicht im Glücke lassen.

Man sieht, Volkspartei und Nationalliberale haben im Schwabenlande alle Dinge weitgehend ordnet und das Württemberg überherrscht.

geteilt. Das Wahlabkommen weiß nur noch den einen Schönheitsfehler auf, das nämlich der Wähler noch nicht erledigt ist.

Die Sozialdemokratie, die 1907 nur einen Wahlkreis (Stuttgart) behaupten konnte, den 4., 5. und 10. Wahlkreis verlor, wird am 12. Januar 1912 nicht nur die Schluppe ansetzen, sondern aller Voraussicht nach weitere Fortschritte machen. Unsere Wahlverhältnisse sind fast stets überfüllt, und unsere Genossen lassen es an Arbeit, Eifer und Opferwilligkeit nicht fehlen, um den Wahlsieg zu einem Gerichtstag für alle offenen und verkappten Volksfeinde zu machen.

#### Eine nationale Einigungskandidatur

Ist in Hannover aufgestellt worden und zwar in der Person des Obermeisters Harry Plate, der bekanntlich vor gar nicht langer Zeit auf „allerhöchstem“ Vertrauen als Vertreter des Mittelstandes ins Herrenhaus berufen wurde. Es sind hauptsächlich die konservativen Elemente der Stadt Hannover, die diese Kandidatur proklamiert haben. Am unangenehmsten überrascht werden davon die koalitierten Nationalliberalen und Freisinnigen sein, die in der Person des Volksparteierers Venzberg, der einst als demokratisch galt, mittlerweile sich aber zum Nationalliberalen mit freisinnigem Außenglied durchgemauert hat, den geeigneten Sammellandtag gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben glauben. Unsere Genossen werden jedenfalls das ihrige tun, um das Erbe Meisters der Partei zu erhalten.

#### Graf Vosadowky als Hansabändler.

Auf eine Anfrage der Wiesfelder Ortsgruppe des Hansabundes hat Graf Vosadowky erklärt, daß er mit den Grundzügen des Hansabundes vollkommen einverstanden sei. Eine zustimmende Erklärung des einstigen Staatssekretärs zu der ihm angetragenen Kandidatur ist noch nicht erfolgt.

## Der Krieg.

Italien fühlt sich, wie aus der Proklamation der Annexion und aus dem Rundschreiben an die Vorkämpfer hervorging, als siegreicher Eroberer. Nur schade, daß seine Laten mit seiner Großsprecheri nicht übereinstimmen wollen. Der „Avanti“ meldet nämlich, daß auch die Reserven der Jahresklassen 1886 und 1887 einberufen und daß aus diesen das tripolitanische Expeditionskorps auf 100 000 Mann gebracht werden soll. Ferner kann die Regierung immer weniger die Wahrheit über die tatsächlich erlittenen Verluste vertuschen, ebenso wenig wie die unverschämte Sprache der italienischen Tripolispresse die an den Arabern begangenen Greuelthaten aus der Welt schaffen kann. Freilich braucht sich die deutsche, österreichische, englische usw. Bourgeoispreffe über die freche Verlogenheit der italienischen nationalaktivistischen Zeitungen nicht stützlich zu entrüsten. Sie haben es alle nicht besser gemacht, als ihre eigenen Regierungen auf kolonialen Raub ausgingen. Wie haben zum Beispiel die deutschen bürgerlichen Blätter über die sozialdemokratischen Zeitungen geschimpft, als diese von Greuelthaten während des Humenzuges und des Hereroausstandes berichteten, Greuelthaten, die im Laufe der Zeit von einwandfreien Zeugen bestätigt worden sind. Und wie hat die englische Presse über die Geleiste, die zur Zeit des Burenkrieges von den Abscheulichkeiten der Konzentrationslager berichteten. Sie sind allzumal Sänder und Pharisäer, und die italienischen Blätter, die jetzt die Araberregelungen in Tripolis frech ableugnen, handeln nur nach berühmten Mustern.

Ferner will es sehr wenig zu den italienischen Siegesberichten stimmen, daß jetzt General Caneva als Sündenbock hingestellt und abberufen werden soll. Der Mann, der die Verantwortung für das viele unschuldig vergossene Blut zu tragen hat, ist aber weniger schuldig als die, die in freudvoller und gewinnstüchtiger Absicht zu dem Abenteuer getrieben und über die Situation in Tripolis, besonders über die Stimmung der Araber, verlogene Berichte in die Welt posant und dem italienischen Volk den Marschzug als einen „militärischen Spaziergang“ dargestellt haben. Die Folge davon war, daß die militärische Aktion höchst leichtfertig vorbereitet war und infolge der klugen Taktik der türkischen Truppenleitung sich nur auf eine verlustreiche Verteidigung von Tripolis und einiger anderer Küstenstädte beschränken konnte.

All das muß auch jetzt die Nachrichten von Zwistigkeiten zwischen Türken und Arabern, die von den italienischen Offizieren mit großer Geschäftigkeit verbreitet werden, höchst verdächtig erscheinen lassen. Die Geschichte der nordafrikanischen Kriege zeigt zwar, daß es immer schwer war, größere Aufgebote von verschiedenen Stämmen angehörenden Arabern und Berbern für eine einheitliche Aktion zusammenzufassen, aber vorläufig liegt kein Grund zur Annahme vor, daß es den türkischen Offizieren nicht gelingen soll, die arabischen Hilfstruppen auch weiterhin zu gemeinsamen Aktionen mit den regulären Truppen zu verwenden, wie sie es bisher meisterhaft verstanden haben. Mit den italienischen offiziellen Berichten von Zwistigkeiten und von Mangel im türkisch-arabischen Lager stimmt u. a. auch sehr wenig die vom Kriegskorrespondenten des „Avanti“ mitgeteilte Erzählung eines Verzagten überein, der in türkische Kriegsgefangenschaft geraten war und wieder entlassen konnte. Danach befanden sich im türkischen Lager vor Tripolis mindestens 7000 Araber und 2000 türkische Soldaten, ferner aber auch reiche Vorräte an Lebensmitteln und Munition.

In den letzten Tagen ist es bei Tripolis und Derna wieder zu ernstern Kämpfen gekommen. Wie immer, stehen die türkischen und italienischen Meldungen darüber im schärfsten Widerspruch, jede der beiden Parteien will gesiegt haben. Die Wahrheit wird sich wohl auch erst in einigen Tagen feststellen lassen.

#### Die Kämpfe vor Tripolis.

##### Italienische Darstellung.

Tripolis, 7. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der vorgestrige Angriff hatte keine weiteren Folgen. Diese einzelnen kleinen und unaufrichtigen Angriffe bezwecken vielleicht auch, die italienischen Arbeiten für eine endgültige feste Stellung zu hindern. Die Ankunft der neuen Verstärkungen ließ es opportun erscheinen, eine weiter vorgeschobene Linie in der östlichen Dase zu besetzen, um die in der westlichen Dase verborgenen Feinde zurückzutreiben. Am 2. Uhr nachmittags ging die 5. Brigade unter dem Befehl des Generals DeGaurand von der italienischen Verteidigungslinie schnell gegen die Batterie Hamidje vor, nahm sie ein und besetzte sie mit einer Batterie Gebirgsgeschützen und einer Batterie Schnellfeuerkanonen. Die Ordnung und Schnelligkeit des italienischen Vorrückens machten es dem Feinde unmöglich, bemerkenswerten Widerstand zu leisten. Die Türken und Araber bemühten sich, mit Infanterie und Artillerie einen Gegenangriff zu machen, aber die 6. Brigade hatte bereits eine so starke Stellung ein-

genommen, so daß der Versuch mißlang. Gegen Einbruch der Nacht zog sich der überall zurückgeworfene Feind in großer Unordnung und mit nicht geringen Verlusten zurück, während die Italiener nur sieben Verwundete hatten. Die italienischen Truppen sind mit der Herrichtung der endgültigen Stellung beschäftigt. Auch die Einwohner bekunden nunmehr ein größeres Gefühl der Sicherheit; sie haben mit vollem Vertrauen ihre gewohnte Beschäftigung wieder aufgenommen, so daß der Handel wieder aufzuleben beginnt, wie die Tätigkeit des Postamtes in Tripolis andeutet.

#### (Türkische Darstellung.)

Konstantinopel, 7. November. Oberst Reschid meldet unter dem 4. d. Mts. aus Tripolis: Wir unternahmen heute einen Sturm, welcher für die Italiener durchaus unglücklich ausgefallen. Die Italiener hatten 300 Tote und ebenso viele Verwundete. Unter den Toten befinden sich viele Offiziere. Während des ganzen Sturmes bombardierten die Kriegsschiffe unangesehen unsere Stellungen, so daß wir uns in die von und eroberten Kasernen zurückziehen mußten. Die dort gefundenen Waffen sowie große Vorräte an Lebensmitteln tun uns große Dienste.

#### Die Einnahme von Derna.

Konstantinopel, 7. November. Beim Kriegministerium lief eine amtliche Meldung über die Einnahme von Derna ein. Danach hatten die Italiener einen Verlust von 500 Toten und zahlreichen Verwundeten. 18 Kanonen und 5000 Riflen Munition wurden erbeutet. Die Türken verloren 80 Tote und 100 Verwundete. Eine weitere Meldung vom Major Enver Bey über den Sturm besagt: Die Hauptkräfte der Senussen versüßten mit unseren Truppen über 10 700 Mann. Der heutige Sturm kostete den Italienern 360 Tote und 167 Verwundete. Circa 140 Gefangene wurden gemacht, 9 Kanonen erbeutet, wovon sechs unbrauchbar gemacht waren. Viele Munition und große Vorräte fielen in unsere Hände. Auf unserer Seite sind 290 Tote und 195 Verwundete zu beklagen. Darunter ein Freiwilligenleutnant.\*

#### Türkische Truppenkonzentration in Arabien.

Konstantinopel, 7. November. Der dritte Teil der Truppen des Aufstandsgebietes von Afsch wurde nach Hodeida und Umgegend zurückgezogen. Dasselbst befinden sich bereits die Truppen aus dem Yemen mit den beiden kommandierenden Jazed und Mehmed Ali Pascha. Da ein Militärtransport der über 12 000 Mann starken Armee nach Konstantinopel gegenwärtig als ausgeschlossen gilt, hat die Konzentration nach Hodeida nur dann einen Zweck, wenn sie zu Operationen nach einer noch unbekanntem Richtung verwendet wird.

## Die Revolution in China.

#### Die Zensur aufgehoben.

Peking, 7. November. Da die Zensur für die Presse aufgehoben ist, veröffentlichen die chinesischen Zeitungen heute lange Berichte über die Regierungen in Hankau und messen den Fährten der Kaiserlichen die Schuld bei. Sie behaupten, der Ausbruch der Revolution in Schanghai sei die direkte Folge der Regierungen, und diese hätten die allgemeine Verurteilung und die Feindseligkeit gegen die Mandschus vermehrt.

Die britische und die amerikanische Regierung ergreifen wirksame Maßnahmen, um ihre Landesangehörigen im Falle einer für die Fremden entzündenden Gefahr zu beschützen. Doch wird eine solche immer noch für unwahrscheinlich gehalten.

Nach Briefen eines Offiziers, der zum Stabe von Juanshikai gehört, verlangt der Führer der kaiserlichen Lijuanhang unter anderem, daß der kaiserliche Haushalt mit den gelamten Gefolgskleuten einschließlich der Einheiten aus Peking entfernt werde. — Konsularberichte aus Ruden besagen, daß viele Chinesen auf das Land flüchten, da sie glauben, daß sich die Mandchus nach Ruden zurückziehen und die chinesischen Einwohner niedermegeln werden.

Juanshikai hat der fünften Division in Schantung den Befehl erteilt, nach Niedo vorzurücken. — Die Handelskammer in Peking ersucht die Regierung um viertausend Gewehre und dazu gehöriger Munition zur Bewaffnung eines von der Kaufmannschaft zu bildenden Polizeikorps.

#### Eine Bluttat der Mandschus.

Peking, 7. November. General Wu, der vor kurzem neuernannte Gouverneur der Provinz Schansi, wurde heute morgen in seinem Schlafzelt bei Schlichshang von dreißig Mandchus ermordet. Bei ihrer Verhaftung erklärten diese, daß General Wu im Geheimen den Rebellen angehört habe.

Es verläutet, daß der Ermordung des Generals Wu heute einige Kämpfe zwischen Mandchus und chinesischen Soldaten folgten, bei denen verschiedene Offiziere und Mannschaften getötet wurden.

#### Der entlohene Prinz.

Peking, 7. November. (Meldung des „Neuerlichen Bureau“.) Prinz Tsai-hsin ein Bruder des Regenten, der im Jahre 1910 an der Spitze der Kommission für die Wiederherstellung der Marine Europa bereist hatte, ist seit drei Tagen nicht mehr gesehen worden. Prinz Tsai-hsin war von seinem Vornamen als stellvertretender Marineminister auf mehrere Monate beurlaubt und es besteht die Vermutung, daß er geflohen ist. Diese Meldung mag die Veranlassung zu dem in Schanghai unlaufenden Gerücht gegeben haben, daß die Hauptstadt gefallen und der Hof geflohen sei.

Wie es heißt, sind 250 englische Soldaten von Hongkong nach Schanghai beordert worden. Zweihundert russische Soldaten sollen nach Tientsin geschickt werden.

#### Fortschritte der Revolution.

London, 7. November. Die „Daily Mail“ meldet aus Kanton vom 6. November: Wie ein Telegramm vom 29. Oktober aus Kanton in der Provinz Jünnan besagt, haben die dortigen Truppen am 27. Oktober gemeutert und den General Tschang getötet. Der Toztai ist entweder getötet worden oder hat Selbstmord begangen. Die Frauen des Toztai sind in einem Dornen ertränkt worden.

Nach den Berichten der kaiserlichen sind Tschifu am 23. Oktober und Jungtschangsu sowie Jünnanfu am 27. Oktober eingenommen und alle dort befindlichen Beamten ermordet worden.

#### Die Nationalversammlung für Juanshikai.

Peking, 7. November. Juanshikai ist von der Nationalversammlung formell zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

## Zur Lebensmittelteuerung.

Für die Beamten eine Teuerungszulage — für die Arbeiter aber keine!

Der Magistrat der Stadt Moskau hatte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, den Beamten, die unter 1800 R. Gehalt beziehen, eine einmalige Teuerungszulage von 100 R. zu gewähren. Unsere Genossen empfahlen die An-

nahme der Vorlage, verlangten aber, daß die Bedingung gestellt werde, auch den städtischen Arbeitern die gleiche Zuwendung zu machen. Als Bedingung wollte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung solches nicht stellen, sie ließ es bei einer Wunschäußerung bewenden. Jetzt antwortet der Magistrat nun, daß er diesem Wunsche nicht statgeben könne; er wolle indessen Erhebungen anstellen über die Zahl der städtischen Arbeiter und darüber, was eine Feuererzulassung für sie der Stadt kosten werde. Der Magistrat rüffelt dann das Stadtparlament, weil es bei den städtischen Arbeitern die Hoffnung (auf 100 M.) erweckt habe, die wahrscheinlich nicht befriedigt werden könne! — Mit mehr Nachdruck, als wie es hier geschieht, können die Arbeiter nicht mehr darauf gestochen werden, daß wir in einem Klassenstaat leben.

#### Die Magistrate von Nürnberg und Wismar

erließen nach gegenseitiger Verständigung vorige Woche einen Antrag, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Verkaufspreise verschiedener Lebensmittel, speziell Kartoffeln, in keinem Verhältnis zu den Engrospreisen ständen. Die Händler wurden öffentlich aufgefordert, innerhalb acht Tagen die Verkaufspreise herabzusetzen, andernfalls die Kommunalverwaltungen direkt einkaufen und so billiger verkaufen würden. Die Anforderung hat gewirkt. Jetzt werden Kartoffeln, die vorige Woche noch mit 3,80 bis 4 M. pro Zentner verkauft wurden, von den Händlern mit 3,20 M. angeboten. Strohsträben, die pro Zentner mit 3 M. verkauft wurden, sind jetzt für 2 M. zu haben. Auch die Fleischer haben, um der Fleischabgabe durch die Städte auszuweichen, die Verkaufspreise um 10 Pf. pro Pfund ermäßigt. Die Abgabe von Seefischen zu Einkaufspreisen hat der Konsumverein in die Hand genommen, der auch einen großen Teil Schweine eigener Mästung selbst geschlachtet hat und an seine Mitglieder zu billigen Preisen abgibt.

#### Gegen die Teuerung

protestierten über tausend Eisenbahnhandwerker und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Kassel. — Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der eine allgemeine Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Handwerker in den Eisenbahnstaatsbetrieben gefordert wird. Ferner bemängelte die Versammlung die überhäufte Art der Kartoffelbezüge durch den Staatseisenbahnvereinsverband, wodurch schlechte Kartoffeln teuer bezahlt worden seien.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November 1911.

### Handelsvertrag mit Japan und Marokko-Vorspiel.

Noch immer nicht der Marokkovertrag, sondern nur ein Handelsvertrag mit Japan war es, der am Dienstag dem Reichstage unterbreitet wurde. Daß auch dieser Vertrag keine besonderen Vorteile für Deutschland bringt, gab in seiner Begründung selbst der Staatssekretär Delbrück zu, aber er sei immerhin besser als gar kein Vertrag und gewähre Deutschland durch die Meistbegünstigungsklausel die Sicherheit, daß Japan nicht andere Staaten vertragmäßig besser stellen könne.

In der Debatte stimmten die Vertreter sämtlicher Parteien darin überein, daß die neuen Vertragsbestimmungen Deutschland schlechter stellen als die alten, aber zur Ablehnung des Vertrages wollte doch niemand raten. Die Herren Pieper (Zentrum) und Stresemann (natl.) führten Klage darüber, daß der deutschen Seidenindustrie durch Herabsetzung des Zolls auf japanische Bandseide arge Konkurrenz gemacht werden könne. Herr Stresemann nutzte die Gelegenheit zu einer Warnung vor Sozialreform aus. Weil man nämlich die japanischen industriellen Arbeiter zu viermal so billigen Löhnen bekommen könnte, als die deutschen, dürfe man den wackeren deutschen Unternehmern nicht die Konkurrenz durch die Auspackung immer neuer sozialpolitischer Lasten erschweren.

Diesen Schutzöllnern sowohl wie der Stresemannschen Planmacherei trat Genosse Südekum entgegen, indem er darauf hinwies, daß erfahrungsgemäß bei geringer Lohnzahlung auch die Leistungen der Arbeiter entsprechend minderwertiger seien, so daß die Konkurrenzfähigkeit eines Landes in keiner Weise durch hohe Löhne beeinträchtigt werde.

Schließlich wurde der Vertrag in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die folgende Sitzung kam es zu einem Vorgrübel wegen des Marokkovertrages. Der Präsident schlug vor, die nächste Sitzung erst am Donnerstag abzuhalten, um dann über die Marokkofrage zu verhandeln. Zunächst erhob Herr Wasseremann (natl.) Widerspruch dagegen, schließlich stimmte das Haus insgesamt dem Vorschlage des Präsidenten aber zu; doch nahmen Vertreter verschiedener Fraktionen, darunter auch Genosse Hebel, die Gelegenheit wahr, ihrem Unwillen über die Art und Weise, wie dem Reichstag der Vertrag ohne alle Begründung und ohne Kartenmaterial vorgelegt ist, kräftigen Ausdruck zu verleihen. Nicht einmal in China würde die Regierung der Volksvertretung so etwas zu bieten wagen.

Also am Donnerstag wird der Reichstag nun endlich einmal wieder Gelegenheit haben zu zeigen, wie weit seine Geduld gegenüber den amtierenden Bureaukraten geht.

### Delegiertenversammlung der Scharfmacher.

Im Hotel Adlon fand heute die diesjährige Delegiertenversammlung des Zentralverbands deutscher Industrieller statt, an der als Vertreter der preussischen Staatsregierung auch Geh. Oberregierungsrat Hofmann aus dem Handelsministerium teilnahm.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Generalsekretär des Verbandes, Regierungsrat Dr. Schweighofer den Jahresbericht. Er griff die Politik des Sanftmutes aufs schärfste an und wandte sich dann gegen die Sozialdemokratie:

Die Forderung des Herrn Präsidenten Nieker, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen, ist nicht neu. Das ist schon seit Jahrzehnten versucht worden. Aber was ist der Erfolg davon gewesen? Diese Gelegenheit ist von der Sozialdemokratie stets benutzt worden, die Ordnung und Disziplin zu untergraben und zu einer Schulung ihrer revolutionären Ideen zu machen. (Sehr richtig!) Jeder Parteitag liefert den Beweis, daß das Endziel der Sozialdemokratie auf den Umsturz der staatlichen Ordnung hinausläuft. Der Glaube an eine Manifestation wird von ihren Führern stets zurückgewiesen. Es ist daher wenig verständlich, wie im praktischen Leben stehende Männer hoffen können, die Sozialdemokratie durch ein Entgegenkommen umzuformen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Zentralverband konnte derartige Gedanken nicht als richtig anerkennen und muß sie zurückweisen. Wir sind überzeugt, daß eine Mitarbeit der Sozialdemokratie deren Uebermacht nur noch stärken würde, es würde noch ein größerer Teil des Völkertums vor die Wahl

zwischen dem Ueberagrartertum und der Sozialdemokratie gestellt und es würde die Gefahr noch größer sein, daß wir in Deutschland unter eine demokratisch-sozialdemokratische Herrschaft gelangen. Aus taktischen Gründen müßten wir uns daher gegen derartige Grundsätze wenden. Die Sozialdemokratie hat seit 1907 nicht weniger als 10 Siege erobert. Das ist ein Erfolg, den noch keine Partei bei Nachwahlen gehabt hat. Diese Erfahrung sollte doch nicht gleichgültig lassen, sondern die bürgerliche Gesellschaft aufritteln und erkennen lassen, daß es ein Irrtum ist, unsere Wirtschaftspolitik würde durch die Neuwahlen nicht gefährdet.

Besonders scharf wandte sich Dr. Schweighofer gegen die Gewerkschaften und forderte dringend den „Schutz der Arbeitswilligen“:

Der Gewerkschaftsstrom zu Dresden hat gezeigt, welcher Wille zur Macht in diesen Organisationen steckt. Die Opferlosigkeit der Arbeiter soll auch für die Arbeitgeber ein Ansporn zum Ausbau der Organisation sein. Die englischen Ausländer haben gezeigt, welche schwere soziale Erschütterung einen Kulturstaat treffen kann. Es ist daraus der Beweis zu ziehen, daß die Einigungsämter nicht dem sozialen Frieden dienen, sondern eine Quelle von Unzufriedenheit sind und von den Arbeitern, wenn ihnen der Schiedspruch nicht paßt, einfach beiseite geschoben werden. Unseren Regierungsräten sollte daraus die Erkenntnis erwachsen, daß derartige Maßnahmen nicht geeignet sind, den sozialen Frieden zu wahren und daß es notwendig ist, besondere Maßnahmen zu treffen gegen den immer rücksichtsloser auftretenden Terrorismus. Der Schutz der Arbeitswilligen wird immer dringender. Erfreulicherweise ist das Vorgehen des Zentralverbandes auch vom bayerischen Industriellenverband unterstützt worden.

Auch gegen die Verabschiedung des Privatbeamten-Versicherungsgesetzes vor Schluß des Reichstages macht Dr. Schweighofer im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller Front. Fürst Bismarck habe einmal in ähnlicher Situation geäußert, daß sein Verantwortlichkeitsgefühl ihn daran hindere, dem abtretenden Reichstag noch eine so wichtige Vorlage vorzulegen. In maßgebender Stelle solle man sich hieran ein Beispiel nehmen. Parlament und Bundesrat dürfen doch nicht kurz vor den Wahlen lediglich aus politischen Gründen Materien zurzuehand zu erledigen suchen, gegen die von sachverständiger Seite die schwerwiegendsten Bedenken vorgebracht worden seien.

Selbstverständlich blieb auch die Marokkofrage in dem sogenannten Geschäftsbericht nicht unerörtert, und ebenso selbstverständlich ist, daß Herr Dr. Schweighofer im Sinne seiner „Brotherren“ fand, die deutsche Regierung hätte, und besorgte um die Folgen, energischer zugreifen müssen. Wörtlich sagte er:

Ich will die Frage nicht erörtern, ob es nicht möglich gewesen wäre, diese eminente Vorzugsstellung Frankreichs in Marokko zugunsten des deutschen Reiches etwas mehr einzuschränken, wenn die Reichsregierung bei der Entwicklung der marokkanischen Frage von Anfang an die deutschen Ansprüche etwas stärker betont hätte und sich das alte eberne Wort unseres großen Kanzlers etwas mehr zur Richtschnur genommen hätte, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Konferenzen erledigt werden, sondern daß hier einzig und allein die Tat die Hauptsache ist. (Sehr richtig! Bravo!)

Das Gefühl, daß der Wille zur Tat in unserer äußeren wie inneren Politik sich nicht immer zur rechten Zeit geltend macht, daß hier ein männlicher Akkord nur selten noch erklingt, ist leider in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung weit verbreitet, und gerade auch auf wirtschaftlichem Gebiete mehren sich die Stimmen, die hier eine energisierendere Vertretung unserer Interessen verlangen.

Eine Debatte über die Verichterstattung fand nicht statt. Die Versammlung war mit Herrn Schweighofers Rede voll und ganz einverstanden. Neben zwei Resolutionen, die sich für ein „einiges Zusammenarbeiten der Industrie“ und gegen den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte aussprechen, gelangte folgende, einen stärkeren „Schutz der Arbeitswilligen“ fordernde Resolution zur Annahme:

„Angeichts der immer drohender werdenden Gestaltung der Arbeitskämpfe und des immer rücksichtsloseren Machtgebrauchs der Streikgewerkschaften ersucht der Zentralverband Deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu sichern und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Partei und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erlass derartiger gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigensten Interesse der Arbeiterschaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wird der Industrie die Aufgabe, der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.“

### Geld, viel Geld!

Geld, viel Geld fordert im roten „Tag“ der Generalmajor Reim. Selbstverständlich wiederum für unseren Militarismus. Und zwar der Abwechslung halber für die Verjüngung unseres Offizierkorps. Die Verabschiedungen sollen noch in größerem Maßstabe stattfinden als bisher. Das koste natürlich „Geld, viel Geld“, aber — das deutsche Volk habe es ja dazu.

Um das zu beweisen, beruft sich der ehemalige Generalstabschef des Flottenvereins auf die richtige Steigerung des Vermögens, wovon ja die preussische Ergänzungsteuerstatistik zeugt. Trotz der schlimmen Prophezeiung der „Jubiläumsgewer“ habe der Wohlstand des deutschen Volkes unter den Militärlasten nicht gelitten; im Gegenteil sei der Volkswohlstand in den letzten Jahrzehnten immens gewachsen.

Wie der Volkswohlstand gewachsen ist, das beweist in der Tat die preussische Ergänzungsteuerstatistik. Vergleichen wir das Jahr 1908 mit dem Jahr 1895, so ergibt sich folgendes Bild der Vermögensvermehrung und Vermögensverteilung auf die einzelnen Schichten:

	1895	1908	Ab- und
	M.	M.	Zunahme
Jensten bis 3000 M. Einkommen	16 436	20 6	24,4
Jensten mit über 30 500 M. Einkommen	15 964	20 408	32,6

Wir sehen also, daß der Volkswohlstand keineswegs gestiegen ist, wohl aber ganz kolossal das Vermögen der Schwer-

reichen. Gatten die Jensten mit einem Einkommen von mehr als 30 500 M. 1895 noch knapp ein Viertel des Gesamtvermögens in ihrem Besitz, so war ihr Besitzanteil im Jahre 1908 bereits auf annähernd ein Drittel des Gesamtvermögens gestiegen. Woher dies Vermögen stammte, beweist ja der Umstand, daß in demselben Zeitraum das Vermögen der Jensten mit einem Einkommen bis zu 3000 M. um 5,2 Proz. geringer geworden ist. Die Aera des Militarismus und Marinismus ist zwar dem Volke selbst sehr schlecht bekommen, aber die Reichen und Allerreichsten haben dabei allerdings ein Bombengeschäft gemacht. Und damit die Volksausplünderung, die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen auch künftig munter weiter geht, soll unser Heer ja auch das Bollwerk gegen den „inneren Feind“, gegen die „begehrlichen“ Hungerleider bilden!

### Ein Dementi.

Das Rolfische Bureau meldet: Gegenüber der Meldung, der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz habe auf die Anfrage des Reichstages, ob Deutschland aktionsbereit sei, Bedenken bezüglich der deutschen Schlagfertigkeit zur See geltend gemacht, sind die „Nieler Neuesten Nachrichten“ ermächtigt zu erklären, daß die Meldung glatt erfunden ist.

Daß die deutsche Flotte der vereinigten englischen und französischen Flotte nicht gewachsen ist, ist eine Tatsache, die ja Wilhelm II. auch ohne ausdrückliche Anfrage bewußt sein konnte.

### Zur Landtagswahl in Breslau.

Durch einen Gewaltakt des Blauschwarzen Blocks wurde im Frühjahr dieses Jahres das Mandat des Landtagsabgeordneten Ehlers in Breslau für ungültig erklärt. Am Montag fanden die Wahlmänner-Ergebnisse statt. Die Hoffnung der Reaktionäre, durch massenweises Aufgebot aller Beamten die Zahl ihrer Wahlmänner zu vermehren, hat sich erfreulicherweise nicht erfüllt. Im Gegenteil, es gelang den Sozialdemokraten und Liberalen, die sich bei den Stichwahlen gegenseitig unterlitzten, den Mandatsräubern eine empfindliche Schlappe beizubringen. Nicht weniger wie 45 Wahlmännermandate wurden dem Blauschwarzen Block entzogen. Die Sozialdemokraten, die 69 Mandate zu verteidigen hatten, gewannen 12; die Liberalen hatten 57 zu verteidigen und gewannen 33; die Blauschwarzen Reaktionäre hatten 108 zu verteidigen, konnten aber davon nur 68 behaupten. Im ganzen standen 224 Wahlmänner zur Wahl. Einige Wahlen in der ersten Abteilung kamen nicht zustande.

Die Majorität für den freisinnigen Abgeordneten-Kandidaten Ehlers ist mit Unterstützung der sozialdemokratischen Wahlmänner, die schon bei der letzten Wahl für ihn stimmten, gesichert, selbst wenn noch einige kleine Verschiebungen eintreten sollten.

### Frankreich.

Aus dem Ministerrat.

Paris, 7. November. Im heutigen Ministerrat unterzeichnete Präsident Fallières den Bescheid betreffend das deutsch-französische Abkommen. Dieser wird heute dem Bureau der Kammer zugehen.

Der Ministerrat beschloß General Loubet vorzuladen, um ihn über die Vorfälle in Utscha um Aufklärung zu erfragen. — Bezüglich der Pulverangelegenheit beschloß der Ministerrat die Direktoren der Pulverfabriken, Rassin und Loupp, wegen der von ihnen bezangenen Fehler und ihrer groben Nachlässigkeit vor den Untersuchungsrat zu ziehen, um ihre Abhebung zu erwirken; ferner wurde beschlossen, den Generalinspekteur und ehemaligen Direktor der Pulverfabriken Gerard in den Ruhestand zu versetzen sowie die ganze Verwaltung des Pulvers zu reorganisieren und einige Pulvervorräte zu untersuchen.

### England.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 7. November. Unterhaus. Der Abgeordnete King (Liberal) fragte, ob zwischen dem Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung ein Austausch von Mitteilungen stattgefunden habe über das angebliche Interview, das der britische Votschafter in Wien einer österreichischen Zeitung gewährt haben sollte.

Sir Edward Grey antwortete: Zwei Zwischenfälle sind in der letzten Zeit Gegenstand von Mitteilungen zwischen der britischen und der deutschen Regierung gewesen. Der eine ist der in einer österreichischen Zeitung veröffentlichte Artikel, auf den in der Anfrage Bezug genommen wurde. Der andere ist ein Bericht in der deutschen Presse über eine von dem damaligen Marineminister McKenna gehaltene Rede. Die Mitteilungen, die zwischen den Regierungen ausgetauscht wurden, hatten im allgemeinen keinen formellen Charakter. Es ist nicht notwendig und es würde vielleicht nicht passend sein, sie zu veröffentlichen, aber ich kann sagen, sie sind nicht so beschaffen, um irgendwelche Schwierigkeiten zwischen den Regierungen zu verursachen. Ich halte es jedoch für wünschenswert, die Tatsachen darzulegen. Es war behauptet und in einigen Kreisen geglaubt worden, daß der britische Votschafter in Wien durch ein Interview oder auf eine andere Weise Anteil an der Veröffentlichung eines Artikels gehabt habe, der die deutsche Politik kritisiert. Es war berichtet worden, daß McKenna in einer öffentlich gehaltenen Rede die deutsche Politik angegriffen habe. Beide Vorfälle wurden in Deutschland als eine direkte öffentliche und internationale Beleidigung Deutschlands durch einen britischen Votschafter und einen britischen Minister ausgelegt und verursachten große Erbitterung. Die Tatsachen sind folgende: Der britische Votschafter in Wien hat in keiner Weise an der Veröffentlichung des Artikels teilgenommen, über den man sich beklagt hat und er hatte auch keine Kenntnis von ihm vor seiner Veröffentlichung. (Beifall.) McKenna hat in seiner Rede nicht die Versicherungen getan, über die man sich beklagt hat. Die in Frage stehende Stelle ist in einem Bericht über seine Rede aus einer ganzlich fremden Quelle eingeschoben worden und der Minister selber hatte nichts dergleichen gesagt. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die öffentliche Meinung nach diesen Vorfällen in acht nehmen wird, sich durch solche Behauptungen fortziehen zu lassen. (Beifall.) Schwierigkeiten können sich natürlich von Zeit zu Zeit zwischen England und anderen Ländern infolge von einer tatsächlichen Verschiedenheit der Politik in einem besonderen Augenblick ergeben, aber ich glaube, daß die betreffenden Regierungen imstande sein werden, alle solche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn die Tatsachen nicht entzweit und übertrieben werden. Wenn jedoch falsche Nachrichten berichtet und geglaubt werden, so wird die Erbitterung und Erregung in der Öffentlichkeit so übermächtig werden, daß es den Regierungen unmöglich wird, sie zu beherrschen. Bei einigen Organen der Presse hat bald in England, bald in Deutschland eine Meinung beherrscht, tatsächlich oder angeblich getroffene Maßnahmen Deutschlands oder Englands in verächtlichen Worten im bösen Sinne auszuliegen. Ich glaube bestimmt, daß mit dem Abbruch der in den Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland über Marokko jetzt glücklich erreicht worden ist, die Spannung verschwinden wird, die in der britischen und deutschen Presse zu Verdrüssigkeiten und falschen Auslegungen geführt hat.

King fragte sodann, ob die Versicherungen und Erklärungen der englischen Regierung von der deutschen Regierung freundlich und ohne Reserven entgegengenommen worden seien. Grey erwiderte: Keines Erachtens sollte King nach einer gründlichen und wohlwolligen Mitteilung nicht noch Ergänzungen an mich richten. Ich möchte sonst auf das verweisen, was ich bereits mitgeteilt habe, nämlich, daß keine der ergangenen Mitteilungen bezerrt gewesen ist, um irgendeine Schwierigkeit zwischen beiden Regierungen zu verursachen.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Formereistreik.

In den „Pharus-Sälen“ fanden am Dienstagvormittag zwei überfüllte Versammlungen statt.

Cohen gab den Situationsbericht. Seit der letzten Versammlung seien bemerkenswerte Dinge vorgekommen, trotz der scheinbaren Ruhe nach außen hin. Am letzten Donnerstag seien die Metallindustriellen beisammen gewesen und hätten beratschlagt, was nun werden solle. Die Vertreter von den interessierten 23 Firmen hätten vier Stunden beraten, woraus sich auch die Schwierigkeit der Situation schließen ließe. Das Ergebnis war, daß der Wunsch einer Anzahl Vertreter, es möchte mit dem Arbeitnehmerverband noch mal verhandelt werden, abgelehnt wurde. Man wolle andere Wege beschreiten, hieß es. Gestern sei nun ein streikender Formner zu ihm, dem Redner, gekommen und habe mitgeteilt, der Chef hätte ihm durch den Meister sagen lassen, Cohen möge doch die Forderungen ihm noch einmal schriftlich formulieren und einreichen. Er, der Chef, wolle sie dann bei den anderen Arbeitgebern vertreten. Er, Redner, habe dem Herrn aber sagen lassen, wenn er etwas wünsche, möge er sich direkt an ihn, Cohen, wenden, dann würde man darüber sprechen. Der betreffende Chef wisse aus früheren Gelegenheiten, daß er sich ruhig ihm, Cohen, anvertrauen könne und von ihm eine Bloßstellung nicht zu erwarten habe. Aber den vorgeschlagenen Weg mache er nicht mehr mit. Die Erfahrungen, die er gemacht habe, zwängen ihn zu dieser Stellungnahme. Noch eine zweite Firma wüßte Verhandlungen herbeizuführen, diese jedoch nicht auf Umwegen.

Ferner habe im „Regeler Anzeiger“ eine Notiz gestanden, in der gesagt wurde, der Streik der Formner wäre beendet, die Streikenden hätten fast vollständig die Arbeit wieder aufgenommen; nur einige Halsstarrige wären nicht gefolgt. Dabei hat, wie Redner erklärte, noch nicht ein Mann die Arbeit wieder aufgenommen. Auch der „Märker-Kurier“ habe berichtet, die Oeffentlichkeit irrezuleiten, indem er schrieb: es sei gelungen, durch Herbeischaffung einer größeren Anzahl Arbeitswilliger genügend Guß herzustellen, so daß die Betriebe keine Unterbrechung hätten.

Die Firma L & W habe einen besonderen Kniff angewendet, um Arbeitskräfte zu erhalten. Sie habe Metallformner verlangt und eingestellt. Nachdem diese eine Stunde gearbeitet hätten, sei ihnen zugemutet worden, auch auf Eisen zu arbeiten. Das hätten die betreffenden Arbeiter jedoch strikte abgelehnt und die Arbeit wieder aufgegeben.

Nun griffen die Metallindustriellen zu einem anderen Mittel: sie sperren für alle diejenigen Arbeiter, die bei dem Verband der Metallindustriellen angehörigen Arbeitgebern beschäftigt waren, den Nachweis in der Musterhaulener Straße (Kühnemännernachweis). Aus dieser ungewöhnlichen Maßnahme ist zu ersehen, daß die Hufe der Herren nur äußerlich besteht und die Wirkung des Streiks für sie doch eine einschneidende sei. Gestern Abend folgte aber ein zweites Ereignis von nicht unbedeutender Bedeutung: die Dreher der Firma Borfig legten etnützig die Arbeit nieder. Die Dreher hatten sehr zu leiden unter dem Mangel an Guß und mußten teilweise aussetzen. Diese Maßnahme erregte böses Blut, da dabei nicht in der üblichen korrekten Weise vorgegangen wurde, sondern man die mühseligen Arbeiter herausgriff. Dies ließen sich die anderen nicht gefallen und legten die Arbeit hin. Bei den anläßlich dieses Vorfalls mit dem Direktor gepflogenen Verhandlungen erklärte dieser, daß die Auswahl absichtlich vorgenommen worden sei. Wohl hätte der Metallarbeiterverband den Kampf bisher ruhig und sachlich geführt, aber Krieg sei nun mal eben Krieg, und deshalb könnten auch die Forderungen der Dreher keine Berücksichtigung finden. Dies alles, erklärte Cohen, zeige, daß die Herren Arbeitgeber auf eine Entscheidung drängen und das Kampffeld verschärfen wollen. Gut, die Arbeiter seien bereit; möge es kommen wie es wolle. Ob die große Auseinandersetzung, von der manchmal seitens der Industriellen gesprochen werde, bevorstehe, werde sich in den nächsten Tagen zeigen. Wenn die jetzige Situation zu einer Erweiterung führen sollte, dann hätten die Arbeitgeber dafür die Verantwortung zu tragen, denn sie seien es gewesen, die die ersten Maßnahmen zu dieser Ausdehnung getroffen hätten.

Wahrscheinlich ist die Sperre nur vorgenommen worden, weil einzelne Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen, die besonders unter dem Streik zu leiden haben, darauf drängen, daß der Verband etwas für sie tue. Sonst wäre diese Maßnahme, unter der die Arbeitgeber selbst am schwersten litten, kaum zu verstehen. Doch was auch immer die Absicht der Herren sein möge, mit solchen Maßnahmen, wie die Sperrung des Nachweises, würden sie die Arbeiter zu keiner Milderung ihres Verhaltens zwingen. Die Arbeiter würden in aller Ruhe abwarten, wie die Sache sich weiter entwickeln werde und dafür sorgen, daß die Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber wirkungslos bleiben. (Großer Beifall.)

In der Diskussion wurde den Ausführungen des Redners zugestimmt und den Vertrauensleuten einige Verabredungsmaßregeln erteilt. Zum Schluß wies der Leiter der Versammlung noch darauf hin, daß die streikenden Metallarbeiter wie bisher den weiteren Vöhen des Kampfes zu leben und ihre Maßnahmen in aller Ruhe und Sachlichkeit treffen würden, wie dies bei organisierten Arbeitern selbstverständlich sei.

Im Anschluß hieran verammelten sich in Zegel die streikenden Dreher der Firma Borfig. Hier konnte konstatiert werden, daß der am Montagabend gefasste Beschluß korrekt durchgeführt worden ist. Abgesehen von einigen älteren Dreheren, die mit Zustimmung der Streikenden weiter arbeiten können, ist die Arbeitseinstellung eine vollständige. Es ist klar, daß diese Arbeitseinstellung eine Liebertragung für die Herren in Betriebe der Firma Borfig gewesen ist. Es trat eben das Gegenteil ein von dem, was Herr Direktor P. mit seiner Drohung am Montag beabsichtigte. Herr Direktor P. wollte mit dieser Drohung die Dreher einschüchtern, hat aber nun gerade das Gegenteil erreicht. Die Arbeitseinstellung darf deshalb als die Wirkung dieser Drohung angesehen werden. Der Herr Direktor erklärte ja: es sei eben Krieg. Die Arbeiter aber machten sich diesen Anspruch zu eigen und da nun dann alles, was im Interesse der Arbeiter liegt, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Arbeitgeber getan werden. Aus den Worten des Direktors scheint auch hervorzugehen, daß die Arbeitgeber in sehr kurzer Zeit, vielleicht wenn die wichtigsten Arbeiten erledigt sind, einen Schlag gegen die Gesamtarbeiterschaft der Metallindustrie führen wollen.

## Zur Zigarrenarbeiterbewegung.

Die Vereinbarung mit der Großfirma Juhl. Noch drei-wöchigem Verhandeln der Verbandsleitung der Zigarrenarbeiter und Zigarrenfortierer ist in diesen Verufen mit der Firma Paul Juhl in Vantow-Berlin eine Vereinbarung über die Lohnverhältnisse herbeigeführt worden. Bei dieser Firma, die meist bessere Qualitäten anfertigt, hätte ein noch besseres Resultat erzielt werden können, wenn man nicht leider anerkennen müßte, daß hier in Berlin zum Teil Firmen das Ladengeschäft in Zigarren beherrschen, die in schlechter Begabung ihrer Zigarrenarbeiter jeden Versuch schlagen. Man denke nur an dieöhne der Firma Poeser u. Wolff in Ebing, J. Neumann in Graubenz usw. Vor kurzer Zeit ging durch die Blätter, und auch der „Vorwärts“ hat kürzlich darüber berichtet, eine Abhandlung über die in Ebing gezahlten Löhne. Gerade diese Niedrigkeit der dort gezahlten Löhne ist es, die es Unternehmern, die noch sozial empfinden, fast zur Unmöglichkeit macht, in ihren Jugeständnissen höher zu gehen.

Bei Gelegenheit der Verhandlungen, die zwischen 3 Vertretern der Firma Juhl unter Vorsitz des Herrn Georg Juhl und den Vertretern der Verbände der Zigarrenarbeiter und der Zigarrenfortierer gepflogen wurden, hatte die bei der Firma Juhl bestehende Schlichtungskommission ihre Rechte durch Majoritätsbeschluß den beiden Verbänden übertragen. Die Art und Weise, wie die Verhandlungen sich abwickelten, verdient, das sei in Hinsicht auf manche fälsche Erscheinung in dieser Bewegung ein-gangs. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranm.

direkt vorbildlich genannt zu werden und kann das hier ruhig anerkannt werden.

Es ist auch für die Berliner Tabakarbeiterbewegung von wesentlicher Bedeutung, jeht, wo die Wogen des Kampfes in Westfalen so hoch gehen, auf eine Firma hinweisen zu können, die den jeht so erschwerten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft an ihrem Teile wenigstens einigermaßen Rechnung trägt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Juhl gelten als geregelt!

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort, wo die grünen Plakate, unterzeichnete Alvin Schulz, ausgehängt! Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“.

Die Namen der Zigarrenhändler, die grüne Plakate erhalten haben, werden nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht. Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Metzwerker! Die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung ersuchen wir, das heutige Inzerat zu beachten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinarbeiter, Bauarbeiter! Seit längerer Zeit ist das Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers u. Schille gesperrt. Trotzdem ist es der Firma gelungen, einige Steinweihen zu bekommen, mit denen sie ihren Betrieb notdürftig aufrecht erhält. Wir ersuchen die Bauarbeiter Groß-Berlins, uns im Kampfe mit genannter Firma behilflich zu sein durch sofortige telefonische Inkenntnissetzung über vorliegende Arbeiten. Jüngers u. Schille arbeiten für fast sämtliche Kunststeingeschäfte wie Czarnikow u. Co., Gebr. Friesede, Terrafigelfabrik u. a. Vor Täuschungen sei deshalb eingehend gewarnt. Zurzeit kommen folgende Bauten als gesperrt in Frage: Warenhaus Tieg, Am Königsgraben, Schulneubau Kaiserin-Augusta-Allee, Bau Kurfürstendamm 71 (Säuleneubau), Bau Widmar, Ede Delbrückstraße, Kolonie Grünwald.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin. Engelauer 15 I, Zimmer 7a. Fernspr. IV, 11 371.

## Schuleute als Nachtwächter und Schweintreiber!

Bei dem Streik der Richterschen Kutscher spielen sich Vorgänge ab, die einer gewissen Komik nicht entbehren. Das Schutzmännenaufgebot ist seit gestern früh in der Rigauer Straße und Frankfurter Allee insofern noch verstärkt, als neben den Fuhrmannschaften und Kriminalbeamten auch berittene Schuleute in großer Zahl postiert worden sind. Die lieben Arbeitswilligen werden, sobald sie vom Fuhrhof mit den Gespannen fortfahren, durch ein starkes Aufgebot von Schuleuten begleitet. Auf dem Kutscherhof und in den leeren Arbeitswägen haben uniformierte Schuleute Platz genommen, hinterher folgen gemeinhin noch zwei berittene Schuleute oder ein Jodelwagen, auf dem ebenfalls gewöhnlich zwei Schuleute mitfahren. Daß solche polizeilichen Aufzüge die Bewunderung der Bevölkerung hervorrufen, ist begreiflich. Die Ursache dieses polizeilichen Massenaufgebotes kann nur darin liegen, daß die Gebrüder Richter selbst die Qualität der angeworbenen Arbeitswilligen nicht hoch einschätzen und daß deswegen die Schuleute die Sorge übernehmen müssen, daß keine Schweine- oder Kinderviertel an unrichtige Adressen gelangen. Der Dienstleiter der Polizei geht so weit, daß sie des Nachts um 2 Uhr die Arbeitswilligen in ihren Wohnungen aufsucht und weht, damit dieselben nicht die Zeit verschlafen und pünktlich zum Dienst erscheinen können. Zu diesem Zweck verabsolgen die Arbeitswilligen den Schuleuten ihre Hauschlüssel! Die Schuleute begleiten dann die Arbeitswilligen bis zum Fuhrhof und gegen 3 1/2 Uhr sogar noch auf der Tour in dem Straßenrevier, wo der Rekrut zu laden ist. Die betreffenden Schuleute erfüllen somit gleichzeitig die Obliegenheiten eines Nachtwächters.

Die Arbeitswilligen sind natürlich in der Ausübung des Kutscherberufes sehr unzuverlässig. Das zeigte sich gestern besonders in mehreren Fällen. Eines dieser nützlichen Elemente transportierte einen mit Schweinevierteln beladenen Wagen und bog mit seinem Gespann so kurz um, daß der Wagen umkippte. Zufällig war auch an diesem Wagen ein Schutzmännchen postiert. Derselbe hatte nun große Mühe, sich aus den auf ihn gefallenen Fleischmassen herauszukrabbeln. Ein anderer Arbeitswilliger hatte einen vollbeladenen Wagen lebender Schweine zu transportieren. Ob der Kutscher nun die Wagentür nicht richtig verschlossen hatte, oder wie es sonst kam: plötzlich hüpfte ein Vorkentier nach dem andern hinten aus dem Wagen. Grunzend und quiekend lief die Herde auf dem Straßendamm herum. Die begleitenden Schuleute mußten nunmehr hilflos die Hand anlegen, um die widerspenstigen Ausreißer zur Reison zu bringen. In der Rittergutsstraße in Lichtenberg war einem der Richterschen Arbeitswilligen ein Radbruch oder sonst irgend ein Defekt am Wagen passiert, wobei ein Benzinsack vom Wagen auf die Straße rollte. Es ist das ein Vorkommnis, das jeden Kutscher passieren kann. Hier aber tat man, als ob der Stoß in Gefahr sei. Eine große Zahl von Schuleuten auf Pferde sprengten in vollem Galopp durch die stillen Straßen Lichtbergs bis zur Stelle, wo dem Wagen der Unfall passiert war. Außerdem erschienen noch Gendarmen von Friedrichsfelde und Schuleute per Fahrrad.

Als das Publikum, das sich inzwischen angesammelt hatte, hörte, daß die Attade deshalb geritten wurde, weil es sich um einen Wagen der bestreikten Firma Richter handelte, lachte man laut auf und ging seiner Wege.

Die streikenden Kutscher halten gut zusammen und werden sich durch die Anwesenheit der Polizei nicht zu unbesonnenen Handlungen hinführen lassen. Sie sind davon überzeugt, daß die Gebr. Richter auf die Dauer mit den neuen Leuten nicht fertig werden können und daß dann auch die beiden Unternehmer sich bequemen müssen, die Organisation anzuerkennen.

## Deutsches Reich.

### Zur Tabakarbeiter-Absperrung.

Der Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes, der seine Stellungnahme zu den ihm am 13. Oktober unterbreiteten Einigungsorschlägen davon abhängig machte, daß erst die unter Nichtannahme der Auffindungsfrist ausständigen Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden resp. die Arbeit aufnehmen sollten, hat der Reunerkommission die Mitteilung zugunsten lassen, daß er auf diese Arbeitseinstellung keinen Wert mehr lege. Hieraus hat die Reunerkommission die gleiche Erklärung dem Westfälischen Zigarrenfabrikantenverband gegeben lassen mit der bestimmten Anfrage begleitet, ob — angesichts dieser beiderseitigen Erklärungen — der Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes nunmehr geneigt sei, zu den überreichten Einigungsorschlägen Stellung zu nehmen. Die Antwort hierauf ist der befragte Vorstand schuldig geblieben.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zurzeit in Westfalen und Lippe nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 weibliche Mitglieder.

Die bei den im Westfälischen Zigarrenfabrikantenverband organisierten Firmen in Hamburg-Altona und Bremen und Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu verrichten und weil sie nicht gewillt waren, ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Rücken zu fallen. Die Zahl der Ausständigen beträgt in diesen Industriegebieten 2500, darunter nahezu 1000 Tabakarbeiterinnen.

Insgesamt haben 12 500 Tabakarbeiter, darunter 5000 Arbeiterinnen, im Auslande.

Wie nun bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigarrenfabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden Hamburg-Altona, Bremen und Umgegend und Alumenhal-Burgdam angehören, ihre organisierten Arbeiter auserzerrn, wenn die ausständigen Tabakarbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ausständigen lehnen es ab, dieser Forderung zu entsprechen, so daß die Zahl der Aus-

ständigen und Ausgesperrten, wenn diese Androhung zur Tat werden sollte, um mehrere Tausend sich vermehren wird. Der Plan der Tabakindustriellen, die Tabakarbeiter niederzuzwingen, wird nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Tabakindustriellen werden die Entschlossenheit der Tabakarbeiter nicht ins Wanken bringen. Vor Zuzug nach dem westfälisch-lippischen Industriegebiet, Hamburg-Altona, Bremen und Umgegend wird streng gewarnt, auch gewarnt, für diese Betriebe Arbeit anzunehmen. Zigarrenarbeiter, Zigarrenfortierer, Väder, Velleber und Fertigmacher aller Orte, übt Solidarität! Die Namen der Fabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden angehören und auserzerrn, werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

## Die Tabakindustriellen wollen den Kampf!

Die von der Reunerkommission eingeleiteten Einigungsverhandlungen, die zu einem brauchbaren Einigungsorschläge führten, sind wider Erwarten und ohne Angabe von Gründen von dem Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes abgebrochen worden. Die an die Reunerkommission gerichtete Zuschrift lautet:

Minben, den 4. November 1911.  
An die Reunerkommission! Ohne auf den Inhalt Ihres Schreibens vom 1. d. Mts. betreffend den Kontraktbruch einzugehen, teile ich Ihnen mit, daß der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes nicht in der Lage ist, Ihre ihm unterbreiteten Vorschläge anzunehmen.  
Hochachtungsvoll  
Hindenberg, Syndikus.\*

Angesichts dieses ablehnenden Verhaltens steht ammer fest, daß der westfälische Zigarrenfabrikantenverband den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen führen will. Zu diesem Zwecke sind nun auch noch die Unternehmerverbände der Zigarrenindustrie in Hamburg-Altona, Bremen-Gemeiningen und Burgdam und Umgegend auf den Plan getreten und haben die in ihren Betrieben beschäftigten organisierten Arbeiter auserzerrt. Die Zahl der Ausgesperrten wird sich um viele Hunderte vermehren.  
Arbeiter aller Orte, übt Solidarität!

## Ausland.

### Die Bewegung der englischen Eisenbahner.

London, 4. November 1911. (Fig. Ver.)  
Nach langen Beratungen beschlossen (wie bereits telegraphisch gemeldet) die Vorstände der Eisenbahnerorganisationen, eine Uebereinstimmung über die Frage des Generalstreiks vorzunehmen. Während der geheimen Beratungen wurde von der bürgerlichen Presse hartnäckig behauptet, daß sich die Eisenbahner in bezug auf die einschlagende Taktik nicht einig seien, obwohl diese Nachricht von den Gewerkschaftsbeamten sofort dementiert wurde. Daß Meinungsdivergenzen vorhanden sind, ist jedoch leicht möglich. In den Verhandlungen über die Vereinigung der vier Eisenbahnergewerkschaften, die in der letzten Zeit gepflogen worden sind, traten die Lokomotivführer für eine Föderation, die Gewerkschaft der Eisenbahngestellten für eine Verschmelzung der vier Organisationen ein. Offenbar wollen sich die numerisch schwachen Lokomotivführer und Heizer nicht majorisieren lassen. Auch in den Sitzungen der Eisenbahnkommission trat diese Spaltung klar zutage, indem sich nämlich die Lokomotivführer gegen die Zentralarbeiter-ausschüsse, in denen alle Arbeiterkategorien vertreten sind, ausgesprochen, während sich die anderen Eisenbahngestellten für diese Institute und gegen die Sektionsausschüsse erklärten.

Aber die Hoffnungen, die die bürgerliche Welt auf diese Spaltung baute, wurden letzten Freitag durch die ablehnende Haltung der Eisenbahngesellschaften und das scharfsichtige Gebahren der Regierung zunichte gemacht. Gleich zu Anfang der Beratungen sollten die vier Gewerkschaftsvorstände den Beschluß, die Regierung zu bitten, eine zweite Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Eisenbahngesellschaften zu arrangieren, in der versucht werden sollte, eine Grundlage zur Lösung der Streitfrage zu finden. Die Regierung hat es nicht vermocht, diese Konferenz zustandzubringen. Die Geschichte der Beratungen kann man aus der heute von dem gemeinschaftlichen Exekutivkomitee der Gewerkschaften angenommenen Resolution lesen. Die Resolution lautet:

„Da wir die Antwort beraten haben, die der Ministerpräsident auf die Resolution dieses Komitees gegeben hat, in der wir boten, daß die Eisenbahngesellschaften mit den Unterzeichnern der letzten getroffenen Abmachung zusammenkommen sollten, um zu versuchen, auf Grund des Berichts der Eisenbahnkommission die Basis für eine Abmachung zu finden, bedauern wir tiefstens, daß es der Regierung nicht gelungen ist, eine derartige Zusammenkunft herbeizuführen, die nach unserer Ansicht zu einer für beide Parteien zufriedenstellenden Lösung hätte führen können.“

Wir haben deshalb beschlossen, die Wünsche unserer Mitglieder in der in dieser folgenden zweiten Resolution niederzulegen Weise festzustellen.

Während wir, die Mitglieder dieses gemeinschaftlichen Exekutivkomitees mit den Beschlüssen der Eisenbahnkommission nicht übereinstimmen, sind wir dennoch bereit, mit den Eisenbahngesellschaften zusammenzukommen, um zu beraten, welche Änderung an den gemachten Vorschlägen annehmbar sind.

Da die Eisenbahngesellschaften diesen Vorschlag zurückgewiesen haben, beschließt dieses gemeinschaftliche Exekutivkomitee, eine Abstimmung aller Mitglieder vorzunehmen, um zu entscheiden, ob diese bereit sind, die Beschlüsse der Eisenbahnkommission, wie sie in den gemachten Vorschlägen zum Ausdruck kommen, anzunehmen, oder wenn nicht, ob sie bereit sind, die Arbeit niederzulegen, um die Anerkennung der Gewerkschaften und die Durchführung eines Programms, das von den Mitgliedern dieses Komitees entworfen werden wird, zu erzwingen.“

Nach der Stimmung unter der großen Masse der Eisenbahner zu urteilen, dürfte das Resultat der Abstimmung kaum zweifelhaft sein. Man wird sich gegen Weihnachten auf einen neuen Generalstreik gefaßt machen müssen.

## Letzte Nachrichten.

### Die italienischen Kriegsgreuel.

London, 7. November. „Westminster Gazette“ veröffentlicht ein Telegramm aus Tripolis, worin ihr Kriegskorrespondent Einspruch gegen die von den italienischen Truppen begangenen Massakres erhebt. 400 Frauen und Kinder und 4000 Araber seien einfach hingeschlachtet worden. Selbst 5 blinde Weiber wurden niedergeschossen. Der Korrespondent versichert, selber Zeuge dieser Massakres gewesen zu sein und photographische Aufnahmen hierüber gemacht zu haben. Die Soldaten durchzogen die Araberstadt und töteten die Eingeborenen ohne Unterschied des Geschlechtes. Die Offiziere waren noch schlimmer als die Mannschaften. Die italienische Armee ist demoralisiert. Die Konstin sind sehr beunruhigt und haben die italienische Regierung ersucht, Transportschiffe zu entsenden, die im Falle der Gefahr eines Aufstandes der Araber die Europäer in Sicherheit bringen. Der Korrespondent schließt mit den Worten: Ich habe schreckliche Szenen erlebt als russische Pogroms und Armeniermassakres.

### Sernteilte Petrüger.

Rönigsberg, 7. November. (B. L. B.) Die hiesige Straf-lammet verhandelte heute in der Angelegenheit des gegen die Giettinger Filiale der Norddeutschen Kreditanstalt Ende Juli verübten Betruges, wodurch der Kaufmann Felix Kaban, der Postbeamte Kurt Dorstmann und der Pächter Martin Boderke aus Königsberg mittels einer gefälschten Zahlungsaufweisung 25 000 M. erschwindelt hatten. Das Urteil lautete gegen Kaban und Dorstmann auf je 1 1/2 Jahre, gegen Boderke, der außerdem als Angehülter einer hiesigen Firma vorher schon 1500 M. unterschlagen hatte, auf zwei Jahre zwei Monate Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Reichstag.

200. Sitzung vom Dienstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Eingegangen ist das Marokkoabkommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung des

Handels- und Schiffsverkehrsvertrages mit Japan.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Durch das Gesetz vom 15. Juni 1911 ist der Bundesrat ermächtigt worden, falls ein Handelsvertrag mit Japan zu Stande kommt, ihn vorläufig in Kraft zu setzen...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Wir bedauern, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Stresemann (nall.): Aus den Drucksachen, die dem Reichstage bei Handelsverträgen zugehen, sollte, was leider jetzt nicht der Fall ist, in übersichtlicher Weise hervorgehen, in welcher Weise im einzelnen sich die Handelsbeziehungen gegen den bisherigen Zustand ändern...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

und bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen wird nicht sowohl auf die Weisbegünstigung zu achten sein, als vielmehr auf einen Abbau unserer Zölle. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Staatssekretär Dr. Delbrück bestritt, daß unsere Zölle unsere Stoffkraft bei Handelsvertragsverhandlungen schwächen, sonst müßte ja Großbritannien einen viel günstigeren Handelsvertrag mit Japan abgeschlossen haben...

Unterstaatssekretär Kühn (auf der Tribüne unverständlich) scheint Auskunft über Einzelheiten zu geben.

Abg. Dr. Sadelum (Soz.):

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Der Staatssekretär hat auch diese Gelegenheit benutzt, für den sogenannten Schutz der nationalen Arbeit einzutreten. Aber die Entscheidung über die Zollpolitik fällt nicht hier und nicht jetzt. Am dem vorliegenden Vertrag ist das beste, daß er überhaupt zustande gekommen ist...

Dr. Sadelum darin recht, daß die Leistung des japanischen Arbeiters hinter der des deutschen zurücksteht; aber diese Differenz wird weit mehr als ausgeglichen durch die Differenz der Produktionskosten, die in Japan um mehr als 27 Proz. niedriger sind als in Deutschland...

Abg. Dr. Werner-Siegen (wirtsch. Bz.) bestritt, daß die Schutzpolitik die Handelsbeziehungen erschwere und sagt über die schwächliche Marokko- und Ostmarokkopolitik, daß der slawischen und jüdischen kommt nun noch die gelbe Gefahr...

Abg. Dr. Kühne (L.) wendet sich gegen das Weisbegünstigungssystem. Wir müssen unsere zollpolitische Haltung verstärken, nicht vermindern; der von den Freisinnigen geforderte Abbau der Zölle ist das ungeeignetste Mittel...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Der Vertrag ist für uns schlechter als der bestehende Zustand. Die Japaner haben sich sehr geräutert, überhaupt einen Vertrag mit uns abzuschließen und haben sich nur bei wesentlichen Zugeständnissen dazu bereit erklärt...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Abg. Dr. Pieper (Z.): Ich bedauere, daß bei den Zugeständnissen gegenüber Japan wieder die Industrie vor allem betroffen worden ist. Die schon bei allen anderen Handelsverträgen die Leidtragende gewesen ist, nämlich die Seidenindustrie...

Kleines feuilleton.

Zur Ehrenrettung der „Savannah“, des ersten Ozeandampfers, schreibt man uns: Die „Savannah“ brauchte für die Überfahrt nach Europa nicht „einen vollen Monat“, sondern 26 Tage, von denen 8 Tage geleget wurden. Das Schiff segelte, war durchaus natürlich; noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Dampfschiffahrt bereits im Stadium der Rekordbrechei angelangt war, galten jene Dampfer für die schnellsten...

Theater.

Theater in der Königsgräber Straße: „Schauspieler“ von Heinrich Mann. Wie die Ausbildung fremder Affekte und Leidenschaften auf der Bühne die Darsteller auch in ihrem privaten Leben öfter zu Komödianten macht, die sich durch Worte und Gesten in irgend welche Empfindung hineinschmücken und am gemalten Feuer selbst betragen...

Gefühle milt, ob sie sich selbst des Komödiantentums anklagt, in kalten, unverständlichen Tiraden steden, eine schematisch konstruierte Gliedergruppe, hinter deren Bewegungen man überall die groben Drähte sieht. Noch farbloser erscheinen die beiden konkurrierenden Liebhaber: ein jughafter Jüngling, von dessen Liebe sie die Erlösung zu ihrem wahren Selbst erhofft, und ein struppeliger brutaler Don Juan, der gleich mit Gift hantiert und ihr ein flüchtiges seines Saltes mitbringt...

Musik.

Das Bläserorchester hat sich mit seinen mannigfachen Darbietungen gut künstlerischer und auch gut populärer Art so viel Sympathien erworben, daß am Montag der Wiederbeginn seiner großen Sinfoniekonzerte im Viktoriaaal ein saalfüllendes und andächtig ausschauendes Publikum fand. Das Programm war eine Raubfeier zum 100. Geburtstag Liszts. Es brachte als Hauptstück eine der sinfonischen Dichtungen, die besonders charakteristische Sinfonie zu Dantes Divina Commedia, und vorher einiges Kleinere. Wie da der Berliner Rednerinnen-Gesangverein, mehrere Solisten, das Orchester und sein Dirigent, der ebenfalls durch sinfonische Dichtungen wohlangelegene Komponist Siegmund v. Hausegger, zu gutem Erfolg zusammenwirkten sei hier durchaus anerkannt...

Das Bläserorchester hat sich mit seinen mannigfachen Darbietungen gut künstlerischer und auch gut populärer Art so viel Sympathien erworben, daß am Montag der Wiederbeginn seiner großen Sinfoniekonzerte im Viktoriaaal ein saalfüllendes und andächtig ausschauendes Publikum fand. Das Programm war eine Raubfeier zum 100. Geburtstag Liszts. Es brachte als Hauptstück eine der sinfonischen Dichtungen, die besonders charakteristische Sinfonie zu Dantes Divina Commedia, und vorher einiges Kleinere. Wie da der Berliner Rednerinnen-Gesangverein, mehrere Solisten, das Orchester und sein Dirigent, der ebenfalls durch sinfonische Dichtungen wohlangelegene Komponist Siegmund v. Hausegger, zu gutem Erfolg zusammenwirkten sei hier durchaus anerkannt...

am Montag gleichfalls hörten, und bei dem man doch fragen darf, wo denn eigentlich die drei Könige bleiben. Die Muster aber, die Liszt in trefflicherer Weise zur Vortätigung seiner Ideen gegeben hat, lassen sich kaum noch steigern. Weiter vorwärts gehen kann es jetzt zwar in Sinne der Ideen und vieler einzelner Erzeugnisse des Meisters, schwerlich aber in dem feinen gesamten Schaffens.

Humor und Satire.

Homogen! Der Lindequist, der Lindequist; Was dem nur angefallen ist? Läßt Fortesöl und Sessel hiehn Dem Bethmann und dem Ackerlen. Nicht homogen, — Ach, nicht die Spur mehr homogen! Und hinter ihm ein Ruf erschallt, Ein fürchterliches Schimpfen, Ein großes Akerlumpfen Im offizösen Blätterwald. O Theobald, Tgittigkeit, o Theobald! Doch kommt der zwölfte Januar, Dann wird noch ganz was andres klar. Millionen Wähler kommen dann Und wählen alle Mann für Mann G d d s t homogen, — Ach, ganz verdammt rot homogen! Dann fällt im offizösen Wald Kein Klaffen und kein Rufen, Und die gestimpften Rufen, Die werden lang und eilig kalt. O Theobald, Fahrwohl, Fahrwohl, o Theobald!

Notizen.

Das Lustspielhaus ist infolge der Verurteilung Hiedels ohne konzessionierten Direktor und wurde vorläufig geschlossen. Direktor Halm, der das Theater bis Ende Dezember gepachtet hatte, befragt nur die Konzession mit Hiedel zusammen. Er hat inzwischen um eine neue Konzession nachgedacht. J. B. Widmann ist im Alter von 89 Jahren in Wetz gestorben. Als Dichter und Feuilletonist (er war seit 1880 Feuilletonredakteur des „Vorwärts“) hat er in der Schweiz und dann auch im Deutschen Reich einen guten Ruf erhalten, wenn er auch mit seinem feiner Dramen, auch mit seiner Dystole oder Novelle volkstümlich geworden ist. Es war der ästhetisch-philosophische Gedichte, der in seinen Werken zu Worte kam, nicht der dichterisch Schaffende. Die phantastische „Kaiserfomodie“ ist sein originellstes Werk, wie seine Dichtung „Der Heilige und die Tiere“ sein tiefstempfundenes. Als Reiseschriftsteller hat er deutsche und welsche Landschaften und Stimmungen in schönen Rahmen festgehalten verstanden.

wie eine geschickte und eine freilichige Regelung des Auslieferungsvorgangs beantragen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Dinge augenblicklich liegen, muß ich sagen: im Verkehr mit England bleibe ich einstweilen lieber bei dem, wie es ist, als daß ich auf den Boden trete, mit dieser Regierung und dieser Mehrheit des Reichstags etwa ein neues Auslieferungsgesetz zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn ich weiß, daß die Herren Verwaltungsjuristen bereits mit aller Gewalt gegen das Privileg politisch Verfolgter auftreten; es ist auf juristischen Kongressen bereits die Ausnahme politisch Verfolgter als schreiendes Unrecht bezeichnet worden. Also in diesem Fall bin ich mal konserverbar (Heiterkeit), lasse es lieber wie es ist und vertraue nicht auf ein Auslieferungsgesetz, das unter Mitwirkung der Nationalliberalen zustande kommen würde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Vertrag wird hierauf genehmigt. Ebenso debattelos die Vorlage betreffend Regelung der Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird alsdann die Vertagung beschlossen.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten mit folgender Tagesordnung: Interpellation Albrecht und Genossen über die Verantwortlichkeit des Koalitionsschrittes der Arbeiter der Reichsbahnen, 2. Besprechung des deutsch-französischen Marokkoabkommens und der Interpellationen.

Abg. Bassermann (natl.) (Zur Geschäftsordnung): Ich bitte, die Debatte über die auswärtige Politik morgen stattfinden zu lassen. Es liegt kein Grund vor, von der Vereinbarung im Senatorenkonvent abzuweichen. Die Abgeordneten haben sich darauf eingerichtet und überall wartet man auf unsere Verhandlungen. Auch in der französischen Kammer sollen die Verhandlungen am demselben Tage stattfinden. Die Grundzüge des Abkommens sind bereits seit Tagen bekannt und ein geschäftsordnungsmäßiges Bedenken, die Denkschrift morgen auf die Tagesordnung zu legen, liegt nicht vor.

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten in dieser Richtung bestehen nicht. Aber nach den Mitteilungen verschiedener Parteiführer hatte ich Grund zu der Annahme, daß eine Einigkeit in dieser Frage eher erzielt würde, wenn ich die Vertagung zu übermorgen vorschläge.

Abg. Gröber (Z.): Ich halte den Vorschlag des Präsidenten für den geeigneten, einen Tag auszusparen, damit sämtliche Fraktionen die Vorlage, die heute noch nicht in unserem Besitz ist, und deren Inhalt wie man behauptet, mit privaten Kundgebungen in der Zeitung übereinstimmt, was ich aber nicht kontrollieren kann, zu beraten. Das ist um so notwendiger, als der Vorlage, wie verlautet, ein sehr dürftiges Material beigegeben ist, weder Begründung noch Karten. (Zuruf: Schlimm genug!) Der Reichstag wird zu prüfen haben, ob es überhaupt genügt, daß er die Vorlage nur zur Kenntnis nimmt, oder ob nicht nach dem geltenden Recht eine weitergehende Behandlung einzutreten hat. Wenn es richtig ist, daß der Vorlage keine Begründung beigegeben ist, so ist die Besprechung für uns Abgeordnete um so schwieriger, und dazu brauchen wir nicht ein paar Stunden; wir brauchen geraume Zeit für eine so wichtige Weltvorlage. Wenn eine Vorlage von so großer Tragweite von uns in öffentliche Diskussion genommen würde, ohne daß sie in unserem Besitz ist, so wäre das ganz ungewöhnlich. Wir wissen noch nicht einmal, ob wir heute abend in ihren Besitz kommen. Selbst wenn wir die Vorlage nur zur Kenntnisnahme bekommen, ist unsere politische Verantwortlichkeit eine ungewissen große, auch für den Fall, daß wir eine juristische Verantwortlichkeit nicht haben, und deshalb wünschen wir in vorheriger Beratung zu der Vorlage Stellung zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Diemer (Sp.): Gewiß sollen Beschlüsse des Senatorenkonvents nach Möglichkeit eingehalten werden. Als wir aber die Vereinbarung trafen, das Marokkoabkommen am 8. November zu beschließen, geschah es unter der Voraussetzung, daß das zur Beurteilung erforderliche Material dem Reichstage auch rechtzeitig vorgelegt würde. (Zustimmung.) Das ist bisher nicht geschehen. Nachdem die Verhandlungen über Marokko so lange Zeit erfordert haben, kann der Reichstag wohl für sich einen Tag zur Prüfung in Anspruch nehmen. Ein sachlicher Schaden kann dadurch nicht entstehen. Herr Bassermann wies auf die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen im französischen Parlament hin. So viel ich weiß, wird auch dort die Verhandlung auf einen Tag verschoben. Das ist allerdings nicht entscheidend, aber entscheidend ist, daß wir so viel Zeit verlangen müssen, daß eine gründliche Prüfung des amtlichen Materials möglich ist. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Bassermann (natl.): Als der Präsident verkündete, das Marokkoabkommen sei eingegangen, war es auch auf dem Bureau zum Studium erhältlich. Bei der Dringlichkeit der Vorlage, bei der jede Begründung und jedes Kartenmaterial fehlt, nehme ich an, daß gerade diese Vorlage beim Studium besondere Schwierigkeiten nicht bereiten kann. Nachdem aber Herr Gröber gesagt hat, es ist zu prüfen, ob die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen ist oder ob dies nicht genügt und sie dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden muß, bin ich so erfreut darüber, daß ich gern nachgehe und meinen Widerspruch zurückziehe. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Bebel (Soz.):

Geschäftsordnungsmäßig möglich ist es, schon morgen in die Verhandlung einzutreten, denn wir sollen ja nach der Ansicht der Regierung die Vorlage nur zur Kenntnis nehmen. Es ist auch richtig, daß der Senatorenkonvent gewünscht hat, sobald als möglich nach den Ferien in die Beratung des Marokkoabkommens einzutreten. Aber ich meinerseits muß auch erklären, daß ich dann nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß wir auch wirkliches Material zur Beratung bekommen. (Sehr richtig!) Ich habe mir auch das Aktienstück verschafft, das uns heute abend überreicht werden soll und ich bin überzeugt, was uns da geboten wird oder vielmehr nicht geboten wird. (Hört! hört!) Es steht fest, daß das Abkommen endgültig nur erledigt werden kann durch die Zustimmung der französischen Kammer. Inwieweit sind wir bereits ganz erheblich benachteiligt (Sehr richtig!), und nun kommt hinzu, daß wir beraten sollen ohne Motive, ja sogar ohne Karte. (Hört! hört!)

Der Abgang des Herrn v. Lindquist beweist doch, daß bedeutende Meinungsverschiedenheiten über diese Dinge in der Regierung selbst bestanden haben. Meinen Sie, daß man der französischen Kammer ein solches Aktienstück anbieten würde? (Lebhafte Zustimmung.) Sie würde es auf jeden Fall zurückweisen, würde verlangen, daß ihr das ganze Material vorgelegt wird und sie würde es bekommen. (Sehr richtig!) Ich bin schon deshalb für die Verschiebung auf Donnerstag, damit sich die Fraktionen untereinander verständigen können, ob wir überhaupt in eine Verhandlung des Marokkoabkommens eintreten, ehe wir das ganze Material haben. (Heitere Zustimmung.)

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Nachdem Herr Bassermann seinen Widerspruch zurückgezogen hat, bleibt es also bei meinem Vorschlag.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Der „Avanti“ über De Felice.

Rom, den 4. November.

An leitender Stelle veröffentlicht der „Avanti“ vom 1. November einen Artikel über den sozialistischen Abgeordneten De Felice, der, wie bekannt, augenblicklich als Kriegsherichterstatter bürgerlicher Blätter in Tripolitanien weilt und von hier aus begeisterte Berichte über die Kriegstaten der italienischen Truppen sendet. Der Artikel weist nach, die Verleumdungen zurück, die De Felice verächtlich wollen, an kapitalistischen Spekulationen in der neuen Kolonie beteiligt zu sein. Jeder wisse, daß De Felice Blutarm sei und in

seinem langen politischen Leben genug Gelegenheit gehabt hätte, sich durch seinen politischen Einfluß zu bereichern, falls er zu der Menschenfresser gehört hätte, die solchen Schmutz nicht verschmähen. Trotzdem, heißt es in dem Artikel weiter, kann man aber nicht umhin, mit Befremden und Schmerz die wachsenden Zeichen von De Felices Kriegsbegeisterung zu verfolgen. Der von ihm geleitete „Corriere di Catania“ steht heute in der Beurteilung der Tripolisaffäre keinem nationalen Blatt nach. Zu Anfang trugen die Berichte De Felices noch gelegentliche Spuren sozialistischer Auffassung und sozialistischer Kritik. Heute hat das ganz und gar aufgehört. Ja, als in der Presse der Vorschlag auftauchte, den Krieg durch Anerkennung der türkischen Oberhoheit über Tripolitanien zu enden, veröffentlichte De Felice einen Artikel in dem von ihm geleiteten Blatt, der den Titel „Annektion oder Revolution“ trug. In diesem wird mit den beständigen Worten die Möglichkeit zurückgewiesen, daß Italien sich auf Veranlassung der europäischen Großmächte mit dem bloßen Protektorat über Tripolitanien begnügen könnte. „Welch unerhörte moralische Niederlage für uns, wenn wir eine derartige Demütigung erfahren müßten! Wehe, wenn die Regierung das wagte! Allein wir Sozialisten, so weit wir Vertreter des Annegionsgedankens sind, würden genügen, um das Feuer zu entflammen, das man hier, wo so viele Tapferer vor Freude und Enthusiasmus über die baldige Austreibung der Türken aus diesen fruchtbaren Gegenden glücken, mit einem Schlag auslöschen möchte, um irgend einem uneingesehbaren internationalen Druck Rechnung zu tragen. Darauf könnte man nur mit der Revolution antworten! Und ich als erster würde zu ihr aufrufen und sie nähren, ich, der ich in Erkenntnis der ungeheuren Vorteile der Besetzung Tripolitaniens den Mut und die Offenheit hatte, die energische und entscheidende Aktion zu loben, durch die unsere geschichtlichen, ethischen, ökonomischen und politischen Rechte auf das andere Ufer des Mittelmeeres, auf die natürliche Fortsetzung des italienischen Bodens zur Geltung gebracht werden sollten. Und an dem Tage, an dem man die Türkei irgend ein auch nur scheinbares Recht der Oberhoheit über diese nunmehr uns gehörenden Länder zugestehen würde, würde ich nicht zögern, die italienische Regierung der Feigheit und des Hochverrats zu beschuldigen und überall die Notwendigkeit des Aufstandes zu predigen.“

Nach Anführung dieses Zitats meint der Artikel, daß selbst der wütendste Nationalist nicht so weit ginge wie De Felice. Die Drohung der Revolution mit Hilfe der Sozialisten, die Vertreter des Annegionsgedankens sind, müsse als dumme Prahlerei von der Regierung verachtet werden, denn dieser Sozialisten gäbe es recht, recht wenige. „Was fällt Dir ein, Genosse De Felice“, fährt der Artikel fort, „wenn Du wirklich noch Sozialist bist, so müßt Du verstehen, daß die Besetzung nicht im Interesse des Proletariats erfolgt, das in Sizilien wie in Tripolitanien in gleicher Weise ausgebeutet sein wird, sondern im Interesse der großen Kapitalisten und des Banco di Roma... Siehst Du denn nicht ein, Genosse De Felice, daß Du auf falscher Straße bist? Bieweil besser wäre es, Du läßt ins Vaterland zurück, um Deine Kampfstellung inmitten des unglücklichen Proletariats Süditaliens wieder einzunehmen, dem Brot, Licht und Erkenntnis so not tun! Tripolitanien ist hier, Genosse De Felice, wo es an Gerechtigkeit, an Schulen, Straßen, Trinkwasser, Licht, Hygiene fehlt; hier, wo das Latifundium, wie die Wüste der von Dir eroberten Länder alles beherrscht; hier, wo die unwissenden und verfluchten Massen noch die Cholera auf Brunnenvergiftung zurückführen und an Vorurteil und Aberglauben den Türken nichts nachgeben, die wir mit der Kanone zivilisieren wollen. Wenn wir einst unser teures Vaterland wirklich geliebt und groß sehen werden, dann ist es immer noch Zeit, wenn die Notwendigkeit es heißt, an Kolonialexpansion zu denken. Heute nicht, heute ist es ein Verbrechen am Vaterlande, ein Verbrechen an der Menschheit!“

In allen Parteikreisen wird diese Stellungnahme des „Avanti“ mit Begeisterung begrüßt werden. Es war in der Tat Zeit, daß von maßgebender Stelle ein Wort zum Haße De Felice gesprochen wurde. Im Allgemeinen hört man selbst unter Sozialisten vielfach De Felices Ueberzeugungstreue und seinen Vorkenntnis loben, aber schließlich gründet sich die Zugehörigkeit zu einer Partei doch nicht bloß auf moralische Eigenschaften. Wenn heute ein namhafter Parteigenosse plötzlich zu einem begeisterten Defekter, sagen wir des Marientaltes, würde und in katbolischen Blättern den Tiefstimm der Muttergottesmysterien pries und verkündete, so würde der an den Tag gelegte Mut etwa derselbe sein und doch dürfte niemand aus ihm das Recht weiterer Parteizugehörigkeit ableiten. Zur Partei gehört, wer ihr Programm annimmt. Wer aber schreibt und handelt wie De Felice, der hat entweder mit diesem Programm bewußt und klar gebrochen und dann sollte er sich eine andere Partei suchen, oder er vereinigt seine Kriegsbegeisterung mit diesem Programm, und dann muß man ihm dringend raten, einen tüchtigen Treenarzt zu konsultieren. Auf alle Fälle ist die Partei keine Menagerie für Ueberzeugungsdarobaten.

Da De Felice nicht organisierter Parteigenosse ist, eben weil in Catania überhaupt keine Parteisektion besteht, können die praktischen Folgen des hier ausgeführten Gedankens nicht zu seinem Ausschluß aus der Partei führen. Wohl sollte sich aber die sozialistische Parlamentsfraktion, der De Felice angehört und durch die er überhaupt ausschließlich mit der Partei Beziehung hat, überlegen, ob sie De Felice weiter zu ihren Mitgliedsrängen zählen kann. Man sagt, daß gegen den Ausschluß die Toleranz ins Gewicht falle, die die Fraktion gegen Ferri und dann gegen Visolati an den Tag gelegt hat. Hierüber ist zu bemerken, daß Ferri Seitenhänge und sein Rationalismus zu einer Zeit einsetzten, als er bereits aus dem aktiven Leben der Partei ganz ausgeschieden war. Außerdem gingen seine Behauptungen denn doch lange nicht so weit, wie De Felices. Schließlich war im Fall Ferri eine zuständige Instanz da, die ihn nicht verurteilt hat, nämlich die römische Parteisektion auf der einen und seine Wähler in Conzaga auf der anderen Seite. Beide haben unserer Ansicht nach Unrecht getan, aber jedenfalls entlasten sie die Parlamentsfraktion. Was den Fall Visolati betrifft, so steht er doch auf einem ganz anderen Blatte. Was Visolati getan hat, das glaubt er im Einklang mit dem Parteiprogramm getan zu haben; seine Absichten und Ziele waren sozialistisch, und wenn er sich in Mitteln und Wegen vergiffen hat, so handelt es sich um einen Mißgriff in der Erkenntnis. Bei De Felice haben aber Mittel und Ziele aufgehört, sozialistisch zu sein, seine Bedeutung und seine Idealität ist nicht mehr die unsere, seine ganze Gedankenwelt ist eins mit der der herrschenden Klassen. Die Konsequenz aus dieser Umwandlung sollte er selbst als erster ziehen. Entgeht sie ihm in diesen Tagen parlamentarischer Aufregtheit, so sollte, unseres Erachtens, die Parlamentsfraktion De Felices Entfremdung vom Boden des Sozialismus zur Kenntnis nehmen.

## Der Parteitag der Statutenrevision.

Paris, 2. November. (Eig. Ber.)

Der gestern und heute abgehaltenen außerordentlichen Kongress der geeinigten Partei hat sich ausschließlich mit der Revision des Parteistatuts beschäftigt. Einschneidende Änderungen der Organisation sind hierbei nicht getroffen worden. Ein großer Teil der

Diskussion drehte sich um Detailfragen und um Fragen der Geschäftsordnung, und nur bei der Diskussion der Stellung der Deputierten in den Vertretungskörpern der Partei kam es zu einer bedeutsamen Debatte.

Der Kongress war gut besucht. Von 84 Föderationen waren 78 vertreten, die über 398 Mandate verfügten. Unvertreten waren nur ganz kleine Föderationen.

Die Debatte über die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission eröffnete Genosse Roland. Er legte dar, daß die Funktion der Kommission nur durch die Praxis, aber durch keinen präzisen Text bestimmt werde. Der Parteitag genüge nicht, um die Partei zu leiten, der Nationalrat, der immer nur einen Tag beisammenbleibe, sei auf eine administrative Tätigkeit beschränkt. So sei es gekommen, daß sich eine verborgene Parteileitung entwickelt habe — in der „Praktik“ und der Presse. Wir wollen nicht, daß die Deputierten einen Organismus außerhalb der Partei bilden. Sie gehören in sie hinein. Es ist wahr, daß seinerzeit bei der Einigung der Partei den Allemanisten die Fernhaltung der Deputierten von der Parteiververtretung zugesichert wurde. Aber seither haben viele Angehörige dieser Richtung ihre Ansicht geändert. Wir brauchen einen Zentralorganismus mit Autorität und Verantwortlichkeit.

Ducos de la Halle, der für den Statusquo spricht, wendet sich gegen Rolands Auffassung, daß die Partei stark sei. Seit der Einigung ist sie von 30 000 auf 70 000 Mitglieder gestiegen. Man vergleiche diese Ziffer mit der der deutschen Sozialdemokratie. Aber ist der Kontrast nicht noch größer, wenn man die C. G. L. mit den deutschen Gewerkschaften vergleicht? Im Nationalrat sind die zentralen Körperschaften durch die 22 Mitglieder der Verwaltungskommission und die 12 Vertreter der Fraktion repräsentiert. Können noch mehr Deputierte hinein, wäre ein allzu großer Einfluß der Deputierten zu befürchten. Eine Verstärkung der Autorität der Parteiververtretung widerspreche dem französischen Temperament und würde Parteizwistigkeiten hervorzufen.

Uhrh meint, die Schwäche der Partei komme nicht vom Fehlen einer Zentralleitung, sondern vom Weiterbestand der alten Fraktionen in der Form der „Tendenzen“, die einander zu majorisieren suchen.

Vallant: Man sagt, die Partei werde nicht geleitet. Aber dies ist eben ihr Verdienst, daß sie sich selbst leitet. Behandeln wir nicht gleich einer Akademie die Fragen Föderalismus und Zentralismus! Ich selbst war seinerzeit für die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission. Die Frage wird vielleicht bald einer einmütigen Lösung fähig sein. Aber in diesem Augenblick fordert es die Rücksicht auf die Parteieinheit, die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Die Partei wird so lange nicht lebendig sein, als die „Tendenzen“ fortbestehen. Ich gehöre nicht zu denen, die, bevor sie hierhergekommen sind, an Sonderversammlungen teilgenommen haben. (Lache ruft: Auch nicht an Banketten? — was eine Anspielung auf die von der Redaktion des „Socialisme“ alljährlich organisierte Zusammenkunft der guesdistischen Gruppe ist). Wenn wir nicht mehr leisten konnten, so ist nicht die Verwaltungskommission, sondern die Partei selbst daran schuld. Aber haben wir nicht angelehnt der Kriegsdrohung die Kommission die Manifestation im Aero-Parl im Verein mit der C. G. L. organisiert gesehen? In jeder sozialistischen Organisation hängt die Kraft der Aktion vom Kontakt zwischen den führenden Genossen und der Masse ab. Dies zeigt uns auch das deutsche Beispiel. Auch der deutsche Parteivorstand ist nur eine Verwaltungskommission, und in Jena sind gegen ihn die gleichen Kritiken ausgesprochen worden, wie hier gegen unsere Kommission. Man findet denn Nationalrat überflüssig, aber Kautilja hat ihn in der „Neuen Zeit“ den deutschen Genossen als empfehlenswerte Institution hingestellt. Das Wachstum der Partei hängt vom Verschwinden der Tendenzen ab. Ihre Einigkeit fordert aber die Aufrechterhaltung des Statusquo. (Beifall.)

Das Gegenprojekt Braemer, das die Aufhebung des Nationalrats, die Verklärung der Autorität der Verwaltungskommission, und die Abhaltung von zwei Parteitagen im Jahre vorseht, wird mit 212 gegen 110 Stimmen abgelehnt. Die 67 Enthaltungen entfallen fast ganz auf die guesdistische Nordföderation. Die Wirkung dieses Verhältnisses hat sich im weiteren Verlauf des Parteitages darin gezeigt, daß die verärgerten Guesdisten der Senatsföderation die Anträge der Nordföderation zu Fall brachten.

In der weiterdauernden Diskussion über die Spezialfrage des Eintritts der Deputierten in die Verwaltungskommission verweist Lebus auf die ausländischen Vordenkerpartei. Bebel, Adler, Joffe usw. sitzen in den Parteivorständen. Wenn wir einem Genossen das Vertrauen entgegenbringen, ihn ins Parlament zu wählen, sollen wir nicht das Vertrauen zu ihm haben, ihn in die Verwaltung der Partei zu berufen?

Renoudelet findet den bisherigen Zustand vollständig logisch. Auf dem Kongress, der der leitende Organismus der Partei ist, gibt es keinen Unterschied zwischen den Genossen. Der Nationalrat aber hat eine praktische Funktion. Er hat die Beschlüsse der Parteitage anzuführen, darum sind die Körperschaften, die sie in veramtoralistischer Tätigkeit tätig anzuwenden haben, in ihm als Kollektivitäten vertreten. Weiter ist der Forderung der Genossen des Nordens schon insoweit Rechnung getragen, daß Vertreter der Fraktion den Sitzungen der Verwaltungskommissionen beiwohnen und gemischte Sitzungen stattfinden. Auch nimmt das Bureau der Partei an den Fraktionsitzungen teil.

Brake: Gerade diejenigen, die sich über die „Tendenzen“ beklagen, machen sie hier lebendig, indem sie uns die von den Allemanisten gestellte Bedingung entgegenhalten. Der Parti Socialiste de France hat damals der Einigkeit seine Opposition gegen die Kollektivververtretung der Fraktion zum Opfer gebracht. Man hat doch eine Partei gegründet, die ihre Sitzungen nach ihren Erfahrungen zu ändern das Recht hat. Heute beraubt man die Partei der Dienste derjenigen, die ihr die wichtigsten geschienen haben; man scheidet sie ab und — muß sie doch suchen, wenn man ein Manifest aufhagen will. Auch ich will gleich den Alten vom P. O. S. N. (Allemanisten) keine Deputiertenherrschschaft. Aber ebendarum will ich einen Zustand abschaffen, der die Partei von den Deputierten ins Schlepptau nehmen läßt, womit vielleicht viele Deputierte zufrieden sind. — Leiden unsere deutschen Genossen etwa darunter, daß hier Reichstagsabgeordnete im Parteivorstand sitzen? Unsere deutschen Genossen haben so die Aktion der Fraktion und der Partei „unifiziert“!

Dorion befürchtet, daß die Deputierten im Nationalrat und besonders in der Administrativkommission eine herrschende Stellung erlangen würden. Wenn die Organisation der Arbeitermassen stark wäre, wäre der Antrag nicht gefährlich. Aber man übersehe doch nicht die Unpopularität des Parlamentarismus in den Massen. Die Annahme des Antwooges würde als Unterjochung der Partei durch die Parlamentarier gedeutet werden.

Jaurès war bei der Gründung der geeinigten Partei für die Zulassung der Deputierten. Aber er hält sich durch die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung für gebunden. Wenn diese Gruppe als Organismus nicht mehr besteht, so besteht doch ihre Denkwelt weiter fort. Wenn es möglich wäre, die Zahl der Deputierten in der Verwaltungskommission zu beschränken, so nicht im Nationalrat, wobei jede Föderation ihren Delegierten unabhängig entsendet. Auch ist die Arbeit im französischen Parlament viel aufreibender als im Deutschen Reichstag, so daß es den Deputierten unmöglich wäre, allen Sitzungen der Kommission beiwohnen, was die Bedeutung der dort gefassten Beschlüsse schwächen würde.

Guesde glaubt nicht, daß die parlamentarische Arbeit die erste Sorge der Deputierten sei. Die Hauptsache ist die Arbeit in der Partei, auch für die Deputierten. Was in den Vorzimmern der Bourgeoisie, als welche sich das Parlament darstellt, vorgeht, ist nicht so wichtig zu nehmen. Nicht dort haben wir unsere Kräfte aufzubringen. Wir schulden sie ganz und vor allem der Partei. Das Parlament ist nur eine Tribüne, die Partei ist das

**Proletariat in Aktion.** Nicht das Parlament, sondern die Partei ist das Element der sozialen Umgestaltung. Was uns in den Augen des Proletariats schadet, ist nicht dieses, daß wir uns zu sehr parlamentarisiert haben und daß unsere Fraktion mit den Vertretungsorganen der Partei als Macht zu verhandelt. Geben Sie acht, daß wir mit dieser Methode nicht dahin kommen, daß wir 150 Deputierte haben, hinter denen 2 Millionen Wähler stehen und die, durch diese Masse getrieben, sich über die 70 000 Mitglieder der Partei hinwegsetzen, um sich in den Couloirs der Minister zu verlieren. Geben Sie acht und halten Sie die Deputierten fest, damit sie immer mit und in der Partei sind! Halten Sie sie zu den gleichen Arbeiten an wie die anderen Genossen! Und lassen Sie sie ihre gefährliche und lächerliche Stellung als privilegierte Parasiten verlassen! (Beifall.)

Der Antrag der Nordföderation wird mit 189 gegen 168 Stimmen abgelehnt, bei 28 Enthaltungen.

In der weiteren Verhandlung wurde die Frage der Landmannschaftlichen Gruppen erledigt, die in Paris und einigen anderen Großstädten besonders, nicht an die lokale Föderation angeschlossene Sektionen bilden. Es wurde beschlossen, diese Gruppen nur in der Seine-Föderation mit Autorisation des Nationalrats weiterbestehen zu lassen. Doch haben sie ihre Mitgliederlisten der Seine-Föderation zu übermitteln und unterstützen in ihrer Aktion der Kontrolle dieser Föderation. Nach zwei Jahren sind die Mitglieder, wofür sie in ihrer Heimatsföderation nicht Wähler geblieben sind, in die Listen der Seine-Föderation zu überschreiben.

Die Pflicht der Mitglieder, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anzugehören, wurde bestätigt. Der Antrag, den Ausdruck „Pflicht“ durch „Zwang“ zu ersetzen, wurde mit der Erklärung des Berichterstatters abgelehnt, daß die „Pflicht“ im Sinne des Zwangs aufgefaßt werde. Auch wurde als selbstverständlich erklärt, daß unter der Gewerkschaft und Genossenschaft die an die betreffenden Konföderationen angeschlossenen Organisationen zu verstehen seien.

## Aus der Partei.

### Der Protest gegen die koloniale Raubpolitik.

In Elsterwerda, Bawitz (Saalkreis) und Wittenberg wurden am 4., 5. und 6. November sehr stark besuchte Protestversammlungen abgehalten. In den drei Versammlungen, in denen Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Kunert über das Thema „Weltkrieg und Weltfrieden“ referierte, wurde die vom Parteivorstande vorgeschlagene Resolution einstimmig und mit Begeisterung angenommen.

### Stadtverordnetenwahltag.

Trotz Terror und Reichsverband behaupteten unsere Genossen in Eilenburg bei Leipzig bei der am Dienstagvormittag stattgehabten Erntewahl ihre drei zur Wahl stehenden Mandate. Die Gegner brachten es auf 515 Stimmen, während 601 Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten fielen.

### Vom Fortschritt der Parteipresse.

Einen erfreulichen Fortschritt hat die in Hof in Bayern erscheinende „Oberfränkische Volkszeitung“ zu verzeichnen. Sie hat mit dem 1. November einen Abonnentenstand von über 5000 erreicht, was um so mehr belagen will, als die „Volkszeitung“ nur für den Wahlkreis Hof-Münchberg-Kaila-Selb erscheint. Diese in kurzer Zeit erfolgte starke Zunahme der Abonnenten ist sicher ein gutes Zeichen für die kommenden Reichstagswahlen.

Die „Volksmacht“, die in Danzig für Westpreußen wöchentlich einmal erscheint, wird wegen des Wahlkampfes vom 14. November 1911 ab, zweimal wöchentlich, Dienstags und Freitags, herauskommen. Ermöglicht wird dieser Fortschritt durch das Wachsen der Abonnentenzahl.

Unter Heildorfer Parteiblatt, das „Redar-Gcho“, steht gleichfalls unter dem Zeichen eines erfreulichen Aufschwungs. In der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens hat es eine Auflage erreicht, die alle Erwartungen weit übertrifft. Am 1. März 1908 trat es mit 2500 Abonnenten ins Leben. Von Jahr zu Jahr ist die Leserzahl weiter gestiegen und jetzt stellt sich die tägliche Auflage auf 9000. Das ist ein glänzender Erfolg, auf den die Genossen im 8. württembergischen Wahlkreis mit Recht stolz sein können.

### Darf der Ausschluß aus der Partei veröffentlicht werden?

Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg wurde feinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes für Südbayern der Friseur Rebele aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschluß, der durch alle Parteinstanzen bestätigt worden ist, wurde unter Angabe der zum Ausschluß führenden Gründe in der „Schwäbischen Volkszeitung“, dem Parteiorgan für Augsburg, bekanntgegeben.

Gegen diese Bekanntgabe wandte sich nun Rebele und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Simon Strafantrag wegen Verleumdung und Geschäftsschädigung.

In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun der Verklagte freigesprochen, nachdem ihm das Verdict den Satz des § 193 — Wahrung berechtigter Interessen — zugesprochen hatte. Rebele, gegen den wegen beleidigender Äußerungen Widerklage erhoben worden war, wurde zu drei Mark Strafe und Tragung der sämtlichen Kosten verurteilt.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Schwerste Strafe demjenigen . . .

Vor der Strafkammer in Meiningen hatte sich der Gouleiter Genosse Knöner vom Deutschen Transportarbeiterverband wegen angeblicher Verletzung von Arbeitswilligen zu verantworten, die er anlässlich eines in Salungen ausgebrochenen Streiks der Brauereiarbeiter getan haben soll. Das Gericht verurteilte Knöner zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar fünf Monate Gefängnis beantragt, obwohl Genosse Knöner noch unbefristet ist.

#### Der beleidigte Militarismus.

In Krimmitschau waren vor einiger Zeit zwei Meseristen in einen Zug der freien Turner eingetreten. Sie wurden deshalb, der eine zu fünf, der andere zu neun Tagen Arrest und Aberkennung des Bekleidungsgrades verurteilt. Die Chemnitzer „Volksstimme“ überschrieb den Artikel: „Rodelschlappigkeit des kaiserlichen Militarismus“ und gab dem Anmut der Bevölkerung über das Vorkommnis Ausdruck. Dadurch übte sich der Oberst v. Wagners in Jwitzau beleidigt und stellte Strafantrag gegen den Verantwortlichen der „Volksstimme“, Genossen Hermann Müller. Die Klage kam am Freitag vor dem Schöffengericht in Chemnitz zur Verhandlung. Als Zeuge war der Polizeiergentant Behold in Krimmitschau geladen. Interessant war, daß er auf die Frage, wie groß die Aufregung der Bevölkerung über die Verletzung der zwei Meseristen an dem Umzug gewesen sei, nur zwei Personen angeben konnte, und zwar den Sanitätsrat Dr. Wagner und den Fabrikbesitzer Hofmann. Diese beiden waren auch in ihrer stützlichen Unterstützung zu dem Zeugen gelaufen und hatten ihn aufgefordert, Anzeige zu erstatten.

Das Urteil lautete gegen unseren Genossen Müller auf 200 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis.

## Soziales.

### Ein Stückchen sozialer Geschichte.

Die kapitalistische Entwicklung predigt den Klassenkampf! Sie peitscht jetzt eine Berufsgruppe hinein, die man bisher fast nur als Schutzwache des Unternehmertums anzusehen gewöhnt war. Die harten Kämpfe der Interessengegenstände zwangen den Technikern einen Kampf auf, der in seiner Tendenz und in seinen Ausdrucksmitteln den unverfälschten Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit spiegelt.

Ueber die einzelnen Phasen des Kampfes berichtete der gewerkschaftliche Teil des „Vorwärts“. Der Vorgang gewinnt an Interesse, wenn man ihn erkennt als logische Folge der Verhältnisse. In ihm wird ein Stückchen sozialer Geschichte lebendig. Sie läßt die Klassenkampfstendenzen als Triebkräfte des Interessenskonfliktes deutlich erkennen. Mit rauher Faust zerreiht die kapitalistische Logik die Rebel einer vermeintlichen Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeiter, holt die letzten Fäden der Harmoniebrücke von den Jinnen des — Standesbewußtseins herunter. Das ist besonders lehrreich für die Arbeiter, deren Gleichgültigkeit und Einsichtigkeit immer noch ein Hindernis für den Anschluß an ihre Berufsorganisation bildet. Kaufleute, Techniker, Ingenieure usw. hält ein falsches Standesbewußtsein vielfach davon ab, sich als Lohnarbeiter zu fühlen und zu betätigen. Auch manche Arbeitergruppen kultivieren davon noch ein Restchen als Bodenlag lächerlichen Kastengeistes und Selbstbesserungssinn.

Bei den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit standen die Techniker bisher unbedingt auf der Seite der Ausbeuter; oft ließen sie sich sogar herbei, Streikbrecherdienste zu leisten. Als Verkäufer ihrer Arbeitskraft gehörten sie aber doch schon stets zur Lohnarbeiterschaft. Nur genossen sie lange Zeit eine Position, die sie ziemlich weit über das Niveau der Pandarbeiter hinaus hob. Ein anderer Umstand erweiterte die Distanz! Es war die bessere formale und meist auch höhere Allgemeinbildung der Angestellten. Sie stiegen mit verschwindenden Ausnahmen nicht aus der Arbeiterkategorie heraus, sie entstammten vorwiegend dem Bürgertum, den freien Berufen, dem Lehrer- und Beamtenstand. Mit der übernommenen Deut- und Gefühlswelt dieser Schichten näherten sie gegen das aufsteigende Proletariat eher Abneigung wie Sympathie. Sie glaubten ihre Interessen mit denen des Unternehmertums verbunden. Auf solch steinigem Boden gedieh naturgemäß kein Klassenbewußtsein und kein Klassenwille. Aber die kapitalistische Entwicklung wühlte das harte, widerstrebende Erdreich doch allmählich auf, durchsichtigte es mit fruchtbareren Keimen der Klassenerkenntnis.

Mit der riesenhaften industriellen Entwicklung, speziell in der Eisenindustrie, hielt der Zustrom von Angestellten aus den oben erwähnten Schichten nicht gleichen Schritt. Das um so weniger, als der Bedarf an Technikern weit stärker zunahm, als wie der Umfang der Eisenindustrie. Die Tendenz, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, ließ nicht nur eine immer minutiösere Teilarbeit entstehen, sie erlebte auch in wachsendem Maße die manuelle Arbeitskraft durch mechanische. Der Siegeszug der Kraft- und Arbeitsmaschine, der tausendertei Spezial-, Dreh-, Bohr-, Stoß-, Fräs- und Hobelbänke, Sägen, Lohrer, Pressen usw., erforderte ein Heer von Technikern und Zeichnern. Dem wachsenden Bedürfnis an Kräften ging aber auch eine Qualitätsdifferenzierung konform. Die Zerlegung des Arbeitsprozesses in eine Reihe sich stets wiederholender Einzelfunktionen wurde in gewisser Art auch Praxis im Zeichenaal. Die in der Massenproduktion tätigen Kräfte bedurften nicht der Summe von Allgemein- und Spezialkenntnissen, die bei selbständig tätigen Konstruktionsingenieuren Voraussetzung war. Und noch eine Parallele mit der Arbeiterkategorie trat in die Erscheinung. Wie durch die Entwicklung begünstigt, der Schicht der gelerntem Fabrikarbeiter in den sogenannten Angelernten, aus der Schicht der eigentlichen Hilfsarbeiter Emporgestiegenen ein Konkurrent erwuchs, so dem wissenschaftlichen Techniker in dem nur mit Volksschulbildung ausgestatteten Zeichner, Volksschüler mit gutem Auge, sicherer Hand, zeichnerischen Anlagen, konnten sich in den Fortbildungs- und Fachschulen die zu einem Zeichner erforderliche Fähigkeit in wenigen Jahren aneignen. Das Kapital erkannte seinen Vorteil. Es rekrutierte den Ersatz für seine technischen Bureaus und für die eigentliche Zeichenarbeit aus intelligenten, entsprechend vorgebildeten Volksschülern. Das Eindringen dieser Schicht wirkte allmählich sozial nivellierend.

Der Nachwuchs kam mit geringeren materiellen Ansprüchen, er bildete das lohnbrückende Element. Gleichwirkende Kräfte setzten von der anderen Seite ein. Die Zahl der erforderlichen wissenschaftlich gebildeten Techniker blieb hinter dem Andrang der Akademiker bald erheblich zurück. Die Uebersättigung des Berufes hatte auch hier Lohnbrud im Gefolge. Den erstklassigen Konstrukteuren mochten zudem die befähigten, von unten Heraussteigenden die Plätze streitig.

So wurde der Technikerstand, jenes erstklassigen Kindeuses entleert, immer tiefer auf der sozialen Stufenleiter herabgedrückt. Schon längst sind die Techniker wirtschaftlich schlechter gestellt als wie gut bezahlte Pandarbeiter. Sozial sind sie ganz allgemein unfreier wie diese. Organisierte Arbeiter sind der ganz unbeschränkten Willkür des Unternehmers, der den Techniker mit brutaler Gewalt unter die kapitalistische Vormachtigkeit zwingt, im allgemeinen schon längst entrückt. Durch die Bewegung der Eisenkonstruktions-techniker in Berlin ist bekannt geworden, daß solche Angestellte mit Monatsgehältern bis zu — 70 Mark herunter abgehunden werden! Dafür spielen manche Unternehmer dann auch die Mutter Vorlesung. Damit der Techniker nicht durch Heirat sich und andere ins soziale Unglück stürzt — vielleicht gar seine Vegetabilität angereizt wird — darf er laut Vorbericht des „Vorwärts“ nur dann nach eingeholter Erlaubnis heiraten, wenn er zu einem bestimmten Gehalt nach so und solviel Jahren sich heraufgehungen hat. Selbstverständlich soll die Braut auch taubstumm sein!

Welcher Arbeiter untersteht noch solcher Bevormundung? Ein weiterer „Vorzug“ des Technikers ist der, daß er nach Kommando des Unternehmers Niederstuden- und Sonntagsarbeit einfach zu leisten verpflichtet ist — ohne Anspruch auf Bezahlung —, während der Arbeiter für solche Extraarbeit meist höhere Stundenlöhne erhält und der Unternehmer wegen Leistung solcher Arbeit sich mit ihm verständigen muß. Das wirtschaftliche und soziale Vöherstehen der Techniker gehört der Vergangenheit an.

Die geschilderte Entwicklung verlag die Schicht der Angestellten aber auch mit einem Souverett, der in ihr allmählich ein Klassengefühl lebendig werden ließ. Das aus der Arbeiterkategorie stammende Element, von vornherein mit einem Schuß Klassenbewußtseins infiziert, gab hier den Rekonanzboden ab für die Lehren der modernen Arbeiterbewegung. Das Unternehmertum selber hat, durch bräuse Herwerkbrung seines Diktatorienhumpens, die Klassenerkenntnis in die Hirne der Angestellten hineinzuhämmern. Der bekleidene Versuch, einige kleine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erlangen, fand schroffe Ablehnung. Und als die Techniker es daraufhin gar wagten, von dem Recht der Kündigung Gebrauch zu machen, ausständig zu werden, da zeigte ihnen das Kapital, daß der Kampf auf dem Boden der Klassengegenstände ausgefochten werden mußte. Die Techniker werden genau wie streikende Arbeiter behandelt; mit Hilfe der Polizei und im Auslande angetrobbener Streikbrecher sucht man sie

zu Boden zu zwingen. Alle Register des Klassenkampfes läßt das Kapital aufziehen; es mobilisierte im ganzen Reiche gegen die Techniker.

In Oberhausen unternahm man einen scharfen Vorstoß gegen die Organisation. Die dem Verbanne angehörenden Techniker und Ingenieure vernahmen das Kommando: entweder Treubruch gegen die Organisation oder Verlust der Arbeitsstellen! Entweder oder! Der Herr befehlt den Anechten!

Die Beamten lehnten das entehrende Ansuchen zunächst ziemlich einmütig ab. Am nächsten Tage allerdings fielen einige Angstmeier doch um. Sieben Aufrechte behaupteten ihre Ranken- und Staatsbürgerwürde; sie wurden abgeholt — für 3 Monate im voraus — und dürfen den Hof der „Gutehoffnungshütte“ nicht mehr betreten! Das war der erste Streich des wuchsnaubenden Kapitals! Der zweite soll die Tapferen nach erprobter Manier ächten, vernichten! Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller signalisierte die sieben allen seinen Mitgliedern. Die schwarze Liste soll ihnen die Wiedererlangung einer Existenz unmöglich machen.

Das Kapital macht keinen Unterschied zwischen Kopf- und Handlohnarbeit! Alle Bestrebungen, die seiner ungezügelten Herrsch- und Profitgier Widerstand leisten können, belächelt es bis aufs Messer. So predigt das Kapital den Klassenkampf, weist allen produktiv Tätigen, die ihm ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, einen Platz an in der Reihe des Klassenbewußten Proletariats!

## Aus Industrie und Handel.

### Korruption.

Wie lesen im „Pan“:

Was man gegen die agrarische Wirtschaftspolitik auch einwenden mag, — die Anerkennung muß man ihr zollen, sie ist bis zur Tollheit konsequent. Kaum ein Gesetz der letzten Jahre, von Verwaltungsmahnahmen gar nicht zu reden, kann genannt werden, das nicht offen oder versteckt dem Großgrundbesitz und seinen Helferhebern Sonderprivilegien zuschanzte. In allen nur erdenklichen Formen tritt diese geschleicherische Geschäftsmacherei auf, immer breiter macht sich die legalisierte Korruption.

Blühend sind allerhand Finessen agrarischer Gesetzgebungslust wieder in dem Kampf, der sich seit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform in der Hefeindustrie abspielt. Zu den Feinden der Finanzreform gehört das Spiritusgesetz, dessen Neubestimmungen die Einnahmen aus der Spiritussteuer für die Reichskasse erhöhen sollten, aber von ihren Urhebern zu verstärkten Gewinnquellen für die alten Großbrennereien ausgebaut wurden. Die Urheber des Gesetzes sind die Leiter der Spirituszentrale, des Ringes der Brennereien und Spiritusfabriken, deren politischer Einfluß nicht weniger weit reicht als ihre wirtschaftliche Herrschaft.

Zum Wohle des besetzten Brennereibesitzes ist Brennereien, die vor dem 1. Oktober 1907 betriebsfähig hergerichtet waren, nur die Herstellung von so viel Alkohol erlaubt, als sie im Durchschnitt der Jahre 1902/03 bis 1906/07 nach Abzug von 10 Prozent produzierten. Bei Ueberschreitung der festgelegten Erzeugungsmengen ist eine besondere Abgabe zu bezahlen, als Ausgleich dafür erhalten neue Fabriken überhaupt kein Produktionsrecht, sondern unterliegen mit ihrer gesamten Produktion neben den anderen Steuern der Abgabepflicht von 24 M. pro 100 Liter. Aber damit waren die Ansprüche der Spirituszentrale noch nicht befriedigt, sie brachte in das Gesetz den Verfallungszwang hinein, den Zwang, einen erheblichen Teil der Spiritusproduktion durch Denaturierungsmittel für den Trinkschlund und chemische Zwecke unbrauchbar zu machen, also zu entwerten. Ausgenommen von dem Verdrehungszwang wurde dabei von vornherein der Spiritus innerhalb der Kontingente der alten Brennereien.

Dem so gearteten Spiritusgesetz unterstehen auch die Hefe-fabriken, weil sie Spiritus als Nebenprodukt erzeugen. Kaum war die Reichsfinanzreform unter Dach und Fach, da traten jene Fabriken, die sich gegen neue Konkurrenz völlig geschäftig glaubten, zu einem Syndikat zusammen. Schnell aber folgten peinliche Ueberwachungen. Es zeigte sich nämlich eine Lücke im Gesetz, die nun ganz plötzlich von den Herren der Spirituszentrale entdeckt wurde. Für 3 Relassebrennereien bestand ein steuerliches Ausnahmeverhältnis, sie konnten in Hefebrennereien umgewandelt werden, ohne ihre steuerliche Vorzugsstellung dadurch nennenswert zu verschlechtern. Zwei dieser Relassebrennereien befanden sich im Besitz eines Herrn Untucht, der zu dem Direktorium der Spirituszentrale gehörte. Herr Untucht forderte von dem Hefesyndikat die Zahlung von 1 Million Mark, als Gegenleistung versprach er, auf die von ihm geplante Umwandlung seiner zwei Relassebrennereien in Hefebrennereien zu verzichten. Zwar wurden diese Wünsche nicht in ihrem ganzen Umfang erfüllt, aber das Syndikat gestand Herrn Untucht die Zahlung von jährlich 50 000 M. zu, indem es ihm ein Produktionsrecht auf seine Relassebrennereien in Höhe von 10 000 Zentnern für das Jahr zubilligte, das weiterhin vom Syndikat der größten Hefefabrik übertragen wurde, zu deren Aufsichtsratsmitgliedern übrigens Herr Untucht gleichfalls gehört. Geschlossen wurde dieser Vertrag auf die Dauer von 10 Jahren, so daß Herr Untucht sich immerhin eine Hefepension von 500 000 M. zu sichern wußte.

Zugleich mit diesen privaten Geschäften ihres Direktors hatte die Spirituszentrale von den syndikatisierten Hefefabriken, die der Spirituszentrale in ihrer Eigenschaft als Spiritusproduzenten noch nicht angehörten, den sofortigen Anschluß verlangt. Auch diese Forderung erfüllte sich größtenteils, die Verbindung wurde immer intimer, und seitdem erweist sich das Hefesyndikat der Quib des Spiritustringes, es wurde zu einem der bekanntesten Güter der Nation, die gegen alle Angriffe geschützt werden müssen. Was eine so hohe Protektion bedeutet, hat das Hefesyndikat gar bald gemerkt, als die Revolution in der Hefeindustrie ihr Haupt erhob. Die Rolle der Revolutionäre spielte wieder einmal die Technik, der ein neues Hefebereitungsverfahren gelang. Während die guleingrichteten Hefefabriken bisher eine Ausbeute von 32 Prozent Hefe und 9 Prozent Spiritus erzielten, werden durch das neue Verfahren bis 50 Prozent Hefehefe und zirka 8 Prozent Spiritus gewonnen. Infolge dieser großen Hefeausbeute kann bei dem neuen Verfahren auf die Wertverwertung des Spiritus verzichtet werden, so daß die damit arbeitenden Fabriken außerhalb des Spiritusgesetzes stehen und von den hohen Belastungen, denen insbesondere neue Fabriken unterworfen sind, befreit bleiben. . . Schon wollte das Hefesyndikat in seinen Grundpfeilern, die inneren Differenzen nahmen ständig zu. Kampfpreise wurden für verschiedene Gegenden beschossen, denn in Damm war ein Unternehmen gegründet worden, das das neue Hefebereitungsverfahren erworben hatte und anwendete. In dieser Zeit der höchsten Not wußte dem Hefesyndikat Rettung durch ein unerwartetes Glück: die neue Hefefabrik, die sich trotz Verzichtsleistung auf die Verwertung von Spiritus außerordentlich konkurrenzfähig zeigte, wurde polizeilich geschlossen. Aus sanitätspolizeilichen Gründen erfolgte die Betriebsstilllegung, Amohner hatten Beschwerden über gesundheitsgefährliche Einwirkungen des abfließenden Spiritus erhoben, den Beschwerden wurde stattgegeben.

Bei allem Glück verloren die Herren des Hefesyndikats und der Spirituszentrale die ruhige Besonnenheit nicht. Sie sagten sich, daß es schließlich keine unüberwindliche Aufgabe sein kann, ein paar Orte in Deutschland ausfindig zu machen, in denen Hefefabriken, die mit dem neuen Verfahren arbeiten, gebildet wurden, wenn durch Beachtung aller Vorkehrungsregeln auch die letzten sanitätspolizeilichen Bedenken fortfielen. Um diesen Gefahren zu begegnen, kam man auf die einfache Idee, von den Regierungen

Der Heiratsmarkt.

Das Verbot von Heiratsanzeigen in Tageszeitungen will der „Kunstwart“ auf Grund folgender Betrachtungen in seinem Novemberheft: Das Weib, das sich für einen Abend verkauft, nennet wir Dirne, die Matresse, die das sozusagen im Abonnement auf längere Zeit tut, steht uns auch nicht höher, kann einer, dem die Gedanken und die Gefühle auf geradem Wege gehen, das Weib oder den Mann besser bewerten, die sich auf Ehezeit verhandeln? Auch die freieste Moral in geschlechtlichen Dingen wird das Hingeben des Leibes gegen materiellen Entgelt als gemein ansehen und das Verlaufen nicht nur des Leibes, sondern auch der besten Lebensfreiheit: der Freiheit bei der Ergänzung des eigenen Menschenseins, doppelt Heirat um Geld oder sonstigen „Vorteil“, ohne Liebe, bedeutet Verzicht auf gemeinsame Höchstentwicklung des Jchs, der Familie, der Rasse. Zwar kommen die „Praktischen“ damit, „Vernunftheiraten“ hießen oft „glücklich“ aus, wobei dann unter „Glück“ der sanftere Zustand der Ehe verstanden wird, der tatsächlich beim Mangel an Besseren für viele Bürger das Zutraglichste sein mag. Und sie behaupten: auch die Heiratsannoncen führten oft zu braven Ehen. Auch möglich, da es ja in der Welt erstaunlich viel Kropzeug gibt. Wem hat aber jemals einer, der sich für einen anständigen Menschen ausgab, mitgeteilt oder zugeflanden, daß er seine Ehehälfte durch Heiratsvermittler oder durch Inzerat oder daß er seiner Tochter auf diese Weise den Ehemann „gewonnen“ habe? Man tut's, tut es, wie die Heiratsmärkte in den Zeitungen betreiben, massenhaft, aber man verheimlicht's. Wohl: es gäbe in solchen Dingen keine Heuchelei, wenn's in ihnen keine Scham gäbe, die allgemeine Scham aber ist der unwiderlegliche Beweis dafür, daß der Instinkt das Gemeine empfindet, wo die Praxis des Lebens es verschleiert und benutzt.

Eine treffliche Illustration zu obiger Behauptung der bürgerlichen Moral gibt ein Heiratsgeuch in der Dienstagnummer des „Berliner Tageblatt“. Da wünscht ein Sohn seine aus feinstem jüdischen Gesellschaftskreise stammende Mutter an einen noch frischen Herrn im Alter von 50 bis 60 Jahren wieder zu verheiraten. Natürlich muß der Käufer großes Vermögen besitzen. Ein wirklich vornehmer Charakter!

Schiffskatastrophen.

Die schweren Stürme der letzten Tage haben auf der Nordsee und im Kanal zu mehreren schweren Unglücksfällen geführt. Wie ein Telegramm aus London meldet, ist während des Sturmes in der Nacht zum Dienstag im Kanal der nach Antwerpen bestimmte griechische Dampfer „Vord Byron“ gesunken. Von der Besatzung sind 22 Mann ertrunken, drei Mann konnten durch den holländischen Dampfer „Grollius“ gerettet werden. — Der aus Cuzhaven ausgelaufene englische Dampfer „Eiswid House“ ist mit schweren Beschädigungen aus See zurückgekommen. Er hat zwei seiner Boote verloren und zwei Mann sind über Bord gespült worden.

Auch im Hamburger Hafen und auf der Unterelbe hat der Sturm große Verheerungen angerichtet. Die Taucher sind stark in Anspruch genommen, fortwährend laufen neue Meldungen über gesunkene Fahrzeuge ein, die Zahl der gesunkenen und an Strand getriebenen Schiffe ist unverhältnismäßig groß. Bei Schulau sind fünf Fahrzeuge gestrandet und mehrere Ewer gesunken. Die nach einem auf Scharhoern gestrandeten Dampfer ausgelaufenen Bergungsdampfer sind zurückgekehrt. Sie haben von dem Dampfer, über dessen Namen und Nationalität nichts festgestellt werden konnte, nichts mehr wahrgenommen.

Amerikaner Zauherdenton.

Während des verflorenen Wahlsampfes für den heftigen Landtag prangte am Spritzenhause in Klein-Aubelm folgende zentrumschrisliche Stillung:

„Wähler Klein-Aubelm! Laßt Euch nicht von der roten Wunde beeinflussen, denn das sind die schlechtesten, die es überhaupt gibt. Das seht Ihr ja an den Oberhäuptern der roten Wunde. Wer ist Stephan und wo ist er her? Er ist ein Faulenzer, der noch nicht einmal seine Frau ernähren kann, und will sich auch noch als Gemeinderatsmitglied ausstellen lassen, so ein bergelaufenes Individuum. Sein Vater ein Zuchthäuser. Wer ist Jakob Gunkel? Ein Saubirtenhub, der die Kartoffeln bei den reichen Bauern aus dem Saugüber frist. Wer ist Simon? Er stammt aus dem Finkelhau. Wer ist Valentin Heintinger? Der stammt von einer Gule ab. Und diese Kerle wollen Klein-Aubelm regieren, diese Panzuben.“

Da wage noch jemand zu sagen, daß das Zentrum seine Agitation mit unanständigen Mitteln betreibt. Die in dem Aufruf angewandte Sprache paßt vortrefflich zu der Dreiflügelakt der schwarzen Gendarmerie.

Was ist der Reichskanzler?

Hat da ein preussischer Assistenzarzt mit den Rekruten eines Kavallerieregiments Prüfungen angestellt, um ihr Wissen vom Reichskanzler zu erforschen. Von 174 Mann konnten nur 42 die richtige Antwort geben. 105 schwiegen und 27 lieferten falsche Antworten. So wurde unter anderem geantwortet: der höchste im Reichstage — ein Mann im Reichstage — Oberst vom Reich — er hebt und senkt die Steuern — der hat alles zu bezahlen, wenn im Staate was gemacht wird — der ist aber die Abgeordneten — hat die Kriegssachen unter sich — der Reichspräsident — der dem Kaiser alles schreihen tut — der, was dem Kaiser alles zuteilt — er bedient seine Majestät — der die Steuern einnimmt — ein Abgeordneter — der das Haupt im Reich führt — der über das Reich die Pläne ausführt — der Oberst von den Reichstagswählern — hat die Stadt Berlin unter sich — der im Reichstag die Ansprache machen muß — der alles auf dem Lande aufschreibt — verwaltet die Bücher des Kaisers — der liest alles vor und macht bekannt, was im Reichstag beschlossen ist — ist beim Kaiser — der oberste Pfarrer — ein Bischof — Oberster in einer Provinz — steht dem Kaiser zur Seite im Kriege — Untertan des Kaisers — regiert die ganze Welt.

Der Wahrheit am nächsten kommt die Antwort: er bedient Seine Majestät — solange er nach der Pfeife der Junker tanzt, möchte jedoch hinugefist werden.

Keine Notizen.

Folgen schwere Gasexplosion. In der Nacht zum Dienstag erfolgte im Hause eines Fabrikanten Ziegler in Schwäbisch-Gmünd eine Gasexplosion, durch die drei Söhne des Fabrikanten im Alter von 19—23 Jahren getötet wurden. Der Vater erlitt schwere, ein vierzehnjähriger Sohn leichtere Brandwunden. Die Tochter konnte durch ein Fenster gerettet werden.

In den Flammen umgekommen. Im Dorfe Kriekelt in der Rheinprovinz brannten in der Nacht zum Dienstag drei Wohnhäuser nieder. Zwei der Häuser waren von je einem alten Junggesellen bewohnt, von denen der eine im Bett verbrannte und der andere gleichfalls in den Flammen umkam, als er ein Kind aus einem brennenden Stalle retten wollte.

auch die Besteuerung jenes Spiritus zu verlangen, der von Geseffabriken gar nicht verwertet, sondern weggeschoben wird. Damit wären alle Schwierigkeiten des Geseffabrikats gelöst, die neuen Geseffabriken müßten für ihren gesamten Spiritus die Sonderabgabe von 24 M. pro 100 Liter bezahlen und werden in ihrem Wettbewerb trotz höherer Leistungsfähigkeit unterbunden, — denn die alten Geseffabriken sind für die ihnen gesetzlich zustehenden Produktionsmengen von der Sonderabgabe frei.

Nach offiziellen Meldungen ist der Bundesrat geneigt, diese Forderungen zu erfüllen, die nur das eine Ziel und den einzigen Zweck haben, den unter dem Protektorat der Spirituszentrale stehenden Geseffabriken jede neue Konkurrenz vom Halse zu halten. Ein technischer Fortschritt ermöglicht eine Verbilligung der Geseffabrikation, aber er darf nicht zur Anwendung kommen, weil eine Störung der Geschäftsbereitschaft einer begnadeten Clique verhindert werden soll. Die Geseffabrikation ist keine Ausnahmesehe, sie ist gemeinhin die preussisch-deutsche Politik, die man in der Sprache des Philosophen der gottgewollten Abhängigkeiten — Schutz der nationalen Arbeit nennt.

Gerichts-Zeitung.

Der Tag des Gerichts.

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Tribüne“, ein bürgerliches Berliner Wochenblatt, einen Feuilletonartikel, den der Schriftsteller Larsen nach einem russischen Original bearbeitet hatte. Der Artikel ist eine literarische Arbeit im besten Sinne des Wortes, eine Dichtung, die von tiefem Empfinden und sozialem Verständnis ihres Verfassers zeugt. Die Staatsanwaltschaft aber will aus dem Artikel eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten im Sinne des § 130 des Strafgesetzbuches herauslesen. Larsen hatte sich deshalb gemeinschaftlich mit dem verantwortlichen Redakteur der „Tribüne“, Dr. Lautenbach, gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Der Inhalt des unter Anklage gestellten Artikels ist kurz folgender: Ein russischer Millionär und Großindustrieller schläft in der Nacht zum 1. Mai ein mit dem Gedanken an einen in seiner Fabrik bestehenden Streik und einer auf seinem Gute stattgehabten Bauernrevolte. Im Traume sieht der Millionär, wie eine nach Tausenden zählende Menge aus Bergwerken und Fabriken, aus Kellern und Mansarden herbeiströmt. „Zum Gericht! Zum Gericht!“ ruft die Menge, die eine weite Ebene füllt, in deren Mitte eine weibliche Gestalt als Richterin thronet. Zu ihren Füßen sieht der träumende Millionär sich selbst als Angeklagten, umringt von dem Meer seiner Ankläger. — Ein alter Arbeiter tritt vor und erhebt seine Anklage: „Ich verkaufte Dir die Kraft meiner Hände, Du aber nimmst meinen ganzen Körper und die Seele dazu. Keinen Pfennig birgst Du meine Rasse, der nicht aus meinem Blute gepreßt wäre. Und wie dankst Du mir? Nie zahltest Du mir einen Lohn, für den meine Familie menschlich hätte leben können. Du ließt mich arbeiten bis zur Erschöpfung und kürztest mit Abzügen und Strafen meinen künftigen Lohn. Du bezahltest mich wie der gemeinste Dieb, der dem Bettler auch noch den Bettelsack stiehlt. Als ich Lohnerhöhung forderte, trugst Du kein Bedenken, mich fortzuführen, meine Familie dem Hunger preiszugeben. Und germaßen Deine Maschinen meine Brüder, was scherte es Dich? Dir war es gleich. . . Hier stehe ich im Namen von Millionen von Brüdern und verlange Rechenschaft von Dir über unser gebrochenes Leben.“

— Nach dem Arbeiter tritt ein Bauer mit einer ähnlichen Anklage hervor. Dann erhebt eine Frau die Anklage: „Auch ich habe gelitten wie sie, ja noch mehr. . . Das verzeihe ich Dir. Aber eins kann ich Dir nicht verzeihen, daß Du mich zur Unfruchtbarkeit verdammetest, daß Du mich hinausstiehest in Kälte und Graun, daß Du mir die Mutterfreuden nahmst, ein Glück, das selbst das Tier hat. . .“ — Auch eine Dirne klagt den Unternehmer an, daß er ihre Familie zerstört und sie selbst auf den Weg des Lasters geführt habe. — Nachdem der Zug der Ankläger vorüber ist, spricht die Richterin ihr Urteil. Sie wendet sich zunächst an die Ankläger und weist ihnen vor, daß sie selbst nichts getan hätten, um dem Joch, in das sie der Kapitalismus spannt, zu entkommen. Ich frage Dich, Arbeiter, so ruft die Richterin aus, der Joch um Jahr den Hammer gegen sein eigenes Leben schwingen mußte, wie oft hobst Du diesen Hammer, um Deine Rasse zu sprengen? Ich frage Dich, Bauer, den man von der Scholle vertrieb, dessen Rassen man ins Joch spannte: Wie oft hobst Du diesen starken Raden gegen die Bedrücker? Ich frage Euch, Frauen, Männer und Brüder anzufernern, was tatet Ihr, um Eure Söhne, Männer und Brüder anzufuern, mit ihnen vereint zu kämpfen, mit ihnen in Reich und Glück zu stehen? Sagt nicht, der Feind war übermächtig. Seht ihn an, wie schwach er ist, sobald er allein steht. Er war stark nur durch Eure Kraft, mächtig durch Eure Macht! Ihr selbst gabt ihm das Gold, mit dem er Euch knechtete. Ihr gabt ihm Eure Kinder zu Soldaten, zu dem Heer, das Euch zerrüttete und Euch selbst bedrohte. — Nun spricht die Richterin das Urteil über den Angeklagten: Ich verurteile Dich zu dem, was Dir das Schicksal schickte, das Unvermeidliche, was Du mehr als alles andere scheust und stets auf andere abzuwälzen bemüht warst — ich verurteile Dich zur Arbeit! . . . Der Unternehmer erwaht, freut sich, daß alles nur ein Traum war, und sieht nun die Wirklichkeit: Es ist der 1. Mai. Draußen gehen die demonstrierenden Arbeiter vorüber. Die Polizei kommt und gerät mit ihnen ins Handgemenge. Da ist es dem Millionär, als ob sich seine nächtlichen Traumgesichte bald erfüllen würden.

Wo enthält nun diese Dichtung — so wird jeder Unbefangene fragen — eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten? Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Vorzelt, gab auf diese Frage eine Antwort, die an gewagter Auslegung der dichterischen Darstellung nichts zu wünschen übrig läßt. Die Reden der Ankläger im Traume des Unternehmers erscheinen dem Staatsanwalt aufreizend. Dann die Richterin, die so wenig objektiv ist, daß sie den Angeklagten verurteilt, ohne ihn gehört zu haben, besonders aber ihre Worte an die Ankläger, daß sie nichts getan hätten, um ihr Joch abzuschütteln, und nun gar die Frage an den Arbeiter, wie oft er den Hammer gegen seine Bedrücker erhoben habe, das alles soll nach Ansicht des Staatsanwalts geeignet sein, Arbeiter, welche diesen Artikel kurz vor dem 1. Mai lesen, zu Gewalttätigkeiten gegen die Bestehenden anzureizen.

Der Verteidiger Larsen, Rechtsanwält Dr. Heinemann, erinnerte den Staatsanwalt daran, daß ja die „Tribüne“ ein bürgerliches Blatt ist, welches von Arbeitern fast gar nicht gelesen wird, so daß die Befürchtung, welche der Staatsanwalt an den 1. Mai knüpft, schon deshalb gar nicht angebracht ist. — In sehr eingehender Rede wies der Verteidiger nach, daß der Artikel mit keinem Worte zu Gewalttätigkeiten auffordert, und daß auch kein organisierter, kein Klassenbewußter Arbeiter daran denkt, seine Ziele durch physische Gewalt zu erreichen. Eine so brutale Auffassung von den Kampfmitteln der Arbeiterklasse haben eben nur Unternehmer vom Schlage dessen, den der Verfasser des Artikels vorführt. Kein verständiger Leser wird die bildliche Ausdrucksweise eines Redners oder Schriftstellers wörtlich nehmen. Wenn der Staatsanwalt meint, die Frage an den Arbeiter, wie oft er den Hammer gegen seine Bedrücker erhoben habe, könnte in wörtlichem Sinne verstanden werden, dann müßte man es auch wörtlich nehmen, wenn die

Richterin dem Arbeiter sagt, er habe Jahr um Jahr den Hammer gegen sein eigenes Leben geschwungen. Welcher verständige Mensch werde denn diese Worte so verstehen, daß der Arbeiter Jahr um Jahr sich mit dem Hammer vor den Kopf geschlagen habe, bis er gerötet war? Da nichts von den Voraussetzungen des § 130 vorliegt, so müßte der Angeklagte freigesprochen werden.

Der Staatsanwalt versuchte nochmals, seine Position zu retten. Ja, sagte er, gebildete Leser werden den Sinn der Worte nicht mißdeuten. Aber die Arbeiter, und noch dazu am 1. Mai, die denken dabei an Gewalt.

O nein, antwortete Rechtsanwält Heinemann. Die Arbeiter sind in politischer Hinsicht viel gebildeter als die Angehörigen anderer Klassen. Nirgends wird gerade für politische Bildung und Auffklärung so viel getan, wie in den Kreisen der organisierten Arbeiter. In diesen Kreisen versteht man eine dichterische Ausdrucksweise nicht falsch.

Wielunglos blieben im Kreise der Juristen die vom Verteidiger geltend gemachten Vernunftsgründe. Das Gericht erklärte ohne nähere Begründung den Artikel für aufreizend im Sinne des § 130 und verurteilte den Angeklagten Larsen, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Die Verhandlung gegen Dr. Lautenbach wurde vertagt. Ueber seine Behauptung, er habe den Artikel erst kennen gelernt, nachdem die Zeitung bereits erschienen und beschlagnahmt war, soll Beweis erhoben werden.

Zurechnungsfähig?

Zu einer wüsten Szene im Gerichtssaal kam es gestern wieder in einer Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III, vor der sich erst kürzlich ein ähnlicher Ergeß abgepielt hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde der vielfach vorbestrafte und als gewerbmäßiger Dieb bekannte Paul Gröffe vorgeführt, der sich wegen einer großen Anzahl der verschiedenartigsten Diebstähle zu verantworten hatte. Als der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die große Gemeingefährlichkeit eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängnis beantragte, begann der Angeklagte in der Anklagebank zu toben und schlenuderte schließlich nach dem Richtertische zu einem Stuhl, der völlig in Stücke ging. Der Tobende wurde von dem Gerichtsdienner Gahn überwältigt. Der Angeklagte beruhigte sich schließlich, so daß das auf 2 Jahre Gefängnis lautende Urteil ohne weitere Störungen verkündet werden konnte.

Polizeimißhandlungen und Wahrnehmung berechtigter Interessen.

In Duisburg spielte in den Jahren 1908 und 1909 ein Polizeisergant Christian Bode eine üble Rolle, und mehrfach gingen der Presse Berichte bezug. Beschwerden zu, mit dem Ersuchen, im öffentlichen Interesse das Treiben des Polizisten Bode zu kritisieren. In vielen Fällen wurde Klage darüber geführt, daß der Polizist Ansehens mißhandelte. Anfangs Februar 1909 war der frühere Reichstagsabgeordnete Peter von dem Polizisten Bode zur Wache gebracht und dort nach seinen Angaben arg verprügelt worden. Ueber diesen Vorgang brachte der in Duisburg erscheinende „Bürger- und Gewerbetreuer“ am 26. Februar 1909 eine eingehende Schilderung. Im Anschluß hieran erschien in derselben Zeitung am 9. März 1909 ein zweiter Artikel, der in poetischer Form sich mit den „Taten“ des Polizisten befahte. Die Polizei stellte gegen den Redakteur Anton Dubert Anweiler, den genannten Reichstagsabgeordneten Peter und gegen den Redakteur der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“, Genossen August Schoch aus Duisburg Strafantrag wegen Verleumdung. Die Verhandlung am 23. Februar 1910 vor der Strafkammer in Duisburg endete mit der Verurteilung von Anweiler zu 25 Mark und Schoch zu 20 Mark Geldstrafe. Der Reichstagsabgeordnete Peter wurde freigesprochen. Obgleich in dieser Verhandlung für alle Behauptungen der Wahrheitsbeweis im wesentlichen erbracht worden war, wurde den Verurteilten als Zeitungredakteuren der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches nicht zugebilligt. Die von den Verurteilten eingelegte Revision war von Erfolg. Vom Reichsgericht wurde, wie unseren Lesern erinnerlich, das Urteil der Strafkammer in Duisburg aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an die Strafkammer in Düsseldorf verwiesen. Zur Begründung wurde u. a. ausgeführt, es sei der § 193 offenbar verkannt worden. Die Angeklagten hätten keineswegs nur Rechte wahrgenommen, die jedem Staatsbürger zuziehen. Sie hätten als Einwohner von Duisburg mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieser pflichtwidrig handelnde Beamte, der ruhige Spaziergänger auf der Straße durch seinen Polizeigeh und anfallen lasse, sei eines Abends auch einmal anfallen lasse, besonders, da er sie wegen der früheren Veröffentlichungen auf dem Zuge hatte, daß das ausreiche, sei von Reichsgericht schon mehrfach anerkannt worden. Aber auch in einer anderen Richtung sei der § 193 verkannt, insofern gesagt sei, Peters sei lediglich gelegentlicher Mitarbeiter und nicht ständig angestellter Reichstagsabgeordneter. Eine derartig nahe Beziehung werde vom Reichsgericht nicht verlangt.

In der Verhandlung am 11. Oktober 1910 mußte die Strafkammer in Düsseldorf die Verhandlung auf unbestimmte Zeit versagen, weil der Polizist Bode epileptische Anfälle bekam. Bei späteren gerichtlichen Vernehmungen in seiner Wohnung bestritt Bode alles, wurde aber aus von Krampfanfällen heimgesucht. In der Verhandlung, die nun am 3. November 1911 stattfand, erklärte der Gerichtsarzt: der Polizist sei ein hochgradig nervöser Mann, der gereizt sei, in seinem Zustand Antisozialer Neigungen zu begehen. Für seine Reden sei der Polizist auch nicht verantwortlich zu machen. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, aus dem Grunde sei ein gegen den Polizisten schwebendes Weineidverfahren eingeleitet worden. Die zu den einzelnen Fällen vernommenen Zeugen bezeugten übereinstimmend, von dem Polizisten seien sie mörderlich verhöhnt worden. Auf Grund der Aussagen des Polizisten wurden die so Mißhandelten noch obendrein bestraft. Dieferschall ist eine Wiederholung des Verfahrens im Ganzen.

Von dem Staatsanwalt wurde die Verurteilung des Angeklagten Anweiler zu einer Geldstrafe von 25 M. beantragt, denn durch das Gedicht sei der Polizist beleidigt worden. Für den Angeklagten Schoch beantragte er die Freisprechung, denn diesem Angeklagten siehe der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite.

Nach längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Im vorliegenden Falle handelt es sich um Verleumdungen, begangen durch die Presse. Die Artikel besaßen sich mit der Duisburger und Ruhrortter Polizei, besonders wird an dem Verhalten des Polizisten Bode Anstoß genommen. Diefem Beamten wird Pflichtwidrigkeit bei den Festnahmen und falsche eibliche Aussagen vorgeworfen. Die Angeklagten weiden ein, alles was geschrieben worden sei, sei wahr. Bei dem Fall Peters hat sich das als wahr erwiesen, was von den Angeklagten vorgebracht worden ist. Nach Ansicht des Gerichtes haben die Angeklagten in diesem Falle in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und müssen von dieser Anklage freigesprochen werden. In der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ hat der Angeklagte Schoch an diesen Fall den Vorgang angeschlossen dem Beamten und dem Zeugen Köllmann angeknüpft. Der Vorgang hat sich in der geschickten Form angetragen. Durch die Form des Artikels ist der Beamte Bode auch nicht beleidigt worden. Wenn in diesem Artikel geschrieben worden ist, es wird kein, daß die Bedrücker die Bürger vor solchen Schicksalen schützt, dann kann darin keine Verleumdung liegen, weil es wahr ist. In einem Gedicht hat der Angeklagte Anweiler die Fälle Köllmann und Sittert behandelt. Nach den Aussagen des Landrichters Schulte ist die Schilderung des Falles Sittert nicht so, aber der Vorgang ist nur referierend wieder gegeben worden. In dem Vers zwei ist der Polizei von Ruhrort und Duisburg im allgemeinen ein beleidigender Vorwurf gemacht worden. Der Angeklagte Anweiler muß deshalb bestraft werden. Die Pflicht war keine verwehrt und muß gesagt werden, daß die Angeklagten sich Verdienste erworben haben. Für Schoch lautete das Urteil auf kostenlose Freisprechung, Anweiler wurde wegen des Gedichtes, Vers zwei, zu einer Geldstrafe von 25 M. verurteilt.

Inseratenteil veranw.: Th. Moser, Verlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Verlin. Für den

Druckerei: u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Verlin SW.

# Heere und Revolutionen.

Eine Zeitspanne sah es aus, als sei das Zeitalter der gewalttätigen Revolutionen für alle Zeiten abgeschlossen. War noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Waffentechnik so wenig entwickelt, daß eine mächtig bewaffnete Volksmenge geraume Zeit hinter Barricaden, ja auf freiem Felde den Kampf mit ganzen Heerführern durchhalten konnte, so hat in den letzten Jahrzehnten die Technik des Massenmordes solche Fortschritte gemacht, daß von ernsthaftem Widerstande gegen eine ordnungsmäßig ausgerüstete, ihren Vorgesetzten gehorsame Truppe keine Rede mehr sein konnte. Da auch innerhalb der Truppen keine Selbständigkeitsgelüste zulage traten, so schien es, als sollte tatsächlich die Stelle, in deren Hand die Heerrschaft über die bewaffnete Macht liegt, mit dem „letzen Beweismittel des Königs“ auch die politische Entwicklung unbedingt beherrschen. Der Leutnant mit den 10 Mann als Vändiger einer wehrspendigen Volkswirtschaft wurde ein ebenso zureichendes Symbol der militärischen Macht des Monarchen, wie es der Hauptmann von Rönne für die militärische Bestimmung des deutschen Bürgertums geworden war. Die Anordnung der Menschheit durch die rohe Gewalt einer nach Willkür gelenkten Vernichtungstechnik schien vollendet.

Hat die industrielle Arbeiterschaft es fertig gebracht, der unbedingten Macht des Besitzers der Arbeitsmittel gewisse Schranken zu setzen, so sehen wir bei der bewaffneten Macht den einzelnen Mann weit über das Maß dessen, was der militärische Zweck selbst erfordert, hinaus zum bloßen Werkzeug fremden Willens herabgedrückt. Wenn man den für den Kriegsfall erforderlichen blinden Gehorsam, der, ohne zu fragen, alle Gefahren auf sich nimmt und auf Befehl alle Ordonnen begehrt, zum normalen Friedenszustand herangezogen, richtiger — gezügelt hat, so darum, weil in einem der Massenherrschafft dienenden Staatsgebilde das Heer nicht nur das Mittel des Staates nach außen, sondern vor allem Mittel zur Niederhaltung des als „innerer Feind“ aufgefaßten eigenen Volkes ist. Solange das Heer nur eine Handvoll zusammengefügter Soldaten war, konnte das nicht schwer sein. Heute aber sind in den Ländern der allgemeinen Wehrpflicht nur noch Offiziere und Unteroffiziere Soldaten, die aus dem Kriegsdienst ihre Geschäfte machen und darum ihren Vorgesetzten blinde Werkzeuge liefern, sei es auch gegen die eigenen Volks- und selbst Familienangehörigen. Daher war es eine große, freilich nicht der Bewunderung, sondern des Abscheues würdige Leistung, die Massen der Volkshere durch ein eng verknüpftes System grausamster Strafen, spärlicher Belohnungen und ständig wirkender Suggestion und Konzentration von ihren Volksgenossen künstlich abzusperren, Hunderttausende gesunder Männer zu ihrer Persönlichkeit zu bezaubern, daß sie sich als willenlose Werkzeuge einer ihnen fremd, ja feindlich gegenüberstehenden Macht fühlen lernten. In dieser Herrschaft über die bewaffnete Macht schien das absolutistische System, das in jedem Militärstaat, sei es auch unter dem Deckmantel des Konstitutionalismus, herrscht, für die Dauer gesichert. Sein Werkzeug war unüberwindlich. Und dies Werkzeug war blind.

Was aber sehen wir heute? Ein Land nach dem anderen zeigt uns rebellierende Heere. Nicht nur einzelne Glieder oder Truppenteile zeigen sich aufständischen Volksmassen gegenüber nicht mehr sicher oder gehen gar zum „Feinde“ über — das sah man schon öfter in Frankreich, ja vereinzelte 1848/49 auch bei uns. Schon in der russischen Revolution spielte das Eingreifen ganzer Heere und Plutonenkörper eine größere Rolle. Aber in viel höherem Maße finden wir in den letzten Jahren in einer Reihe von Ländern das Heer im Vordere der Revolution, ja als deren vornehmstes Werkzeug. Als 1905 das norwegische Volk sich von Schweden los sagte, da regte sich im Heer keine Hand für den König, dem man den Treue geleistet hatte. Das war freilich eine nationale Loslösung eines ganzen Volkes, bei der die Teilnahme des Heeres sehr nahe lag. Aber schon zwei Jahre zuvor hatte in Serbien das Offizierskorps selbst mit Willigung des Heeres, dazu noch mit unbedingtem Entschluß, das Land von der Dynastie der Obrenowitsch befreit. Ähnlich hatten schon 17 Jahre früher bei der Verschwörung gegen den Fürsten Alexander von Bulgarien eine Reihe Offiziere mitgewirkt. In den letzten Jahren aber erscheint das Heer als Ganzes immer häufiger als vornehmstes Werkzeug der Revolution, dem es seine Mannszucht und seine Waffentechnik zur Verfügung stellt. 1908 in der Türkei war es das 3. Armeekorps, die mazedonische Armee, die unter Führung ihrer Offiziere dem verfaulenden System des Sultans Abdul Hamid, dem die Treue geschworen hatten, ein Ende machte. Wie im vorigen Jahre die portugiesischen Truppen in ihrer Wehrheit sich von ihrem Geliebten Manuel losgaben und der Republik anschlossen, ist noch unvergessen. Und jetzt sehen wir den wohlhabendsten, wohlgeleiteten Völkern der Welt, die in der Umwälzung des chinesischen Kaiserreiches sich unter lauffähiger Führung des Heeres vollzogen. Ein Teil hat sich unmittelbar der Empörung gegen die Mandschu-Dynastie angeschlossen, und die Generalität macht ihr Verharren bei den kaiserlichen Fahnen von Bedingungen abhängig, die schon einen Sieg der Revolution bedeuten — nebenbei ein Beweis, um welsch eine ausgesprochen bürgerliche Revolution es sich nur handeln kann.

Umgekehrt sehen wir in europäischen Staaten stark widergesichtlich reaktive Bestrebungen im Offizierskorps mächtig. In Frankreich zeigte sich das Offizierskorps unter Führung seines bewährten Generalstabs in der Dreifus-Angelegenheit der weltlich-bürgerlichen Republik bis zum Verbrechen feindlich. Und bei der Durchführung der antikerikalen, der Vertreibung ungeschlicher Orden und der Trennung der Kirche vom Staat dienenden Gesetze gab sich bei einer Anzahl der zur Mitwirkung berufenen Offiziere und der über Widersetzliche urteilenden Kriegsgerichte die gleiche verfassungsfreudige Gesinnung kund, die den aufrecht republikanischen Offizieren noch heute vielfach den Dienst zur Hölle macht und jedem Präsidenten, der den Mut zum Losschlagen hätte, als bereitete Werkzeug zur Verfügung stände.

Und wer möchte ernsthaft glauben, in dem heutigen preussischen Offizierskorps mit seinem junkerlichen Kerne nichts vor sich zu sehen als ein bloßes Werkzeug der gesellschaftlichen Ordnung? Demselben Offizierskorps, das, im Banne eines von der Gesehwörung verurteilten „besonderen Ehrbegriffs“, die Verletzung des den Zweikampf verbindenden Gesetzes zur Bedingung der Zugehörigkeit macht! In dessen bevorzugten Reihen die Vertreibung des vom Gesetz wie durch kaiserliche Ordres verpönten unehrenhaften Glückspiels so wenig abreißt wie die Duldung, ja selbst Verübung einer trotz aller sozialdemokratischen Gegenarbeit noch immer erschreckend großen Zahl von Soldatenmishandlungen.

Aus dessen Reihen noch immer die Sorte Politiker herkommt, die am freudigsten zur Gewalttätigkeit und zum Staatsverbrechen aufsteigt! Rein, wenn dieses Offizierskorps sich im engen Einklang mit der bestehenden Staatsgewalt fühlt, so darum, weil eben diese Staatsgewalt ein Werkzeug derselben Interessen ist, als deren bevorzugten Vertreter der Offiziersstand sich fühlt. Man

denke sich nur einmal den König von Preußen als Befürworter einer Politik, die vom Landtag bis zur Landgemeinde das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht unter Beseitigung aller Feudalismus, vom Gutsbezirk bis zum Herrenhaus, maßgebend machen wollte; die die Enteignung des Großgrundbesitzes zu einem nicht nach den künstlich erhöhten Preisen des inländischen, sondern nach denen des Weltmarktes, ohne Zölle und Liebesgaben, zu berechnenden Preise forderte. Da wäre es nur die Frage, ob das Offizierskorps einer solchen Politik gegenüber seiner Mannszucht sicher, nicht aber ob es mit seinem Hohn und Verachtung, die einen betrieblig „regierungsunfähig gewordenen“ Monarchen auf geeignete Weise zu versorgen.

Sehen wir so die Offiziere im Banne der Gedankengänge, die die Schichten beherrschen, aus denen sie hervorgehen, so wäre es töricht, wollte man glauben, daß nicht auch die Mannschaften am Ende von den geistigen Strömungen der Volksschichten, aus denen sie sich rekrutieren, erfaßt werden müßten. Treten sie doch schon immer mehr ins Heer ein, erfüllt von der Gedankenwelt, die ihre Klasse beherrscht. Und in dem Maße, in dem das militärische Erfordernis mit seinen in den Vordergrund tretenden technischen Bedürfnissen dazu nötigt, mehr Angehörige der technisch und geistig besser geschulten Industriearbeiterschaft einzustellen — in dem ferner die Gesehwörnisse dahin gehen, anstatt automatisch reagierender Werkzeuge immer mehr selbständig urteilende Köpfe in Dienste zu haben —, in demselben Maße wird es auch immer weniger möglich sein, den künstlichen Gegensatz zwischen dem Willen des Volkes und der seinen Feinden dienenden Willenslosigkeit der ihm auf kurze Zeit entzogenen Söhne aufrecht zu erhalten. Je mehr schon vorher geschulte Anhänger der proletarischen Gedankenwelt ins Heer treten, um so weniger verlangen die geistreichen Abwehrmittel von der Spindweberei und dem Lokalverbot bis zum Asfermentrest bei Volkskundgebungen und der Zensur des Klopseppapiers. So sehr die Arbeiterbewegung es ablehnt, daß in geist- oder disziplinwidrigen Handlungen, nach dem Muster duellierender, hazardierender und mißhandelnder Vorgesetzter, sich solche Bestimmung kundgibt; so sehr wir Wert darauf legen, daß Sozialisten nicht nur die besten Arbeiter, sondern auch die besten Soldaten sind; es genügt schon, wenn in den maßgebenden Kreisen das Bewußtsein besteht, daß man auf diese abschwellende Zahl der besten Soldaten nicht rechnen kann zu den Zwecken hochverräterischer Staatsverbrechen oder zur Niederhaltung der von einer Verbesserung ihrer traurigen Lage ringenden Väter und Brüder eben dieser Soldaten.

Der Geist der Zeit ist unabweisbar. Hat er es im kleinen Portugal und im gewaltigen China fertig gebracht, daß Offiziere und Soldaten den Hohn und Verachtung des zur bürgerlichen Republik übertraten, so wird er auch imstande sein, zu verhindern, daß ein in seiner großen Mehrheit aus Proletariern bestehendes Heer, geführt von den Feinden der eigenen Klasse, sich dazu gebrauchen ließe, mit den Mitteln ungeschlicher Gewalt die Freiheitsbewegung des Proletariats niederzuschlagen.

## Die Brüsseler Protestkundgebung.

Brüssel, 8. November. (Fig. Ver.)

Ueber das Massenmeeting vom Sonntag schreibt uns unser Korrespondent in Ergänzung des telegraphischen Berichtes noch folgendes: Dem grandiosen, von erregter Stimmung getragenen Brüsseler Protestmeeting wohnten außer der belgischen Arbeiterschaft noch zahlreiche Proletarier verschiedener Nationen, so insbesondere auch Deutsche, bei.

Im folgenden seien noch einige charakteristische Stellen aus den Reden der Vorkämpfer des französischen, deutschen, türkischen und belgischen Proletariats wiedergegeben.

Als wir in Paris, bei der Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus verammelt waren, sagte Bakunin, konnten wir kaum glauben, daß es mit dem tripartitischen Verbrechen ernst sei. Kommt das Kräfteaufwand der deutschen und französischen Arbeiter und ganzen internationalen Proletariats, die durch das Marokkoverbrechen herausgeforderte Kriegsgefahr abgemindert hatte, zeigte sich das neue Verbrechen an. Auch hier müssen wir wieder auf das italienische Volk zählen. Aber die Italiener konnten das Unmögliche nicht leisten, die, wie alle Welt, übermümpelt wurden und ihren Widerstand nicht zu organisieren vermochten. Das kapitalistische Italien hat den Krieg entfesselt, das italienische Proletariat muß sorgen, daß er raschestens endet.

Was die moralische Stärke des Proletariats in solchen Katastrophen in Zukunft vermögen wird, läßt sich an dem Schritt des türkischen Kammerpräsidenten erkennen, der eine energische Einwirkung des Internationalen sozialistischen Bureaus für den Frieden erbat. Aber nicht nur Italien ist schuldig, sondern ebenso die übrigen Mächte, deren Solidarität sich aus denselben Verbrechen der Vergangenheit ableitet: siehe Frankreich in Marokko, England in Ägypten.

Die Interessen des Kapitalismus sind es, die die Regierungen leiten; in französischen Ministerien regiert das Bankkapital, daher die Kolonialpolitik, die der organisierte Konflikt des Kapitalismus ist. Wenn die kapitalistischen Interessen bedroht sind, gibt es Konflikte. Da gibt es nur einen unerbittlichen Kampf gegen alle Kolonialpolitik: keine Kolonie ist auch nur die Knochen eines einzigen Arbeiters wert.

Die sozialistische Internationale hat in den letzten Jahren immerzu für die Beseitigung der Kriegsgefahr gewirkt, aber wir dürfen und nicht begnügen zu protestieren, wir müssen handeln und dem Krieg vorbeugen. Die Internationale muß sich weltumspannend im Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Militarismus und den Krieg zusammenschließen.

Der Delegierte der deutschen Sozialdemokratie, Reichstagsabgeordneter Genosse Scheidemann zeigt in der Darstellung des Marokkoverbrechens die kapitalistische Bewegung und Untergründe der Kriegsgefahren und Katastrophen. Siehe den Marokkovertrag, der unter Einfluß des 65 Millionenwertes für eine Handvoll Kapitalisten zusammengeschloßert worden ist. Aber die imperialistische Politik und die durch sie geschaffenen Katastrophen werden auch das Bewußtsein des Proletariats, dessen sozialistische Kraft sich überall vertieft und Wurzeln schlägt. So hat sich das italienische Proletariat erhoben, und Tausende von türkischen Arbeitern haben in Saloniki gegen den Krieg demonstriert.

Jedes Land habe seine spezielle Warte von Patrioten. Deutschland hat seine Kriegsbürger: die Kanonen- und Panzerplattenerzeuger auf der einen und die Junker auf der anderen Seite, die für ihre Söhne Raum und Karriere brauchen. Diese Leute beschuldigen uns des Mangels an Patriotismus! Um den kapitalistischen Patriotismus in seiner ganzen Glorie zu erfassen, halte man sich an die Mannesmann-Affäre, deren Peripetie Scheidemann in launiger Weise unter einem Ausbruch von Heiterkeit der Zuhörer zum besten gibt.

Wenn vom Verbrechen Italiens die Rede ist, wissen wir alle, daß nicht das italienische Volk, sondern das kapitalistische Italien gemeint ist. So machtvoll die Demonstrationen Deutschlands gegen den Marokkovertrag waren, die Demonstrationen gegen das italienische Verbrechen werden nicht weniger grandios sein. Der deutsche Sozialismus wird mit aller Klarheit das Vorgehen Italiens brandmarken.

Und hier, von der sozialistischen Zentrale müssen die Vertreter der Nationen den unterdrückten Klassengenossen der ganzen Welt beiderlei einen symbolischen Gruß entgegenstrecken. Der Kapitalismus wird immer mehr zur Geißel, zur Hölle der Menschheit. Darum: a bas lo capitalismo internazionale! Viva l'Internationale socialista. (Nieder mit dem internationalen Kapitalismus! Es lebe die sozialistische Internationale!) — Die deutsche Rede wurde von Guyomans überlegt. Nach den von Scheidemann französisch gesprochenen Schlussworten ertönte brausender Beifall.

Lang und demonstrativ wurde der junge Vertreter der türkischen Arbeiter, Genosse Sual Rahum aus Saloniki begrüßt. Er hält seine Rede in stichendem, fast akzentlosem Französisch. — Die sozialistische Presse hätte Italiens verbrecherischen Angriff mit aller Schärfe charakterisiert. Aber es muß immer wieder gesagt werden, daß Italien zu seinem Vorgehen von den anderen Mächten, die Afrika geistig haben, getrieben worden ist. — Rahum greift die Jungtürken verschiedentlich an und mißt „ihrer Ungeschicklichkeit“ einen großen Teil der Schuld an der gegenwärtigen Lage der Dinge zu. Statt für die Freiheit zu wirken, haben sie der Reaktion gedient und den nationalen Aufschwung vernichtet. Rahum schildert dann die von Italienern verübten Verbrechen in Tripolis, die einen Sturm der Entrüstung wecken. Ein Italiener am Bretisch macht einen die Worte Rahums bezweifelnden Zwischenruf und wird deshalb in strengen Worten vom Vorsitzenden zurückgewiesen.

Der sozialistische Delegierte und Mitglied des sozialistischen Bureaus Furnemont beleuchtet das Interesse des türkischen Volk am tripartitischen Krieg. Furnemont, der selbst Mitglied der interparlamentarischen Friedenskonferenz ist, macht sich dann nicht wenig über die harmlose Gesellschaft lustig. Guyomans ergänzt seine Ausführungen dahin, daß er von Furnemont verlangt, er möge in dieser Friedenskonferenz einen Reinigungsakt vornehmen, indem er bei der nächsten Zusammenkunft den Ausschluß jenes Herrn San Giuliano beantragen möge, der den Krieg Italiens gegen Tripolis organisiert hat.

Nach dieser Abschweifung zur Partei bürgerlicher Friedensmalerie lehrte die Versammlung zum Ernst der Situation wieder zurück. Guyomans brachte die vom Internationalen sozialistischen Bureau vorgelegene, von uns bereits erwähnte Resolution zur Abstimmung, die einstimmige Annahme ergab. Hatten die Reden die Versammlung oft genug zu Empörung und Entrüstung geführt, so ließ der Ausklang dieser Versammlung, der Ruf zur energiegeladener Abwehr gegen Krieg und Völkerverbrechen alle Teilnehmer zum zukunftsreichen Befreiungsgedanken des Sozialismus zurückkehren.

## Jugendbewegung.

25 Jahre Junge Garde.

Im „Peuple“ erzählt J. Lorange von der Organisation der jugendlichen Sozialisten und Antimilitaristen, die im Sturmjahr 1886 begründet wurde. Damals, in einer Zeit der Krise, brachen in der durch sozialistische Propaganda und die einsetzende Wahlrechtbewegung ausgerüsteten belgischen Arbeiterschaft eine Reihe großer Lohnkämpfe aus, die in der ungeschulten und unmorganisierten Masse vielfach zu gewalttätigen Erhebungen, bei denen die Lockspiegelarbeit der ministeriellen Bourgeois eine Rolle spielte, auflebten. Die Regierung wandte das alte Geismittel der Regierungen an: gewalttätige Niederschlagung der durch ihre sträfliche Gleichgültigkeit herbeigeführten, durch die Verbrechen ihrer Werkzeuge beschworenen Volkskämpfe. Das Heer griff ein; in Seraing und Roux gab es Lote. Damals kam man in sozialistischen Kreisen zum Entschluß, die Soldaten, die sich dank dem Freisprecht der Besitzenden nur aus dem Volke rekrutierten, so aufzuklären, daß sie zu solchen Unterdrückungsgeldstücken nicht mehr zur Verfügung stehen sollten. In Gent, Brüssel, dessen Vororten, Antwerpen; überall bildeten sich Vereine mit verschiedenen Namen, die sich bald als Sozialistische Junge Garde bezeichneten und nach einem Kongreß von 1889 einheitlich organisierten.

Eine ganze Reihe antimilitaristischer Zeitungen in französischer und flämischer Sprache entstanden. Jetzt nach der Einführung der allgemeinen, kurzzeitigen Wehrpflicht, gibt es nur noch ein zweisprachiges Blatt „Der Volkwehmann“, das alljährlich in die Hände der Rekrutengehenden gelangt. Auch mehrere Broschüren wurden herausgegeben. Natürlich fehlte es auch nicht an Verfolgungen. 1889 wurde Anselet zu 6 Monaten verurteilt, weil er im „Vorwärt“ den Mäthern geraten hatte, ihre Kinder so zu erziehen, daß sie nicht auf das Volk schossen. Eine Reihe „Jungen Gardes“ wurde ebenfalls verurteilt, während andere unter gleichen Anklagen Freisprechung erzielten. Die höchste Strafe war 10 Monate Gefängnis, die Troclet 1895 für seinen Kathedismus des Ausgehenden erhielt. Das hinderte nicht, daß die Zeitungen, Plakate, Broschüren der Bewegung zu Hunderttausenden verbreitet wurden und überall Versammlungen in Sälen und unter freiem Himmel abgehalten wurden.

Aber auch die sozialistische Erziehung wurde gepflegt, eine Menge Bildungsvereine und Bibliotheken gegründet, Vorträge gehalten usw. Viele Kämpfer sind aus dieser Bewegung hervorgegangen, von denen nicht wenige leitende Stellungen in Partei, Gewerkschaften oder Genossenschaften einnehmen. Nur Gedenksprüche soll zu Weihnachten eine geistliche Ausstellung von Zeitungen, Plakaten, Bildern usw. der Bewegung veranstaltet, ferner eine Unterhaltungskasse für Opfer sozialistischer und antimilitaristischer Propaganda begründet und ein Banquet der ehemaligen und heutigen Jungen Gardes abgehalten werden.

## Aus der Frauenbewegung.

Eine Petition um Gewährung des Frauenwahlrechts wird von der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Anlauf gesetzt. Man rechnet mit der Hilfe der Gewerkschaften und aller fortschrittlichen Verbände und hofft, über eine Million Unterschriften zu gewinnen. Es gilt, eine Änderung in der Konstitution der Vereinigten Staaten herbeizuführen, und die Petition soll von dem einzigen sozialistischen Abgeordneten, dem Deutschamerikaner Viktor Berger aus Milwaukee, dem Kongreß in Washington vorgelegt werden.

In den einzelnen Staaten muß natürlich die Aktion eifrig weiter betrieben werden, denn zu einer Änderung der Verfassung in dem gewünschten Sinne ist die Zustimmung der großen Mehrheit der Bundesstaaten notwendig. Der Sieg der Frauen in Kalifornien hat die Aktion der Frauenrechtlerinnen in anderen Staaten sehr gefördert. Von den 46 Bundesstaaten haben nur 6 bis jetzt den Frauen die gleichen politischen Rechte eingeräumt; zuerst Wyoming, seit 1890, dann Colorado, seit 1900. Seitdem ging es schneller vorwärts; im Jahre 1909 folgten Utah und Idaho, 1910 der Staat Washington und 1911 Kalifornien. In diesem Monat November wird Kansas über die Frage des Frauenwahlrechts durch eine Volksabstimmung entscheiden. In einer Reihe von Staaten haben seit Jahren Abstimmungen darüber stattgefunden, bisher freilich mit einem ungünstigen Resultat, aber nirgends haben sich die Frauen abhalten lassen, neue Abstimmungen zu beantragen. In vielen Staaten hat man den Frauen ein teilweises Wahlrecht eingeräumt, zum Beispiel in Steuerfragen. In 21 Staaten haben sie in Schulfragen in gleicher Weise mitzureden wie die Männer.

## Versammlungen — Veranstaltungen.

Die Ainderschulskommission hält am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Borgmann, Androaststraße 21, eine Versammlung der Kontrollkommissionen ab, in der Genosse Freter einen Vortrag über „Die Rechte der ehelichen und unehelichen Kinder“ halten wird.

# Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin O. H. Gabelsch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
 W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.  
 O. R. Gabelsch, Peterburger Platz 4, Gustav Vogel, Kopen-  
 nische 83, H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.  
 NO. S. Rucht, Zimmereischichte, 12, J. Reul, Barnimstr. 42.  
 N. W. Baumann, Rheinberger Str. 57, F. Trapp, Stettiner Str. 10,  
 Karl Wars, Breitenbagger Str. 27, J. Schönig, Kasarstr. 49,  
 P. Vogel, Voitingstr. 37, A. Tich, Invalidenstr. 124  
 P. Dehaud, Hudeplatzstr. 24.  
 NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8, Latwenz, Goktostoffstr. 29.  
 SW. P. Werner, Gneisenaustr. 72, Daehn, Fagelberger Str. 27,  
 S. St. Fris, Reitzenstr. 31, F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8,  
 SO. Paul Böhm, Lantzer Platz 14/15, P. Herich, Engelauer 15.  
 Adlershof. Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.  
 Baumschulenweg. S. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.  
 Borsigwalde. Paul Henast, Mühlstr. 10.  
 Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenheimer Str. 1.  
 Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.  
 Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
 Johannisthal. Viedtke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
 Karlshorst. Richard Ruter, Addestr. 9, II.  
 Köpenick. Emil Wihler, Reichenstr. 8, Laden.  
 Lichtenberg. Otto Seidel, Borsenbergerstr. 1.  
 Nieder-Schöneweide. Gehrt, Bräuer Str. 6.  
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
 Ober-Schöneweide. Alfred Sauer, Wilhelmshofstr. 17 II.  
 Pankow. Otto Rihmann, Mühlstr. 30.  
 Reinickendorf. P. Gursch, Provingstr. 55, Laden.  
 Rixdorf. Dr. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50,  
 C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.  
 Rummelsburg. H. Notentrans, All-Borsigen 55.  
 Schöneberg. Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 49 im Laden.  
 Spandau. Köppen, Breitestr. 64.  
 Stieglitz. G. Bernsee, Wenzstr. 5.  
 Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.  
 Treptow. Robert Gramenz, Riefholzstr. 412, Laden.  
 Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Charlotten-  
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 25, Hof parterre

# H. Esders & Dyckhoff

an der Petrikirche Gertraudenstraße 8/9 an der Petrikirche

## Herrn- und Knabenkleidung

Besonderes Angebot!

Fertige Herren-  
**Anzüge \* Ulster \* Geh-Pelze**  
 Loden- und Pelz-Joppen.

Ziehung schon  
 10. und 11. November

Schweidnitzer  
**Lotterie**  
 128000  
 40000  
 20000

Lose à 1 M. Paris u. Loto  
 5 Lose 4,20 M. wert am  
 11 Lose 10 M. Tausch.  
 durch das General-Debit  
**H. C. Kröger**  
 Berlin W 8 Friedrich-  
 str. 193a  
 sowie alle durch Piskate  
 kenntlichen Verkaufsstellen  
 Telegr.-Adr. „Goldquelle“.

Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletot  
 nach Mass, schick, schnell, Zahlung  
 von 25 Mark an, Moritz Laband,  
 Neue Promenade 8, II. (Städt. Bän.)

# Theater und Vergnügungen

Rittwoch, 8. Novbr. 1911:  
 Anfang 4 Uhr.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
 Lebende Tierbilder von nah und  
 fern.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**S. Schauspielhaus.** Die glückliche  
 Gans.  
 Deutsches. Benefiz.  
 Saverland. Spezialitäten.  
 Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
 Sirkus Schumann. Gala-Vor-  
 stellung.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
 Die Natur der oberen Luft-  
 schichten.  
 Im Orkaal: Baumeister Hoernig:  
 Kniebrennmaschinen im Gewerbe-  
 betriebe

S. Opernhaus. Elektra.  
 Neues S. Opernhaus. Othello.  
 Kammerstücke. Der Arzt am  
 Scheidewege.  
 Festung. Glaube und Heimat.  
 Berliner. Bummelstudenten.  
 Neues. Das Rädel von Mont-  
 martre.

Schauspielhaus. Die Vergnügungs-  
 reise.  
 Neues Schauspielhaus. Sogl.  
 Kleines. Jannas erstes Bild.  
 Residenz. Ein Walzer von Chopin.  
 Neues Operetten. Die moderne  
 Eva.

Romische Oper. Sibirien.  
 Königgräber Straße. Hundstage.  
 Schüler O. Der Piarer von Kirch-  
 feld.  
 Schüler. Charlottenburg. Zopf  
 und Schwert.

Friedr. Wilt. Schauspielhaus.  
 Der Kaufmann von Venedig.  
 Neues Volkstheater. Das Ver-  
 mächtnis.  
 Metropol. Die Nacht von Berlin.  
 Wesken. Die Dame in Rot.  
 Trianon. Rein Babb.  
 Thalia. Polnische Wirtschaft.  
 Zuffen. Baroness Claire.  
 Rose. Das Glück des Lebens.  
 Casino. Der seltsame Heiligensich.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Apollo. Spezialitäten.  
 Vahage. Spezialitäten.  
 Herrnsfeld. Schmerzlose Behandlung.  
 Das Kind der Firma.  
 Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.  
 Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater O.** Berliner-  
 Theater.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Piarer von Kirchfeld**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Antigone.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Nadame Sans-Gêne.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Zopf und Schwert.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der seltsame Heiligensich.**

**Berliner Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Bummelstudenten.**  
 Theater in der Königgräzter Straße  
 8 Uhr:  
**Hundstage.**  
 Neues königl. Opern-Theater.  
 8 Uhr:  
**Othello.**  
 (Christians). Abonnements-Vorst.

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Die Dame in Rot.  
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
 Ein Walzertraum.

**Friedrich-Wilhelmstadt.**  
 Schauspielhaus.  
 Abends 8 Uhr:  
 Der Kaufmann von Venedig.  
 Lustspiel in 5 Akten v. D. Shakespeare.

**Residenz-Theater.**  
 Direktion Richard Alexander.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Ein Walzer von Chopin.**  
 Schwan in 3 Akte v. Récourt u. Barré.  
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von  
 Volten-Baerfeld.

Morgen und folgende Tage:  
 Ein Walzer von Chopin.  
**Belle-Alliance-Theater**  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
 Der Sittenspiegel.  
 Sonnabend 4 Uhr: Dorntöschchen.

**Quisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Baroness Claire.**

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Bei aufgehob. Abonnement.  
**Das Glück des Lebens.**  
 Donnerstag: Michael Kohlhaas.

**Metropol-Theater.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
 Jul. Freund. Musik von B. Holländer.  
 In Szene geführt vom Dir. H. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

**Herrnsfeld**  
 Theater  
 Noch nie dagewesener Lacherfolg!  
**Das Kind**  
**der Firma**  
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den  
 Hauptrollen. Vorher:  
**Schmerzlose Behandlung.**  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Schmerzlose Behandlung.**  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 Gastspiel  
**Robert**  
**Steidl.**  
 Anf. montag. 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 Gastspiel  
**Robert**  
**Steidl.**  
 Anf. montag. 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 Gastspiel  
**Robert**  
**Steidl.**  
 Anf. montag. 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 Gastspiel  
**Robert**  
**Steidl.**  
 Anf. montag. 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

**SPORT PALAST**  
 Potsdamer Str. 12  
**Letzte Woche: Winzerfest**  
 mit Aufführung der Winzerträume.  
 Original-Revue  
 Kunstlaufproduktionen nur erster Sololäufer.  
 Meisterschaftsboxkampf. Doppelkonzert.  
 X Eintritt 1 M. bis 7 Uhr abends 50 Pf. Sperrsa 2 M. X

**Brauerei Friedrichshain**  
 Am Königstor.  
**Heute!!!** 8 1/2 Uhr  
 abends: **Walzer-Abend** von  
**Johann Strauß aus Wien.**  
 Morgen: Johann Strauß. Freitag: Karl Heinz-Abend.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Nachm. 4 Uhr:  
 Lebende Tierbilder von nah u. fern.  
 Verein: 8 Uhr Dr. Wegener: Die  
 Natur der oberen Luftschichten.  
 Hörsaal 8 Uhr Baumstr. Phoenix:  
 Antriebsmaschinen im Gewerbe-  
 betriebe.

**Apollo**  
 Theater  
 Ab 8 Uhr:  
 Das neue Programm.  
 Der Gipfel der Komik! U. a.:  
 Chrestienne u. Louise  
 vollständige Duettisten.  
 Paul Jällich mit seinen Szenen:  
 Ratschgerzieren. Eine Wahlver-  
 sammlung. Nur noch kurze Zeit:  
 Ein Abend in einem amerikanischen  
**Tingel Tangel.**

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das beste Programm**  
 der Berliner Variété-Saison!  
**Claire Waldoff**  
 mit neuen Schlagern.  
**Menü**  
 Telepat. Phänome.  
**The Black cats**  
 engl. Backfisch-Ens.  
 und die 10 glänzenden  
 Variété-Nummern.

**Neue Welt**  
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/14.  
 Mittwoch, 8. November:  
**Polnische Wirtschaft.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Voranzeige! Sonntag, 12. No-  
 vember, nachm. 3 Uhr: Kinder-  
 vorstellung:  
**Afchenbrödel.**  
 1. Platz 50 Pf. 2. Platz 30 Pf.

**Zirkus Schumann**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Luis Hardt**  
 Gentleman-Athlet, genannt  
**Der Knabe Samson.**  
**De Marlos**  
 american wonders:  
**Das Froschparadies.**  
 spanischer  
**Busto,** August  
 mit seinen dressiert. Gänzen.  
 Die große Peerie  
**1000 Jahre auf dem**  
**Meeresgrund.**  
 Freitag, den 10. November,  
 abends 8 Uhr:  
**Die Orestie.**  
 Aufführung des Deutsch. Theaters  
 im Zirkus Schumann.

**Zirkus Busch**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr:  
 Die größte Sensation d. Neuzeit!  
**Pignolm** seinem tollkühnen  
**Todessprung.**  
 Die beiden Menschen-Affen  
**Max und Moritz.**  
 Um 9 1/2 Uhr zum 26. Male:  
 Origin-  
 Aus-  
 stattungs-  
 stück des  
**Zirkus**  
**Busch**  
 in  
 5 Bildern.

**Volks-Theater.**  
 Rixdorf, Hermannstr. 20.  
 Sonntag, 12. Nov: Im russischen  
 Kerker. Schauspiel in 4 Akten  
 von Karl Gellin.  
 Montag, 13. Nov.: Ein gefangen  
 Mädchen. Schauspiel in 3 Akten  
 von H. D. Eiler.

**Admiralpalast**  
 Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena**  
 Nachmittags:  
**Militär-Konzert.**  
 Abends: Das pracht-  
 volle Eis-Ballett in un-  
 übertroffener Ausstattung  
**„Alpenzauber“.**  
 Die kleine Charlotte  
 mit ihrer Novität:  
**„Der Lichtertanz“.**  
**Einöthofer-Konzert.**  
 Restaurant I. Ranges  
 Soupers a la Carte.  
 Bis 8 Uhr u. von 10 1/2 Uhr  
 abds. halbe Kassenpreise.

**Roach's Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Berlin N., Brunnenstraße 16.  
**Winterliebe.**  
 Dänl. Lebensbild mit Ges. in 5 Akten.  
 Anf. 8 1/2 Uhr. Dens. usw. gütlig.  
 Morg. 3. letztemal: Winterliebe.  
 Freitag: Gastspiel im Krushof.

**Casino-Theater**  
 Kolbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr  
 Trotz des enormen Andranges  
**Besten Monat**  
 Berliner Vossen-Schlager  
**Der seltsame Heiligensich.**  
 Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volks.

**Passage-Panoptikum.**  
 Die himmlischen  
 Zwillinge  
 zusammengewachsen.  
**Lebend zu sehen!**  
 Ohne Extra-Entree.

**Zirkus Schumann**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Luis Hardt**  
 Gentleman-Athlet, genannt  
**Der Knabe Samson.**  
**De Marlos**  
 american wonders:  
**Das Froschparadies.**  
 spanischer  
**Busto,** August  
 mit seinen dressiert. Gänzen.  
 Die große Peerie  
**1000 Jahre auf dem**  
**Meeresgrund.**  
 Freitag, den 10. November,  
 abends 8 Uhr:  
**Die Orestie.**  
 Aufführung des Deutsch. Theaters  
 im Zirkus Schumann.

**Zirkus Busch**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr:  
 Die größte Sensation d. Neuzeit!  
**Pignolm** seinem tollkühnen  
**Todessprung.**  
 Die beiden Menschen-Affen  
**Max und Moritz.**  
 Um 9 1/2 Uhr zum 26. Male:  
 Origin-  
 Aus-  
 stattungs-  
 stück des  
**Zirkus**  
**Busch**  
 in  
 5 Bildern.

**Admiralpalast**  
 Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena**  
 Nachmittags:  
**Militär-Konzert.**  
 Abends: Das pracht-  
 volle Eis-Ballett in un-  
 übertroffener Ausstattung  
**„Alpenzauber“.**  
 Die kleine Charlotte  
 mit ihrer Novität:  
**„Der Lichtertanz“.**  
**Einöthofer-Konzert.**  
 Restaurant I. Ranges  
 Soupers a la Carte.  
 Bis 8 Uhr u. von 10 1/2 Uhr  
 abds. halbe Kassenpreise.

**Roach's Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Berlin N., Brunnenstraße 16.  
**Winterliebe.**  
 Dänl. Lebensbild mit Ges. in 5 Akten.  
 Anf. 8 1/2 Uhr. Dens. usw. gütlig.  
 Morg. 3. letztemal: Winterliebe.  
 Freitag: Gastspiel im Krushof.

**Casino-Theater**  
 Kolbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr  
 Trotz des enormen Andranges  
**Besten Monat**  
 Berliner Vossen-Schlager  
**Der seltsame Heiligensich.**  
 Sonnt. 8 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volks.

**Passage-Panoptikum.**  
 Die himmlischen  
 Zwillinge  
 zusammengewachsen.  
**Lebend zu sehen!**  
 Ohne Extra-Entree.

**Königsstadt-Kasino.**  
 Ede Polzmarkt u. Herandestrasse  
 nahe Rannowbrücke.  
 Vom 1. bis 16. November,  
 abends 7 1/2 Uhr: Das Viel-  
 weisheits-Programm.  
**Banques Sommerreise**  
 u. die erstklassigen Spezialitäten-  
 Sonntags 2 Vorstellungen: nach-  
 mittags 1/4 u. abends 1/7 Uhr.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67, 100

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk Si-Si

Arbeiter-Einkleidung F. Falk

J. Kastner

Bäckerei, Konditor Blottners Großbäckerei

Das gesündeste und billigste Bad in der Stadt

Bandagen, Gummilw.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck

Buntrock, W.

Fischer, Ernst

Fried. Göseke, 7 Filialen

August Holtz

Kosmalla, E., 4 Geschäfte

Butterhandlung Fritz Muth

Nordstern

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommerse Verkaufsstellen

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G., 72 Verkaufsstellen

Die Fabrikate der Sarotti

W. Adeltung & A. Hoffmann

Bergbrauerei

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Groterjans

Hasso-Brauerei

C. Habels Brauerei

Ulbrich

C. Voigt, Weißbier

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Bad

Bürger-Bad

Canitz

Central-Bad

Erstes Lohtannin-Bad

Bad Frankfurt

Bad Friedrichshagen

Badeanstalt Hasenheide

Jungherrn-Bad

Baumgartenweg, Rixdorf

Bad

Bezugsquellen-Verzeichnis

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hiltelbein A. G.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Möllerstr. 41

Alfred, Max

Edison-Drogerie

Alfr. Götting

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10

Becker, Bx. Kesselstr. 5

Rch. Bocallus, Fankow, Berlin 38

Central-Drogerie, Praterstr. 31

Domalla, W. Falkensteinstr. 44

A. Diepold, Tauentzienstr. 22

Ebert, Max, Warschauerstr. 21

Edison-Drogerie, 9. Schlegelstr.

A. Barthmuth, Karpfstr. 21

W. Becker, 2. Flisch- u. Wurstw.

Rich. Becker, Memelerstr. 74-76

Behle, Rixdorf, Hermannstr. 15

Hilsmann, J., Rixd., Marschstr. 14/16

A. Bille, Rixdorf, Rixdorfstr. 22

August Bliener, Kaiserin Augustastr. 9

Wilhelm Behr, Wurstfabrik

Speck- und Schinkenfabrik

Berlin-Schöneberg, Kottbusstr. 17-19

Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer

Bragrock, A., Mantelstr. 29

P. Buckwitz, Rixdorfstr. 106

Speck-Gesch. f. Fleisch- u. Wurstw.

Anton Buchheim, Altonaerstr. 12

Daniel, J., Rixd., Hermannstr. 147

Danziger Fleisch-Centrale

Danziger Straße 14

Dannenberg, Neus Hoehstr. 4

Rich. Deckert, Wustrowstr. 33

P. Dreyer, Prinz Eugenstr. 21

Joh. Drazynski, Kottbusstr. 1

D. M. M., Rixd., Kaiser-Friedr.-Str. 14

Drost, f. Fleisch- u. Wurstw.

Herm. Fleißig, Rixdorf, Zlotenstr. 13

Amo Fischer, f. Fleisch- u. Wurstw.

Fabrik f. Fleisch- u. Wurstw.

Wurst, Speck, Schinken

kauf Sie a. besten u. billigsten bei

Anton Fehau, Konigsgraben, Andr.-Str. 47

Ernst Fehau, Königsgraben, Andr.-Str. 47

Landb.-Abt. 30, Rixd., Bergstr. 16

Franz Fritsch, Deutsch-Kronstr. 1

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Frankfurter-Allee 123

Erste u. billigste Bezugsquelle des Ostens

Friedel, Max, Landsberger Str. 112

C. Gerlach, Rixdorf, wartheimstr. 70

H. Gerndt, Springerstr. 17, f. Fleisch- u. Wurstw.

Fr. Gerlach, Tauentzienstr. 12

Rob. Giene, Wustrowstr. 14/15/17

Paul Gunkel, Rixdorf, Wustrowstr. 14

Gottlieb, Rixdorf, Wustrowstr. 14

Otto Grube, Hochstr. 37

Gusinde, Rich., Oranienburger Str. 17

Gutschmann, f. Fleisch- u. Wurstw.

Richard Helze, f. Fleisch- u. Wurstw.

Georg Heider, Rixdorf, Wustrowstr. 5

Georg Heider, Gaudystr. 40



Zahlabend für Groß-Berlin: Heute, Mittwoch, den 8. November.

Partei-Angelegenheiten.

Die Aufgaben des November-Zahlabend.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen stellen große Anforderungen an den Opfermut unserer Parteigenossen. Die auf den einzelnen entfallende Arbeit kann aber recht erheblich verringert und vereinfacht werden, wenn in der Organisation rechtzeitig dafür Sorge getragen wird, daß die Genossen ihrem Können entsprechend an die rechte Stelle gestellt und für ganz bestimmte Aufgaben in Aussicht genommen werden.

Vor allem ist Wert darauf zu legen, rechtzeitig Genossen zur Besorgung der einzelnen Häuser zu bestimmen. Sobald die Wahlkreise in den Besitz der Wählerlisten gelangen, muß durch Nachtrage die Richtigkeit der Listen festgestellt werden, insbesondere ob die Wähler in dem angegebenen Hause wohnen und wo sie wohnen, ob im Hinterhaus, Vorderhaus, Seitenflügel, wieviel Treppen und bei wem wahlberechtigte Schlafkammer sich aufhalten. Das Ergebnis ist in den Hauslisten genau zu notieren, um das Schleppegeschäft zu erleichtern.

Für die Flugblattagitation müssen sich möglichst alle Genossen zur Verfügung stellen. Erwünscht ist auch, sich rechtzeitig der Genossen zu versichern, die am Tage der Wahl als Listenführer, Schleppter und Stimmzettelverteiler bereit sind. Doch dürfte diese Angelegenheit noch für den Dezemberzahlabend Zeit haben.

Wichtig dagegen ist, schon in diesem Zahlabend auf die Wichtigkeit der Einschreibnahme in die Wählerlisten aufmerksam zu machen und die Genossen im Zahlabend zur Agitation für diese Listen-einschreibnahme zu veranlassen. Wird diese Wahlarbeit rechtzeitig und gewissenhaft eingeleitet, werden die späteren Arbeiten glatt von statten gehen und der Erfolg wird sicher auf unserer Seite sein. Aber ohne Arbeit fällt und der Erfolg nicht in den Schoß.

In den heutigen Zahlabenden legt ferner die Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Subskriptionslisten für das vor kurzem erschienene Werk „Ein neues Buch der Freiheit“, „Von unten auf“ aus. Um den Genossen und Genossinnen den Erwerb dieses prächtigen zweibändigen Werkes, das sich auch besonders zu Weihnachtsgeschenken eignet, zu erleichtern, wird dasselbe auch gegen Ratenzahlung von 1 M. pro Woche geliefert. Der Gesamtpreis beträgt 6 M.

Bestellungen, die heute dem Zahlabendleiter aufgegeben werden, erledigt die Expedition des „Vorwärts“ umgehend.

Die Hände werden durch die Botenfrau des „Vorwärts“ nach der Bestellung sofort gebracht und die Raten von dieser gegen Quittung eingezogen.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute Mittwoch, den 8. November, abends 1/2 12 Uhr, bei Julius Reyer, Oranienstr. 103: Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypen, Kino-Operatoren usw. Vortrag des Stadtverordneten Max Grundwald.

Donnerstag, den 9. November, früh 5 Uhr, Zahlmorgen für Drucker- & Hilfsarbeiter. Reges Betätigung erwartet Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 154-156, 159 und 170 findet ein gemeinsamer Zahlabend mit einem Vortrag des Genossen Julius Hildebrand im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 186, statt.

Die Bezirke 157-180 und 250 halten ihren Zahlabend diesmal im Gewerkschaftshaus ab. Vortrag des Genossen Dr. Grummann. Bei Wille, Sebastianstr. 39, halten die Bezirke 254, 255, 263, 264, 276 und 277 einen gemeinschaftlichen Zahlabend ab. Der Vorstand.

Rixdorf. Im heutigen Zahlabend gelangen die Billets für die in der Neuen Welt am 27. November und 4. Dezember stattfindende Theatervorstellung „Die Weber“ zur Ausgabe. Da sonst nicht Gelegenheit gegeben ist, dies Stück zu sehen, liegt es im Interesse der Genossen, welche die Vorstellung besuchen wollen, sich heute mit Billets zu versehen.

Karten für die Urania (12. November) sind noch in den Parteispeditionen und beim Genossen Meier, Prinz-Handjerd-Strasse 3, zu haben. Der Bildungsausschuß.

Repton-Baumkultenweg. Durch die neue Bezirkseinteilung hat sich eine andere Bezeichnung der Lokale ergeben. Es tagen: Bezirk I und Ia bei Erde, Baumkultenstr. 14, Bezirk III bei Strauß, Riechholzstr. 249, Bezirk IIIa bei Hauschild, Riechholzstr. 180.

Marientfelde. Der heutige Zahlabend findet bei Aug. Schuster, Kirchstr. 65, statt. Der Vorstand.

Weißensee. Am heutigen Zahlabend werden die Mitgliedsbücher der Genossen der 3. und 4. Abteilung (Bezirke 8-13) zur Umschreibung eingezogen. Aus diesem Grunde wollen die Genossen vollständig zur Stelle sein. Die Bezirkseitung.

Dahlemburg bei Jossen. Am Sonnabend, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weide die außerordentliche Generalversammlung statt. Wichtige Tagesordnung.

Groß-Lichterfelde. Der Zahlabend findet diesmal statt für die Bezirke I, II, III: Kaiserhof, Kronoldplatz 2; IV: Erpel, Berliner Straße 129; V und Va: Janide, Heinersdorfer Straße; VI, VII, X, XII: Bromnick, Ringstr. 17; VIII: Lenzstr. 54; IX: Wabrensdorf, Wälsche 22; IX und XI: Wögnow-Quersche, Gartenstr. 11, am Wögnow-Potamischer Garten. Der Vorstand.

Franz Buchholz, Deutscher, Mittwoch, den 8. November, Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirkseitung, 2. Bericht aus der Gemeindevertretung, 3. Vereinsangelegenheiten, darunter Gründung von Zahlabenden, 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Kautionschwindler.

Die Not der Armen war unsäueren, strapellosten Elementen stets ein Mittel für betrügerische Manipulationen. Der in Bedrängnis Geratene hofft ja so gern, läßt leicht sich in Garn locken. Schon mancher arme Teufel gab seine letzten Sparpfennige her, verkaufte den Rest seiner Habgüter, um eine von geliebten Gaiern in Aussicht gestellte Stellung zu erlangen. Bald war er um eine Erfahrung reicher und ärmer an Gut als wie zuvor. Manche trieb solch ein Erlebnis zur Verzweiflung. Unter den Vampiren, die aus der Not und Gutgläubigkeit Kapital schlagen, durch Lug und Trug sich bereichern, machen in der letzten Zeit die Kautionschwindler sich sehr bemerkbar. Diese Menschenfreunde arbeiten nach folgendem Rezept: Durch Inserate schreiben sie allerhand Stellen aus; den sich Meldenden wird eine Einstellung als Kassierer, Verkäufer, Verwalter usw. zugesichert.

In wenigen Wochen heißt es, wird da und dort eine Filiale errichtet, ein Geschäft eröffnet. Der Reflektant wird für irgend eine - Vertrauensstellung engagiert. Aber er muß Kautions stellen - 100 bis 600 M. -, manchmal auch mehr. Das Geld wird zusammengebracht und als Kautions hinterlegt. Hoffnungslos wartet man auf die Benachrichtigung zum Stellenantritt, sie bleibt aus. Der Weg zum Bureau des Chefs oder seines angeblich Beauftragten hat keinen Erfolg. Entweder ist die Einrichtung noch nicht fertig, oder irgend welche andere Störungen verursachen ein hinausschieben der Eröffnung. So geht es einige Male, dann auf einmal ist der gute Mann, der goldene Berge versprochen, verschwunden. Das eingezahlte Geld ist verloren. Zuweilen zahlt so ein Schwindler wohl einen Monatsgehalt - von der Kautions - um sein Opfer sicher zu machen, stets aber ist das Ende vom Liede: der Kautionshergeber verliert sein bißchen Geld!

Leider wird den Schwindlern das Handwerk erleichtert durch Einrichtungen der Banken, die den in solchen Dingen Unerfahrenen eine Deute des Vertrauens werden lassen. Ein spezieller Fall mag das zu Ruh und Frommen der Leser illustrieren: Auf Grund eines Inserats meldet sich ein junger Mann als Reflektant auf eine ausgeschriebene Stellung als Filialleiter. Der angebliche Schuhfabrikant will nach seiner Angabe in einigen Wochen zwei Filialen errichten. Der junge Mann wird für eine davon mit einem Monatsgehalt von 70 M. und Spesen vom Umfah engagiert. Aber er muß 500 M. Kautions stellen, die auf einer Bank sichergestellt werden sollen. Chef und Filialleiter in spe begeben sich zu einer Filiale der Deutschen Bank. Der junge Mann bekommt ein Buch mit dem Vermerk über die Einzahlung, er glaubt damit genügende Sicherheit in Händen zu haben.

Nach einigen Tagen stiegen dem jungen Manne doch Bedenken auf, er begab sich zur Bank und hat, man möge ihm das Geld sicherer stellen. Er bekam ein Formular mit der Anweisung, es vom „Chef“ unterschreiben zu lassen. Der tat entrüstet, seine Praxis sei Grundlos, im übrigen gab er die schließlichen Versicherungen. Der junge Mann ließ sich damit abspülen und wartete vergeblich der Aufforderung, seinen Dienst anzutreten. Nach einiger Zeit begab er sich wieder zu dem „Chef“. Der tröstete wieder: die Einrichtung sei noch nicht fertig! Denselben Trost hörte der junge Mann bei einer späteren Anfrage, wann denn endlich die Filiale eröffnet werden sollte. Das veranlaßte ihn, einen Verwandten um Rat zu fragen. Beide gingen zur Deutschen Bank. Hier wurde ihnen die Auskunft, das Buch habe keinen Wert, legitimiere nicht als Empfangsberechtigter von Guthaben. Die 500 Mark seien auf den Namen des „Chefs“ eingetragen. Auf die Frage, ob das Geld noch vorhanden sei, wurde die Auskunft verweigert. Die Inanspruchnahme der Polizei führte zu keinem anderen Resultat. Aber man erfährt nun, daß auch Bankbeamten die Sache nicht recht geheuer vorgekommen sei; man hat einen oder zwei Tage nach der Einzahlung den „Chef“ rufen lassen und ihm die Frage vorgelegt, ob die 500 M. als Kautions oder Geschäftseinlage eingezahlt worden seien. Bei dem jungen Manne sich zu erkundigen, hielt man nicht für nötig. Der Chef deklarierete die 500 M. selbstverständlich als Geschäftseinlage, die er nach kurzer Zeit wieder abhob, wie schließlich der Beamte eingestand. Die Verwandten des jungen Mannes suchten den „Chef“; nach einigen Tagen hatte man ihn ertwischt. Der Verwandte drohte mit Anzeige, wenn nicht das Geld auf den Namen des jungen Mannes eingetragen würde. Der Chef versprach auch, dem Verlangen Folge zu leisten, aber er tat nichts, um das Versprechen einzulösen. Er war auch in seiner Wohnung nicht anzutreffen. Noch ein anderer Kautionsgeber suchte seiner vergeblich habhaft zu werden. Dessen Kautions hatte der Chef bei einer Filiale der Darmstädter Bank deponiert. Der Geldhergeber war auch hier im Besitze des Quittungsbuches, aber schon am Tage der Einzahlung hatte der „Chef“ 200 M. wieder abgehoben. Nach ähnlicher Methode arbeiten viele Kautionsliebhaber - daher Vorsicht!

Aus der Stendestadt. Am 1. November 1911 befanden sich im städtischen Familienobdach 169 Personen, und zwar 28 Familien mit zusammen 72 Köpfen (darunter 28 Kinder und 14 Säuglinge) und 97 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. Oktober 7 Personen weniger. Das nächtliche Obdach wurde während des Oktober von 85 703 Männern und 430 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 2. Oktober mit 2384 Personen, der des stärksten Besuches der 31. Oktober mit 3170 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 755 Personen. Bannbäder wurden während des ganzen Monats an 673 Männer und 465 Frauen verabreicht.

Die Klagen über Verunreinigung der Badzellen in den städtischen Vollbadeanstalten mit Kot wollen nicht verstummen. Immer wieder bringen es Besucher fertig, ihre Pellen zu beschmutzen, obwohl in allen Abteilungen der Vollbadeanstalten leicht zu erreichende Kassetten vorhanden sind. Leider vermag man in den wenigsten Fällen der Uebelthäter habhaft zu werden. Vor einiger Zeit ist es jedoch gelungen, einen 24jährigen Menschen festzustellen. Das Publikum gab seinem Unwillen laut Ausdruck; nur der Besonnenheit des Personals war es zu verdanken, daß der Täter nicht mißhandelt worden ist. Im Interesse der Mitbadenden und des Personals hat sich die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen veranlaßt gesehen, gegen den Uebelthäter Strafantrag zu stellen. Er ist wegen Verübung groben Unfugs zu 80 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 15 Tagen Haft verurteilt worden.

Die Erneuerung der Stadtverordneten in der 1. Abteilung hat gestern stattgefunden, denn von einer Wahl kann beim besten Willen keine Rede sein. Die Kandidaten wurden mit 11, 15, 16, 20 Stimmen zu Stadtverordneten ernannt, die höchste Stimmzahl, die für einen Kandidaten abgegeben wurde, betrug 35 Stimmen. Als die Vertreter der 1. Abteilung fungieren folgende Herren: Direktor Krüger, Justizrat Dr. Hahn, Baurat Dr. Kuhlmann, Dyhrenfurth, Gohlke, Ehard, Dr. Lehn, Herzberg, Dr. Paul, Unger, Dr. Kernst, Duyte, Förster, Brunsow, Weigner, Scholz, Plotow. Zwei Stimmen wurden für Genossen Heimann abgegeben.

Es ist nicht gelungen, für den in der 3. Abteilung durchgefallenen Herrn Rosenow noch schnell einen Sitz in der

1. Abteilung freizumachen, wie beabsichtigt wurde. Es heißt, daß ein Stadtverordneter der Neuen Linken veranlaßt werden soll, zurückzutreten, um Herrn Rosenow der Stadtverordnetenversammlung zu erhalten. Wer wird sich dazu gebrauchen lassen?

Von „sozialdemokratischen Wahlmännern“, die bei den Stadtverordnetenwahlen vorgekommen seien, schwachen Freisinnstendenzen ständernden Volkam zu haben. Sie erzählen, im 13. Wahlbezirk habe ein „Malermeister Henschel“, ein als freisinnig bekannter Mann, als er zur Wahl erschien, sich sagen lassen müssen, daß bereits auf seinen Namen eine Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sei. Da weder die Wohnung des „Malermeisters Henschel“, noch das Wahllokal genannt war, so haben wir einige Mühe gehabt, diese Erzählung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Inzwischen hat sich ergeben, daß es sich um einen Maler Max Henschel handelt, der im Hause Prinzenstr. 107 wohnt. Ihm wurde tatsächlich am Wahltag gefragt und aus der Liste nachgewiesen, daß bei seinem Namen schon eine Stimmabgabe, und zwar für den Kandidaten der Sozialdemokratie bemerkt war. Herr Henschel war schon vorher einmal bemerkt, hatte aber nicht wählen dürfen, weil er keine ausreichende Legitimation bei sich hatte. Er kam bald darauf mit einer Legitimation wieder, und nun erst wurde aus der Liste festgestellt, daß schon ein anderer für ihn gewählt hatte. Wenn die Freisinnspresse dieses Vorkommnis mit der Ueberschrift „Sozialdemokratische Wahlmänner“ aufpöhl, so entspricht das ganz der schonen Kampfesweise des Freisinn. Offenbar soll aus der Ueberschrift der Schluß gezogen werden, daß der Fälscher im Auftrage der sozialdemokratischen Partei gehandelt habe. Dem Freisinn kommt diese Fälschung gerade recht, um sie als Waffe zu einem heimtückischen Angriff auszunutzen. Die „Vossische Zeitung“ meldet in einer zweiten, mit derselben Ueberschrift ausgestatteten Notiz, daß noch andere fälschliche Stimmabgaben festgestellt worden seien. In dem Wahllokal Hagelberger Straße sei ein Fälscher sofort der Polizei übergeben worden. Bisher haben wir nicht ermitteln können, was an dieser Meldung wahr ist.

Die Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Auswechslung der Kreuzung Uhlend- und Ludwigsplatzstraße in der Nacht vom 10. zum 11. November von 1 Uhr an folgende Linien zu verlegen. Die Wagen der Linie 78 ab Ringbahn Frankfurter Allee 12.08 und ab Kantenerstraße 12.58 gehen dann über die Augsburger Straße, den Kurfürstendamm bis zur Restorstraße und umgekehrt. Die Wagen der Linie G ab Wilhelmstraße und Bahnhof Zoologischer Garten um 1.00 nehmen ihren Weg über die Gänzel- und Trautenau-Straße sowie die Kaiser-Allee und umgekehrt.

Die neuen Namen und Abkürzungen der Berliner Fernsprechämter. Die neuen Bezeichnungen der Berliner Fernsprech-Vermittlungsanstalten mit Namen statt mit Zahlen werden, wie von uns angekündigt, am 15. November eingeführt werden. Selbstverständlich werden die Vermittlungsanstalten auch dann noch vorläufig nach den alten Bezeichnungen mit den Nummern der Ämter die gewünschten Anschlüsse ausführen, wenn sie auch auf die neue Bezeichnung mit Namen aufmerksam machen. Neu eingeführt werden folgende Bezeichnungen: Köpenick, Lütow, Moritzplatz, Norden und Zentrum. Schon jetzt werden die Bezeichnungen Roabit und Falzburg gebraucht. Neu eröffnet wird die Vermittlungsanstalt Kurfürst. Berlin-Charlottenburg und Rixdorf behalten ihre Namen. Die Abkürzungen im neuen Verzeichnis der Teilnehmer werden folgende sein: Kf. = Köpenick, Lw. = Lütow, Mpl. = Moritzplatz, Ndn. = Norden. Schon jetzt werden die Abkürzungen Bln./Ch. für Berlin-Charlottenburg, Mb. für Roabit, Fzbg. für Falzburg und N. für Rixdorf gebraucht. Wohl zu unterscheiden von den Vermittlungsanstalten sind die eigentlichen Fernsprechämter. Diese leiten und beaufsichtigen zum Teil den Betrieb mehrerer Vermittlungsämter. So unterliegen dem Fernsprechamt 6 in der Föhrerstraße 7-10 die Ämter Kurfürst, Lütow und auch Nollendorf, dem Fernsprechamt Berlin-Wilmersdorf die Ämter Falzburg und auch Uhlend.

Ein Druckfehler hat gestern in unserem die Berliner Stadtverordnetenwahlen behandelnden Artikel „Trost der Durchgefallenen“ das Titat aus der „Kreuzzeitung“ entfallen. Der richtige Wortlaut ist dieser: „Wir haben nun gesehen, daß die Mehrheit der dritten Klasse in Berlin nicht fortschrittlich ist, und möchten fragen, wie sich die Fortdauer des fortschrittlichen Regiments in Berlin mit den fortschrittlichen Grundfragen verhält. Es beruht auf konservativen Wahlfolgen. Das sollte der Fortschritt sich in dieser schweren Stunde einmal gründlich zu Herzen nehmen.“

Der Aufbau des Zirkus Sarrafani auf dem Erzgergerplatz zur Einfamen Pappel ruft bei den Passanten der Schönhauser Allee im Sicherheitsinteresse starke Bedenken hervor. Es muß verlangt werden, daß alles vorgeesehen wird, was nach menschlichem Ermessen eine Katastrophe mit Verlust von Menschenleben auslöscht. Schon die eigenartige Struktur des am Sonntag früh durch den Sturm zusammengefallenen Holzbaues erregte allgemeines Kopfschütteln. Eine fast haushohe, dabei ziemlich schmale Holzpappel, die den Durchmesser der Manege überpannt, ist auf einem völlig freien, der Bitterung von allen Seiten ausgefetzten Gelände an und für sich eine recht bedenkliche Sache, besonders aber hier, da der Erzgergerplatz in der Schönhauser Allee als Windfad geradezu berüchtigt ist. Wicht ist solcher Holzbau während der Vorstellung auch nur teilweise zusammen, so kann nur zu leicht eine Panik ausbrechen und unübersehbares Unglück herbeiführen.

Polizeizeiter

Betätigt nur zu oft sich in kleinen und kleinsten Dingen deren Wichtigkeit einem gewöhnlichen Sterblichen nicht ohne weiteres einleuchtet. Ein Opfer dieses Eifers wurde kürzlich eine Händlerin Frau B., die zusammen mit ihrem Sohn in der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit die Straßenordnung abertreten hatte. Weiden war von der Polizei das übliche Strafmandat aufgedrückt worden, und auch das Gericht, dessen Entscheidung sie anriefen, ließ sich nur zu einer Herabsetzung, nicht zu völliger Aufhebung der verhängten Geldstrafe herbei. Die Verurteilten schoben die Zahlung hinaus, weil sie das Geld einweilen nicht entnehmen zu können meinten. Aber Gericht und Polizei waren bekanntlich streng darüber, daß solche Verstöße gegen die geheiligte Ordnung möglichst bald, sei es durch Zahlung der Geldstrafe, sei es durch Verbüßung der dafür einzulegenden Haftstrafe, gesühnt werden. Inzwischen mußte Frau B. wegen eines Unterküßleidens die Charité aufsuchen, wo an ihr eine Operation mit Leibschnitz vorgenommen wurde und lag dort 6 1/2 Wochen. Am Tage vor ihrer Entlassung traf in ihrer Wohnung ein Schreiben ein, durch das beide aufgefordert wurden, zu zahlen oder zu sitzen. Frau B. wurde entlassen, lehrte nach Hause zurück und zahlte dann einige

Zuge später an die Staatsanwaltschaft ein Gesuch um Aufschub für beide. Den Postboten über die Abfindung legte Frau M. noch an diesem Tage auf ihrem Polizeibureau vor, um den Beweis zu liefern, daß sie Aufschub nachgefordert habe. Sie sagte dem Beamten, da werde doch wohl mit der Vollstreckung der Strafe noch gewartet werden, und erhielt die Antwort: „Bis jetzt ist noch nichts hier, dann wird wohl auch nichts kommen.“ Fünf Tage später kam aber doch etwas, nämlich ein Schuttmann, der sich in Frau M.'s Wohnung einfand, um zunächst den Sohn abzuholen. Dieser war nicht zu Hause, darum konnte er nicht sofort mitgenommen werden. Frau M. berief sich auf ihr Aufschubgesuch, legte wieder den Postboten vor und wies darauf hin, daß sie nach ihrer schweren Operation, die sie ja schon auf dem Polizeibureau mitgeteilt habe, noch nicht völlig wieder hergestellt sei und durch eine Festnahme des Sohnes ihrer Hilfe beraubt werden würde. Der Polizist ging, nahm aber den Postboten mit, den er dem Wachtmeister vorlegen wollte. Zwei Tage später kamen in aller Frühe zwei Schuttmänner und forderten den Sohn auf, ihnen zur Wache zu folgen. Als Frau M. wieder ihr Aufschubgesuch erwähnte, antwortete man ihr, er solle nur mitkommen, auf dem Bureau werde man die Akten einsehen. Auf dem Polizeibureau wurde dem Sohn erklärt, er müsse zahlen oder sitzen. Er zahlte jetzt seine 3 M. und wurde entlassen. Wieder zwei Tage später verlangten am frühen Morgen zwei Schuttmänner Einlass bei Frau M. Da sie noch im Bett lag, aber allein zu Hause war und daher nicht öffnete, so mußten sie wieder umkehren. Nach weiteren zwei Tagen wiederholte sich die Morgenvisite zweier Schuttmänner, doch war jetzt nur der Sohn anwesend, der ja schon bezahlt hatte. Er ging am Vormittag zum Bureau und forderte den Postboten zurück, ihn wurde aber von einem Beamten erklärt, er wisse von keinem Postboten. Am folgenden Tage fand zur Morgenvisite sich nur ein Schuttmann ein, doch war Frau M. wieder nicht mehr zu Hause. Ein paar Stunden später wurde sie dann von einem anderen Schuttmann zu Hause angetroffen. Um der Festnahme zu entgehen, ließ sie jetzt 6 M. und schickte den Sohn zur Wache mit, um zu zahlen. Fünf Tage darauf kam von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben, datiert bereits von dem Tage, an dem Frau M. ihre 6 M. hatte bezahlen müssen. Die Staatsanwaltschaft bewilligte ihr und auch ihrem Sohne den nachgelagerten Aufschub, aber fixer als die Staatsanwaltschaft hatte die Polizei gearbeitet, so daß nun der Aufschub nicht mehr nötig war.

Zwei Umstände können wir hierbei nicht gut mit einander in Einklang bringen. Wenn die Polizei die Pflicht hatte, mit der Eintreibung des Geldes nicht länger zu warten, wie durfte dann die Staatsanwaltschaft einen Aufschub noch bewilligen? Oder wenn ein solches Gesuch noch nach Ablauf der für die Zahlung gesetzten Frist genehmigt werden konnte, warum hat dann die Polizei nicht länger warten zu sollen geglaubt? Stammen muß man darüber, wie viel Aufwand an Zeit und Mühe und Eifer sie sich dabei geleistet hat. Am Ende war die Staatsanwaltschaft in Gesele, wenn zwei Geldstrafen von 6 M. und 8 M. nicht rechtzeitig gezahlt wurden!

**Ein Glendebild.** Ein Sterbelager aus Hausputt und Tapeten hatte sich eine heruntergekommene Frauenderson ausgesucht, die vorgerückt am 7. Uhr in der Eißerstraße aufgefunden wurde. Der Eigentümer des Hauses Nr. 76 dort hat einen Kellerraum als Aufbewahrungsort für allerhand Gerümpel eingerichtet, das von seinen vier Grundstücken zusammenkam. Hier hat er einstellweilen auch Hausputt und alte Tapeten von Ausbesserungsarbeiten untergebracht. Dieser Kellerraum war nicht verschlossen. Eine Frauenderson, die sich seit zwei Monaten in jener Gegend und besonders auf dem Kopenplatz aufhielt, benutzte ihn deshalb ständig als Schlafstelle. Als nun gestern abend ein Schlosser nach den Keller kam, um einen Wasserleitungsbahn nachzusehen, fand er die Frau ganz entkräftet, abgemagert und stöhnend daliegend. Sie lag auf dem Schutthaufen und hatte sich mit den alten Tapeten zugedeckt. Die Wirtsleute und Hausgenossen rückten sie mit Milch und benachrichtigten die Polizei. Einem Schuttmann vom 12. Revier nannte sie als ihren Namen Martha Karine oder ähnlich. Aus ihren schwer verständlichen Äußerungen geht hervor, daß sie sich schon vor acht Tagen hingelegt hatte, um freiwillig zu verhungern, weil sie ihres erbärmlichen Lebens überdrüssig war. Auch jetzt wies sie feste Nahrungsmittel zurück und sagte immer nur „Durst — Durst! Die Vermittlungsstelle wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Wer sie ist, weiß man noch nicht näher.

**Eine Liebestragödie** hat sich in vergangener Nacht in einem Potsdamer Hotel abgepielt. Ein junges Paar aus Berlin machte dort durch Gift seinem Leben ein Ende. Ueber den Vorgang wird folgendes gemeldet: Vorgestern nachmittag befand sich in dem Hotel der Blöndwitzer Ecke ein Berliner für sich und „seine Frau“ ein Zimmer. Den Nachmittag verbrachten beide mit Spaziergängen durch die königlichen Gärten und abends begaben sie sich in ein Variété. Von dort gingen die jungen Leute in ihr Hotel, nahmen auf ihrem Zimmer das Abendbrot ein und bestellten Sekt. Dem Personal gaben sie den Auftrag, um 1/9 Uhr morgens zu wecken. Als das Wecken gestern morgen vergeblich blieb, öffnete man nach Verständigung der Polizei die Tür und fand das Paar eng umschlungen als Leichen. Auf dem Nachttisch im Eisfaß befand sich eine leere Sektflasche und in den Bechern noch der Rest des aufgelösten Pyralis. Im Bett fand man auch einen kleinen Revolver liegen. In hinterlassenen Briefen macht das Paar Andeutungen über den Grund der Verzweiflungstat. Danach sollen die Eltern des Mädchens sich der Vereinigung der Liebenden widersetzt haben. Das Paar wurde festgenommen als der 1891 geborene Kapellmeister Erich Eise aus Berlin, Weidenerstr. 18, und die 17jährige Melanie Scherner aus Charlottenburg, Kanister. 68a.

**Wegen Unterschlagung von 20 000 Mark** wurde 8 Jahre nach Verübung der Tat der 40 Jahre alte Lademeister Gustav Lindner jetzt von der Kriminalpolizei ergriffen. Lindner war früher bei einer Kleinbahngesellschaft in der Nähe von Berlin angestellt. Im Jahre 1908 unterschlug er dieser 20 000 M. und entfloh mit der Beute. Wie sich jetzt ergab, ging er nicht weit. Unter dem Namen Gustav Schmidt, auf den er auch Ausweispasspore bei sich führte, trieb er sich die ganze Zeit in Berlin umher. Den Lebensunterhalt erwarb er sich durch Klavierspielen in Kneipen. Bei „Damen“, die er hierbei kennen lernte, fand er stets Unterschlupf. Dieser Tage wurde er von einer Frau G., die im vergangenen Jahre in der Schumannstraße in einer Gastwirtschaft kurze Zeit auch den Klavierspieler „Schmidt“ beschäftigt hatte und bald um einige Hundert Mark angeborgt wurde, erkannt und später festgenommen. Die Ermittlungen ergaben bald, daß hinter dem „Klavierspieler Gustav Schmidt“ niemand anders als der lange gesuchte Lademeister Gustav Lindner steckte. Die Kriminalpolizei verhaftete ihn.

**Geschäftseinbrecher** suchten die Herrenkleiderhandlung „Nordstern“ in der Brunnenstr. 88 heim. Sie ließen sich auf dem Grundstück einschließen, erdrachen eine Tür, die vom Hof in den Keller führt, stiegen von diesem aus durch eine Falltür in den Laden ein und packten hier für 2000 M. Herrenanzüge, einzelne Stoffhosen, Sommer- und Winterüberzieher und Anabenwaschanzüge zusammen. Ihre Beute packten sie auf einen der Butterhandlung Jöschke gehörigen Handwagen, der auf dem Hofe stand und fuhren dann unangesehen davon. Der mitgeschlossene Handwagen, ein dunkelbrauner, zweirädriger Wagen mit zwei Stöckchen, trägt kein Firmenbild.

**Auf einen Kindesmord** läßt ein Leichenfund in der Jungfernhöhe schließen. Im Morgen 18 fand man die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in weiße Leinwand und graues Pappepapier eingewickelt war. Die Hülle wurde mit einer Juckerjahnur zusammengehalten. Anhaltspunkte für die Ermittlung der Mutter trug die Verpackung nicht. Die kleine Leiche wurde nach der Halle in Blüthenjeer gebracht.

**Handwagen diebstahl** werden in letzter Zeit wieder häufig verübt. In bezug auf die Ladungen sind die Diebe gar nicht wählerisch. Sie nehmen was sie bekommen können. So wurde einem Haus-

blener ein Handwagen mit 50 trocknen Tibelfellen gestohlen, als er diesen vor das Haus Jerusalemstr. 43 hingestellt hatte um nachzugehen, ob er mit dem Wagen auf den Hof fahren könne. Als er nach ganz kurzer Zeit zurückkehrte, war der Wagen mit den Fellen verschwunden. Diebe hatten den Augenblick benützt, das Gefährt zu stehlen. Kurze Zeit darauf fand man den leeren Wagen in der Lindenstraße. Die Tibeltgarmenture aber, die ungefähr 300 M. wert sind und der Firma Segall in der Kurstr. 47/48 gehören, blieben verschwunden.

**Protestversammlung des Kulturkartells Groß-Berlin.** In Berlin hat sich vor einiger Zeit ein „Kulturkartell“ gebildet, dem bis jetzt die „Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur“, der „Deutsche Musikantenbund“ und der „Deutsche Bund für weltliche Schule und Moralunterricht“ angehören. Der Anschlag weiterer Organisationen steht bevor. Das Kulturkartell verfolgt den Zweck, alle diejenigen Organisationen und Einzelpersonen Groß-Berlins zu gemeinsamer kulturpolitischer Aufklärungsarbeit und zu gemeinschaftlichen Aktionen zusammenzuschließen, die auf dem Boden der drei Grundforderungen des Kartells stehen: 1. Trennung von Schule und Kirche. 2. Trennung von Staat und Kirche. 3. Freie Entwicklung des geistigen Lebens und Abwehr jeder geistigen Unterdrückung. Eine bestimmte Weltanschauung will das Kartell nicht vertreten. Die Ausdehnung des Kartells auf ganz Preußen ist in Aussicht genommen. Am Sonntag, den 12. November, vormittags 11 1/2 Uhr, veranstaltet das Kartell im großen Saale der Viktoriabrauerei, Köpenickerstr. 111, eine große Protestversammlung zum Schutze der Disziplinanten gegen religiöse Vergewaltigung. Ganz im Gegensatz zu früheren Erlassen preussischer Kultusminister und zum Geiste der preussischen Verfassung hat der preussische Kultusminister neuerdings unter dem 27. Juni 1910 verfügt, daß auch die Kinder von Disziplinanten am konfessionellen Religionsunterricht der höheren Lehranstalten teilnehmen müssen. Wegen einer derartigen verfassungswidrigen Zwangsverkömmlung soll energisch Protest erhoben werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden in den Ausschuss für den Ausbau der Mäckerstraße u. a. die Genossen Bernstein und Rosenbühne gewählt. Hierauf erhielt die Versammlung Kenntnis über das Schicksal der in den Jahren 1909 und 1910 gefassten unerledigten Beschlüsse. Die Vorlage wegen Errichtung einer städtischen Turnhalle sei noch nicht spruchreif; obwohl die Mittel zum Bau von der Regierung bereits genehmigt seien, haben die Verhandlungen wegen Ermittelung bezw. Ankauf eines geeigneten Grundstücks noch nicht zum Abschluß kommen können. Der Magistrat hält die Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule für Mädchen durch die Einrichtung einer fakultativen für erledigt. Die Stadt. Damburg (Hb.) und Vernstein (Soz.) sprachen sich entschieden gegen diese Auffassung aus.

Der Magistrat war ersucht worden, gegen jede Tarifierhöhung im Straßenbahnverkehr Protest zu erheben. Es wurde mitgeteilt, daß die Tarifierhöhung eine besondere Rolle spielt, weil die Stadt auf diesem Gebiete glaubt Zugeständnisse machen zu müssen, gegen die sie Vorteile anderer, hauptsächlich verkehrlicher Art, einzutauschen gedenkt. Dem Magistrat wurde zu verstehen gegeben, daß die Versammlung gar nicht daran denkt, über den 10 Pfennigtarif hinauszugehen.

Der Antrag unserer Genossen, dem bisherigen Wohnungsaufsicht Friedel für das Einziehen von Armenpflegelohn anstatt ein jährliches Gehalt von 1000 M. und eine bis 300 M. reichende Provision 1600 M. Anfangsgehalt zu gewähren, stieß beim Magistrat auf Widerstand; letzterer vertrat die Auffassung, daß man dann eine jüngere Kraft einstellen müßte und den bereits seit dem Jahre 1904 tätigen Mann nicht weiter beschäftigen könnte. Der Antrag wurde abgelehnt, und die Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen.

Bei der hierauf vorgenommenen Sauratwahl wurde Stadtbaurat Egeling mit 51 von 64 abgegebenen Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt.

Die Schenkung des Kommerzienrats Haberland von 10 000 M. wurde angenommen. Die Versammlung beschäftigte sich hierauf noch mit einigen Petitionen, darunter der auf Errichtung eines städtischen Hallenschwimmbades sowie einer Petition Steuerzulagen betreffend. Während die erstere dem Magistrat, wurde die letztere dem bestehenden Steuerprüfungsausschuss zur Beratung überwiesen.

Ein üblicher Automobilunfall ereignete sich vorgestern abend an der Kolonnen- und Hauptstraße. Gegen 11 1/2 Uhr wollte dort der 70jährige Renteneinpänger Wilhelm Siedert aus der Ebersstraße 11 den Fahrbaum überschreiten. Er übersah dabei das Herannahen eines Privatautos und lief gegen den Kraftwagen. Es wurde umgerissen und geriet unter das Auto, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Greis erlitt außer Brüchen beider Arme und Beine schwere innere Verletzungen. Nach Anlegung von Rotverbänden in der Hülfsstraße in der Vorbergrstraße wurde der Verunglückte nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Für die am 12. November vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen haben bereits mehrere Parteien Kandidaten aufgestellt, die sich natürlich alle mehr oder weniger die Verlämpfung der Sozialdemokratie zum Ziel setzen. Die Linkliberalen haben ihre Kandidaten im 6. und 11. Bezirk aufgestellt und müssen den Kampf nach zwei Seiten führen; hier warten außer der Sozialdemokratie auch ein großer Teil der Beamten mit eigenen Kandidaten auf, die im 11. Bezirk Herr Jöbel, den Führer der Liberalen, zu Fall bringen wollen. Den 8. Bezirk hat man den sogenannten Haberländern, auch liberale Vereinigung genannt, überlassen. Im 6. und 7. Bezirk sind je ein Hausbesitzer zu wählen, da haben die Liberalen keinen Kandidaten aufgestellt; hier heißt es daher doppelt vorichtig zu sein. Im 11. Bezirk stehen sich nunmehr gegenüber 2 Kandidaten der Sozialdemokratie, 2 der Liberalen und 2 von den Beamten aufgestellt. Auch das Zentrum tritt überall mit einem Kandidaten hervor. Ueber das marktschreierische Gebaren der Liberalen herrscht in der Bevölkerung bereits große Erbitterung, so daß der Wahlkampf ein außerordentlich scharfer werden dürfte. Die Arbeiterstraße wird alles daran setzen, um die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter zu vermindern. Es ist daher die Pflicht jedes einzelnen, die wenigen Tage bis zur Wahl zur lebhaften Agitation auszunutzen.

Das leichtfertige Pantieren mit einer Schusswaffe hat vorgestern wieder einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Abends gegen 10 Uhr wollte der Hausdiener eines Kaufmanns in der Hohenstaufenstr. 68 dem in demselben Geschäft tätigen 15jährigen Lehrling Fritz Koch den Mechanismus eines Revolvers erklären. Dabei kam er unvorsichtigerweise dem Hahn zu nahe, die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem Koch in die Stirn. Der Schwereverletzte brach sofort blutüberströmt und bestimmungslos zusammen. Er wurde zunächst nach der Unfallstation in der Vorbergrstraße und von dort nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, wo er bedenklichen Zustandes daniederliegt.

### Charlottenburg.

#### Wahlberatung bei ermäßigten Bierpreisen.

Die Liberalen Wahlkomitees für den II. und IV. Bezirk der III. Abteilung zur Herbeiführung liberaler Stadtverordneten-Wahlen haben vor einigen Tagen folgendes Zirkular verfaßt:

Sehr geehrter Herr! Wir gestatten uns, Sie zu einer dringenden Sitzung auf Freitag, den 8. November cr., abends 8 1/2 Uhr, nach dem Café-Restaurant Antikera, Wilmersdorfer Str. 53/54 (Separat-saal 1. Et., Eingang durch das untere Lokal) ganz ergebenst einzuladen. Wir rechnen bestimmt auf Ihr Erscheinen und zeichnen hochachtungsvoll Die Liberalen Wahlkomitees für den II. und

IV. Bezirk, J. A.: Bollmann, Gape, Drucker, Schilling, Tagesordnung: 1. Bericht über die bisherige Wahlarbeit. 2. Besprechung der Organisation am Wahltag Sonntag, den 8. November. 3. Verschickenes. — NB. Wir gestatten uns besonders darauf hinzuweisen, daß für die Teilnehmer die Bierpreise an diesem Abend ermäßigt sind. D. D.

Die Herren Liberalen scheinen wohl bereits gewillert zu haben, daß ihre Sache auf einen niedrigen Kurs steht. Was die liberalen Preise ersehen. So mancher Empfänger eines solchen Zeitels wird nicht gerade erbaudt davon gewesen sein, daß ihm die Absender die Teilnahme an einer solchen Sitzung mit billigen Bierpreisen schmackhaft zu machen suchten.

Als Stadtverordnete der zweiten Abteilung wurden gewählt: Wenig, Sanitätsrat Dr. Bauer, Kommissionsrat Jander, Zahnarzt Marcks, Reg.-Rat Dr. Stadthagen, prakt. Arzt Dr. Rüd., Fabrikbesitzer Jander, Lehrer Dr. Damm, Oberleutnant Stein, Fabrikbesitzer Herd und Rentier Eugen Koslau.

Zu der ersten Abteilung wurden folgende Herren zu Stadtverordneten ernannt: Gubaila, Dr. med. Kommissar, Kaufmann Max Reumann, Kaufmann, Gutmann, Schwab, Justizrat Friedländer, Kaufmann Eugen Dammann, Architekt Wenzel, Sanitätsrat Dr. Landsberger, Böllmer.

### Rixdorf.

Uebel läßen mußte es am letzten Sonntag ein Feldweibel eines Garderegiments, der im Gartenlokal von Hedert, Conner Chauffee, Damen, die die Toilette demühten, zu beobachten suchte. Bereits vor einigen Wochen sollen Personen wahrgenommen haben, daß sich der Feldweibel an der Damentoilette zu schaffen machte. Da hier noch das Sonnenlicht herrscht, konnte sich der Soldat in den hinter den Toiletten befindlichen Raum einschleichen und von hier aus die die Toilette aufsuchenden Damen beobachten. Am Sonntag hatte man gesehen, wie sich der Feldweibel wieder einschlich und nicht mehr zum Vorschein kam. Auf Ersuchen einiger Personen, zu öffnen, meldete sich zunächst niemand, erst als man drohte, die Dube zu vernageln, schloß der Feldweibel auf.

Wie man uns mitteilt, soll ihm für seine Krugierde läbel mitgespielt worden sein. Unter Begleitung zweier Polizeibeamten wurde er abends aus seinem Versteck hervorgeholt und mußte den Gang zur nächsten Polizeiwache antreten.

### Weißensee.

Kommunaler Seefischverkauf. Jeden Mittwoch und Donnerstag, von vormittags 8 Uhr an, findet in den Verkaufslökalen des Fischhändlers Reimann, Berliner Allee 197 und Langhansstr. 141, ein Verkauf von frischen Seefischen zu billigen Preisen statt. Es gelangen zum Verkauf: Seelachs, Kabeljau, Goldbarsch, Schellfisch und Dorsch. Die Preise werden an beiden Tagen durch Aushang in den Verkaufsstellen bekanntgegeben.

Die von der Gemeindevertretung beschlossene Erweiterung der Sonntagsruhe hat die Bäcker, Milchhändler und Schlächter auf die Beine gebracht, die die Verkaufsstunden von 8—10 Uhr morgens auch im Winter wieder festgesetzt wissen wollen. In Versammlungen wurden Protestresolutionen angenommen, wonach die Gemeindevertretung ersucht wird, die ganze Sonntagsruhe wieder aufzuheben. — Der Verein der Gewerbetreibenden hat in seiner von 15 Personen besuchten Versammlung dagegen protestiert, daß die Gemeinde zur Linderung der Not, den Verkauf von Kartoffeln und Seefischen in die Wege geleitet, sie erblicken darin eine Schädigung des Gewerbestandes. Ein ehemaliger Gewerbetreibender meinte sogar, daß, wenn sich die Gewerbetreibenden das alles gefallen lassen, die Gemeinde noch mit Schläpfen handeln werde. Es fehlte doch noch, daß sich die betreffenden Herren über die beschlossene Teuerung lustig gemacht hätten.

Der Männerchor Weißensee veranstaltet am Sonnabend, den 11. November, abends 9 1/2 Uhr, in der Gemeindegaststätte ein großes populäres Konzert. Mitwirkende: Nämlichster Kammeränger F. Kollweit (Tenor), Fr. G. Kettermann, Konzertjünglerin (Alt), Herr von Saat (Violine), Herr Löwensohn (Violoncello), Herr Reubender (Fagott), außerdem der veranstaltende Gesangverein. Zum Vortrag gelangen Solos, Trios, Duette und Chöre. Da die Mitglieder des Männerchores sich bei allen Veranstaltungen der Partei in uneigennütziger Weise zur Verfügung stellen und auch bei allen sonstigen Parteilarbeiten ihre Pflicht erfüllen, ersucht der Vorstand des Wahlvereins, denselben durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

### Wildau-Boberich.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung u. a. die Anschaffung eines Goudrat-Registrierapparates. Unsere Genossen hatten bereits im vorigen Jahre die Beschaffung eines solchen beantragt. Durch den Apparat kann das an Königs-Bücherhäusern gelieferte Gas zu beliebiger Zeit auf den nötigen Druck unterzucht werden. Vom Zimmermeister König war für den Bau der Gemeinde-Wobeanstalt eine Nachforderung in Höhe von 1300 M. eingegangen. Die Forderung wurde der Wobeanstaltkommission zur Prüfung überwiesen. Hierbei gibt der Gemeindevorsteher bekannt, daß sich die Einnahmen seit Eröffnung der Anstalt am 16. Juli bis 1. Oktober auf 870 M. belaufen.

Die durch den Wegzug des Herrn Weidmann freigebliebenen Plätze in den Kommissionen werden wie folgt besetzt:

Wobeanstaltkommission: Genosse Taczner. Vereinstätigungskommission: Genosse Schumann. Rechnungselegungskommission: Gemeindevorsteher Soltmann. Grundsteuerkommission: Gemeindevorsteher Reumann. Kuratorium der Fortbildungsschule: Herr Seiffert.

Der Gemeindevorsteher machte die Mitteilung, daß der Vertrag betreffend Uebernahme der Kreischauffeen in Wildau vom Landrat und vom Kreisrat genehmigt worden sei. Hiernach übernimmt die Gemeinde die durch Wildau führende circa zwei Kilometer lange Straße. Der Kreis zahlt hierfür pro laufendem Meter 25 M., also circa 60 000 M. und die Gemeinde übernimmt die Verpfichtung, die Straße in einem bestimmten Zeitraum auszubauen. Es soll vorwiegend mit der Pflanzung und Begung des Bürgersteiges im kommenden Frühjahr begonnen werden. Damit wird dem jetzigen unbilligen Zustande ein Ende bereitet. Ferner gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß durch die im vorigen Jahre eingeführte Wertzuschsteuer beim Verkauf der chemischen Fabrik hierüber die Gemeinde eine Einnahme von circa 15 000 M. zu verzeichnen habe. Als unsere Genossen vor etwa drei Wochen die Wertzuschsteuer beantragten, stießen sie überall auf Widerstand; erst nach langen Verhandlungen gelang es ihnen im letzten Jahre, hierfür eine Mehrheit zu gewinnen. Was der Gemeinde hieraus für ein Nutzen entstanden ist, erhellt erst deutlich daraus, wenn man bedenkt, daß der ganze Jahresetat mit circa 175 000 M. balanziert.

### Ziethen.

Auch hier, in der dunklen Gegend des Wahlkreises Keltow-Deeslow beginnt es zu regnen. Am Sonntag fand in Ziethen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt, in welcher Genosse Alex P a g e l s über die kommenden Reichstagswahlen referierte. Mit großem Beifall wurde von 70 Männern und 17 Frauen der Vortrag entgegengenommen. Nachdem der Leiter Genosse Marowski noch auf die neuerlichste Wählkarte hingewiesen, wurde die Versammlung geschlossen. Derselbe wäre noch besser besucht worden, wenn nicht die Gutsherrschaft den von ihr beschäftigten Arbeitern die Teilnahme verboten hätte.

### Nowawes.

Befrei gegenwärtig eine anfergewöhnliche Teuerung? Diese Frage hat der hiesige Verein für Handel und Gewerbe in seiner kürzlich abgehaltenen Generalversammlung verneint. Nach einem Referat des Schneidemeisters Vortisch gelangte eine Resolution zur Annahme, worin gegen die von der Gemeinde getroffenen Teuerungsmassnahmen Protest erhoben wird und zwar mit folgender Be-



# Schöneberg.

## Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung

Freitag, den 10. November 1911, abends 8 Uhr  
in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 122-124.

Tagesordnung:

**Vor der Entscheidung.** Ref.: Reichstagsabgeordneter Fr. Zietseh.  
Diskussion.

Es gilt in letzter Stunde noch einmal alles zusammenzufassen, um zu den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag, den 12. November nicht nachzusehen.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

15/20

## Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 9. November 1911, abends 7,9 Uhr, im Schul-  
lokal, Grenadierstraße 37:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vor-  
standes, zweier Revisoren und der Unterrichtsvertreter. 3. Anträge und  
Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 6/14\*  
Beiträge müssen bezahlt werden.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Einsetzer.

Donnerstag, den 9. November 1911, abends 7 1/2 Uhr:

## Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: Merkowöki, Andreasstraße 26.
2. " Griefche, Kopenhagener Straße 74.
3. " Sauer, Lebehofstraße 21.
4. " Schenk, Rixdorf, Rosenstraße 21.
5. " Wiemer, Bülowstraße 58.
6. " Witz, Stalitzer Straße 59.
7. " Lunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
8. " Welzer, Biesenstraße 29. 92/3

Der Demonstrationen-Versammlungen wegen finden die Versammlungen  
nicht am Sonntag, sondern am Donnerstag statt.

## Sigmöbelbranche.

Donnerstag, den 9. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Eingang B, parterre, Saal 4:

## Vertrauensmänner-Versammlung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:  
Ost I. Amt 3, 1239. Charlottestr. 3. Ost III. Amt 3, 1987.

Die Mitglieder der erweiterten Ortsver-  
waltung werden darauf aufmerksam gemacht,  
daß die Sitzung am 9. November nicht in  
den „Musiker-Sälen“, sondern in Wendts  
Festsaal, Münzstr. 17, Eingang Königs-  
graben, stattfindet.

125/17

Die Ortsverwaltung.

## Reichstagswahlkreis Ost- u. West-Sternberg.

Die Genossen aus Sonnenburg, Görlitz usw., die in  
Berlin arbeiten, werden ersucht, am Donnerstag, den  
9. November, abends 8 1/2 Uhr, zu einer Besprechung  
bei Merkowöki, Andreasstr. 26, pünktlich und zahlreich  
zu erscheinen. 298/14\* J. A.: H. Schuster.

Die solideste und billigste Bezugsquelle für

## Glas-Christbaum schmuck

ist unterirdig die

Glashäuser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes.

Viele glänzende — unverlangte — Anerkennungs- u. Dankschreiben.

Steigerung unseres Umsatzes im vorigen Jahre um wiederum 50 Prozent.

Son der reichhaltigen Auswahl unserer nur von organisierten

Genossen hergestellten Artikel empfehlen wir als besonders preiswert

ein Sortiment der schönsten Neuheiten, enthaltend

225 Stück prachtvollste Brillant-Glassachen

sowie 6 Dutzend Konfekthalter, 6 Stück Lichthalter aus Klammern, ein

Paar Engelshaar usw. für nur 5 Mark franco gegen Nachnahme.

Doppelkisten für 9,50 Mk. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bezug-  
35 Bf. billiger.

10 Sortimentskisten in Bahnsendung per Frachtgut inkl. Bahnfr. 46 Mk.

Händler wollen für größere Bezüge unsere Preisliste mit  
zirka 130 Nummern verlangen.

Bestellungen bitten wir zu richten an die

Glashäuser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes

a. o. m. b. H. in Lauscha, S.-M. (früher Steinach, S.-M.).

Die Berliner Arbeiter werden besonders darauf aufmerksam gemacht,  
daß ab 10. Dezember im Gewerkschaftshaus (Saalgebäude) und

Vorplatzstr. 1 (Hof Schmalow) großer Verkauf von Glas-Christ-  
baum schmuck obiger Genossenschaft zu Herstellungspreisen erfolgt.

Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Genossen R. Barth,  
SO., Adalbertstr. 20 III.

Achtung! — Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Teile dem berechtigten Publikum und Nachbarschaft mit, daß die Diffe-  
renzen mit dem Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren beigelegt  
sind und werde dem berechtigten Publikum vor wie nach in jeder Weise  
entgegenkommen.

Achtungsdahl

5912

Peukert, Bäckermeister, Torffstr. 14.

Der Vertrauensmann der Bäcker u. Konditoren Berlin u. Umg.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gloge, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Germania - Prachtsäle**  
N., Chausseestr. 110. Carl Richter.  
Jeden Mittwoch:  
Paul  
Mantheys  
lustige  
Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitanz.  
— Borgussparten gelten —  
Morgen Donnerstag:  
Or. Militär-Streichkonzert.  
Anschließend: Familienkränzen  
ohne Nachzahlung.

**Beinleiden.**  
Dr. med. Fackelmanns Spezialinstitut  
Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6.  
Mittwoch u. Sonntag 9-12.

Servus sagt der Spreethener,  
Servus puht doch velle scheener.



**Servus**  
bester Schuhputz.

Überall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.  
Fabrik: Lubjinski u. Co., Berlin-Lichtenberg.

## Für Hausfrauen!

Achtung! Großer Teuerungszuschuß! Achtung!  
„Ideal-Brot“

garantiert reines, verfeinertes Roggenbrot, vorzüglich im  
Geschmack und leicht verdaulich, kostet von heute ab  
nur 45 Pf. das übliche große Brot.  
Zu haben in Delikatess-, Kolonialwaren- und Milchgeschäften,  
wo nicht, wende man sich direkt an die Ideal-Brot-Fabrik in  
Pankow, Mühlenstr. 17 oder Binzstr. 2. Fernsprecher: Pankow 132.

**Ohne jede Anzahlung**  
verkaufe  
ich **Pianos**  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag. 1156/11  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Persil**  
Nur ein Paket  
Persil genügt, auch für ein ziemlich  
großes Quantum Wäsche.  
Kein weiterer Zusatz von Seife u. Waschpulver nötig;  
spart Zeit, Arbeit und Geld und gibt blendend weiße  
Wäsche bei nur einmaligem 1/4-1/2 stündigem Kochen.  
Erhältlich nur in Original-Paket.  
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.  
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten  
**Henkels Bleich-Soda**  
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vorort:  
Joh. Schmalow, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

**Möbel** liefert auf Teilzahlung  
bequeme kleinster Anzahlung in  
bekanntester Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Grösste Schonung der Wäsche  
beim Gebrauch von  
**Dr. Thompson's**  
SEIFENPULVER  
1/2 Pfund-Paket 15 Pf.

**Möbel-Angebot.**  
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungsanordnungen sowie ein-  
zelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen  
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.  
Kein Abzahlungsgeschäft. 1461B\*

Feiner  
**Dänischer Kapitän-Kautabak**  
in Rollen, Bündel und Enden.  
General-Vertrieb:  
**Karl Röcker, Berlin O. 27.**  
Grüner Weg 119 (Amt VII, 3861).  
Bei Wagenfahrten der Erwachsenen muß eine leicht verdauliche  
Nahrung gegeben werden, welche dem Körper anherden recht viele Nähr-  
stoffe zuführt. Als solche Nahrung ist „Kautabak“, welches sehr zuträglich ist  
und durch seinen Gehalt an Eiweiß- und Mineralstoffen eine kräftige Nah-  
rung darstellt, zu empfehlen.

# Ratenzahlung ohne Preisaufschlag!

# Von Unten Auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich  
Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken  
Preis: 2 Bände gebunden 6 M.

Dem oft geäußerten Verlangen nach einer Neuausgabe der Gedichtsammlung „Buch der Freiheit“  
hat unser Parteiverlag Rechnung getragen. Er hat für einen verhältnismäßig billigen Preis bei vorzüglicher  
Ausstattung eine Ausgabe veranstaltet, die allseitige Zustimmung gefunden hat. „Neue Zeit“, „Fränkische  
Tagespost“, „Hamburger Echo“, „Vorwärts“, „Dresdener Volkszeitung“, „Die Gewerkschaft“ u. a. haben in  
ausführlichen Besprechungen Inhalt und Ausstattung des Werkes lobend und anerkennend hervorgehoben.  
Um unseren Abonnenten die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, liefern wir es in **wöchentlichen**  
**Ratenzahlungen ohne Preisaufschlag.** Bestellungen nehmen alle Botenfrauen und die Ausgabe-  
stellen des „Vorwärts“ entgegen. Das Werk wird sofort geliefert. 247/6

# Expedition des Vorwärts, Lindenstr. 69.